

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# **Preußische Akademie der Künste**

**Band:**

**I / 326**

**- Anfang -**

Georg Schumann,  
Vorstellung einer Autisten-  
musikalische Komposition

PrAdK

Akademie der Künste, Archiv  
Preußische Akademie der Künste

II/326

PREUßISCHE AKADEMIE DER KÜNSTE

Georg Schumann,

---

Vorsteher einer Meisterschule für musikalische Komposition

---

---

Laufzeit: 1913 - 1942

Blatt: 55

Alt-Signatur: II/046, II/047, II/048, II/049

**Signatur: I/326**

## Bestimmungen

bezüglich der

akademischen Meisterschulen für musikalische Komposition.

### A. Allgemeines.

Mit der Königlichen Akademie der Künste sind Meisterschulen für musikalische Komposition verbunden.

Dieselben haben den Zweck, den in sie aufgenommenen Schülern Gelegenheit zu weiterer Ausbildung in der Komposition unter unmittelbarer Leitung eines Meisters zu geben.

### B. Aufnahme.

Die Aufnahme von Schülern in die Meisterschulen findet in der Regel nur zu Ostern und Michaelis statt.

Ueber die künstlerische Befähigung der Bewerber zur Aufnahme in die Meisterschule entscheidet der betreffende Meister. Vorbedingung der Aufnahme ist der Nachweis einer untadelhaften sittlichen Führung.

Ist der Meister geneigt, den Schüler aufzunehmen, so macht er von der Bewilligung zum Eintritt dem Inspektor der Akademie Anzeige, welcher gegen Erlegung der Gebühren den auf drei Jahre gültigen Immatrikulationsschein ausstellt. **Nur gegen Vorlegung der Quittung über die Immatrikulationsgebühr ist der Eintritt in die Meisterschule zu gestatten.**

Jeder Meisterschüler ist verpflichtet, in den ersten Tagen eines jeden Semesters, so lange seine Martikel gilt, und so lange er von den Rechten eines Meisterschülers Gebrauch machen will, unter Vorlegung seiner von dem Vorsteher der Meisterschule für musikalische Komposition dahin bescheinigten Legitimationskarte, daß er auf weitere 6 Monate an dem Unterrichte teilnehme, **sich in das Verzeichnis der Meisterschüler**, welches im Bureau der Königlichen Akademie der Künste, **Berlin W., Pariserplatz 4**, ausliegt, **eigenhändig einzutragen** und die Erneuerung der Karte daselbst bewirken zu lassen.

Es ist zulässig, daß ein Schüler den Unterricht mehrerer Meister gleichzeitig in Anspruch nimmt, falls Verständigung hierüber mit denselben erfolgt ist.

Glaubt der Meister, dem Schüler nicht mehr nützen zu können, so ist er befugt, denselben am Semesterschluß zu entlassen. Dem Schüler ist unbenommen, alsdann bei einem andern Meister Aufnahme nachzusuchen. Eine nochmalige Entrichtung der Immatrikulationsgebühr ist in diesem Falle nicht erforderlich.

### C. Unterricht.

Der Unterricht in den Meisterschulen ist bis auf weitere Bestimmung unentgeltlich.

Den Schülern der Meisterschulen ist der Besuch der an der Hochschule für Musik gehaltenen musikwissenschaftlichen Vorträge sowie die Benutzung der Bibliothek unter den dafür bestehenden Bestimmungen gestattet. Auch steht den Meistern und ihren Schülern der unentgeltliche Zutritt zu den von der Hochschule für Musik veranstalteten Aufführungen zu.

Für die Meisterschulen gelten die Ferien der Hochschule für Musik.

#### D. Akademische Vergünstigungen.

Talentvollen und bedürftigen Schülern der Meisterschulen, die sich durch Fleiß bewährt haben, können auf Vorschlag ihres Meisters aus dem etatsmäßig dafür bestimmten Fonds Unterstützungen zunächst auf ein Halbjahr, und bei andauerndem Fleiß und sichtlichen Fortschritten auch weiterhin bewilligt werden.

Ueber solche Unterstützungen entscheidet auf Antrag des betreffenden Meisters der Präsident der Akademie der Künste.

#### E. Sonstige Vergünstigungen.

Den Meisterschülern ist, mit Genehmigung ihres Meisters, der Besuch der Vorlesungen an der Königlichen Friedrich Wilhelms-Universität gestattet.

Zu den Vorstellungen im Königlichen Opernhause erhalten die Meisterschüler Billets zum IV. Rang-Sitzplatz gegen ein um 50 Pf. ermässigtcs Eintrittsgeld. Für jeden Tag der Spielzeit stehen zwei Karten zur Verfügung. Die Reflektanten haben sich spätestens einen Tag vor der Vorstellung zur Empfangnahme einer Billetanweisung im Bureau der Akademie (wochentäglich von 10 bis 1 Uhr) einzufinden. Die Herausgabe der Billets erfolgt am Tage der Vorstellung vormittags von 9 bis 10 Uhr an der Kasse des Königlichen Opernhauses, Schalter III, gegen Abgabe der Anweisung und Erlegung des Eintrittsgeldes.

#### F. Aufführung von Schülerarbeiten.

Erachtet ein Meister Probeaufführungen von Arbeiten seiner Schüler durch Chor- und Orchesterkräfte für zweckmäßig, so bleibt ihm überlassen, sich darüber mit dem Dirigenten der Aufführungen an der Hochschule für Musik zu verständigen.

Kompositionen von Schülern, welche von dem betreffenden Meister dessen als würdig anerkannt sind, können nach Maßgabe der dafür bestimmten Mittel und nach Verständigung mit dem Dirigenten der Aufführungen der Hochschule für Musik unter tunlichster Mitwirkung der Chor- und Orchesterkräfte der Hochschule auch zur öffentlichen Aufführung gebracht und dabei den betreffenden Schülern Prämien zuerkannt werden.

#### G. Preisaufgaben.

Alle drei Jahre kann mit Genehmigung des Ministers von den Vorstehern der Meisterschulen für ihre Schüler eine Konkurrenz-Aufgabe zur Erlangung eines größeren Preises gestellt werden.

Dieselbe muß entweder aus einer mehrere Nummern umfassenden geistlichen oder weltlichen Kantate oder aus einer Symphonie oder aus einer anderen größeren Instrumental-Komposition bestehen.

Die Zuerkennung des Preises, über welche die Mitglieder der Senatssektion für Musik nach Stimmenmehrheit beschliessen, erfolgt durch den Präsidenten der Akademie.

---

2

Sing - Akademie Berlin  
-----

Schirmherr: Der Reichs- und Preussische Minister für  
Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Grundverfassung  
-----

Stück 1

Rechtsform, Sitz und Aufgaben

(1) Die seit dem 24. Mai 1791 unter dem Namen „Sing-Akademie“ bestehende Gesellschaft ist vom Preussischen Minister des Innern durch Erlass vom 26. Juli 1817 als Korporation anerkannt. Sie ist eine juristische Person alten Rechts im Sinne des Artikels 163 EGBGB. und hat ihren Sitz in Berlin.

Das Geschäftsjahr beginnt am 1. April. *Philobon*

(2) Der Zweck der Sing-Akademie ist -entsprechend ihrer altherwürdigen Tradition- die Pflege der gesamten Chormusik durch Uebungen und Aufführungen, um dadurch nicht nur die Studierenden der Berliner Staatlichen Hochschule für Musik und Musikerschulung (im folgenden kurz Hochschule genannt), sondern vor allem auch breiteste Volkskreise zum Verständnis und Erlebnis der grossen Werke der Chormusik, insbesondere unserer grossen deutschen Meister, heranzuführen. Durch gründliche ~~s~~ ang l i c h e und m u s i k a l i s c h e S c h u l u n g ihrer Mitglieder erstrebt sie eine möglichst vollendete Wiedergabe auch der schwierigsten Chorwerke in der höchstmöglichen Reinheit.

(3) Ihre umfang- und inhaltreiche Bibliothek und ihre wertvolle Sammlung von Hand- und Urschriften macht sie in gemeinnütziger Weise der Musikwissenschaft dienstbar.

(4) Durch diese Aufgaben stellt sich die Sing-Akademie in den Dienst der Wissenschaft, der Erziehung und der Volksbildung.

Stück 2

Aufsicht

*P. ca.* (1) Die Sing-Akademie ist als besondere Einrichtung an die Staatliche Hochschule für Musik Berlin (im folgenden kurz Hochschule genannt) angegliedert. Sie untersteht damit der Aufsicht des Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung, der zugleich die Schirmherrschaft über die Sing-Akademie übernimmt.

(2) Durch die Angliederung der Sing-Akademie an die Hochschule



~~schule~~ soll nicht nur ihre alte Ueberlieferung unter lebendiger Verknüpfung mit den Erfordernissen der Gegenwart fortgeführt, sondern auch unter staatlicher Förderung ihre erzieherischen und volksbildenden Wirkungsmöglichkeiten reicher entfaltet werden. Zu diesem Zweck besteht <sup>zwischen der</sup> zwischen der Sing-Akademie und den Hochschulen ~~eine enge~~ <sup>eine</sup> Arbeitsgemeinschaft.

Stück 3

Die Mitgliedschaft

(1) Die Mitglieder der Gesellschaft scheiden sich in:

- a) ordentliche Mitglieder,
- b) ausserordentliche Mitglieder,
- c) Ehrenmitglieder.

(2) Ordentliches Mitglied der Gesellschaft kann jeder Volksgenosse werden, der die gesanglichen und musikalischen Fähigkeiten zur Ausübung der Chormusik hat oder in Ermangelung dieser Voraussetzungen sich verpflichtet, die Vorschule der Sing-Akademie zu besuchen, den Erfordernissen des Reichsbürgerrechts entspricht und in politischer und charakterlicher Hinsicht einwandfrei ist. Ueber die Aufnahme entscheidet der Direktor. Die Mitgliedschaft wird mit Aushändigung der Mitgliedskarte erworben. Eine Ablehnung von Aufnahmeanträgen erfolgt ohne Angabe von Gründen durch den Direktor.

Die Studierenden der Hochschule, die zur Teilnahme an den regelmässigen Uebungen und Aufführungen der Sing-Akademie verpflichtet werden, gelten als ordentliche Mitglieder; sie sind jedoch von der Entrichtung eines Jahresbeitrages und einer einmaligen Aufnahmegebühr befreit.

(3) Zu ausserordentlichen Mitgliedern können vom Direktor solche Mitglieder ernannt werden, die ihrer Verpflichtung, am Singen tätigen und nützlichen Anteil zu nehmen, nicht mehr nachzukommen vermögen.

(4) Zu Ehrenmitgliedern werden vom Direktor nach Anhörung des Beirats ausgezeichnete Künstler oder solche Persönlichkeiten ernannt, die sich um die Sing-Akademie besondere Verdienste erworben haben.

Stück 4

Pflichten und Rechte der Mitglieder

(1) ~~Durch den Beitritt verpflichten sich die ordentlichen~~

Mitglieder



*Jahresbeitrag*  
Mitglieder, an den musikalischen Übungen und Aufführungen regelmässig tätigen Anteil zu nehmen und ~~einen~~ Jahresbeitrag von ..... ~~Reichsmark~~ und ausserdem eine einmalige Aufnahmegebühr zu bezahlen. *Die Aufnahme an der Sing-Akademie am 1. 1. 1927.*

(2) Die ausserordentlichen Mitglieder bezahlen die Hälfte des Jahresbeitrages der ordentlichen Mitglieder und haben als Zuhörer unentgeltlichen Einlass zu allen Proben mit Einschluss der Hauptproben. *Im Rest per Mitteilung - 1. 1. 1927.*

(3) Die Ehrenmitglieder sind beitragsfrei und haben unentgeltlichen Eintritt zu allen Veranstaltungen der Sing-Akademie.

(4) Sämtliche Mitglieder verpflichten sich zur Förderung der Ziele der Sing-Akademie durch allgemeine Werbetätigkeit und Gewinnung neuer Mitglieder.

Stück 5

Erlöschen der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt:

- a) durch Tod,
- b) durch freiwilligen Austritt, der dem Direktor mindestens *3* Monate vor Ende des Geschäftsjahres durch schriftliche Erklärung (Einschreibebrief) unter Rückgabe der Mitgliedskarte angezeigt werden muss. Erfolgt die Anzeige nicht rechtzeitig, so ist der volle Jahresbeitrag für das auf den Austritt folgende Geschäftsjahr zu entrichten,
- c) durch Ausschluss.

(2) Den Ausschluss verfügt der Direktor nach Anhörung des Beirats gegen Mitglieder, die

- a) ehrenrührige Handlungen begehen oder von denen solche erst nach der Aufnahme bekannt werden,
- b) den Bestrebungen der Sing-Akademie bewusst zuwiderhandeln,
- c) ihre geldlichen Verpflichtungen wiederholt trotz Mahnung nicht erfüllen.

(3) Der Auszuschliessende ist vor der Entscheidung zu hören.

(4) Der Direktor teilt den Ausschluss unter Angabe der Gründe dem Auszuschliessenden schriftlich mit. Die Entscheidung ist endgültig. Ausgeschlossene Mitglieder haben keine Ersatz- und Rückforderungsansprüche gegen die Sing-Akademie.

*5. Mit dem Erlöschen der Mitgliedschaft erlöschen alle Vermögensverpflichtungen und Rechte Ansprüche gegen die Sing-Akademie.*

Stück 6

Stück 8

Organe der Sing-Akademie

Die Organe der Gesellschaft sind:

1. der Direktor,
2. der Beirat,
3. die ordentliche und ausserordentliche Mitgliederversammlung.

Stück 9

Der Direktor

(1) Der Direktor der Sing-Akademie wird vom Direktor der Hochschule dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung vorgeschlagen. Vor Einreichung des Vorschlags hat der Direktor der Hochschule den vorherigen Direktor der Sing-Akademie zu hören und das Einvernehmen des Beirats herzustellen. Zum Direktor der Sing-Akademie sind dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung nur solche Persönlichkeiten vorzuschlagen, die sich auf Grund ihrer künstlerischen Tätigkeit im deutschen Musikleben, insbesondere auf dem Gebiet der Chorleitung und Chorerziehung einen hervorragenden Ruf erworben haben. In der Regel soll der Vorschlagende durch eigene Werke, insbesondere der Chormusik, hervorgetreten sein.

(2) Der Direktor der Sing-Akademie ist beamteter Professor der Staatlichen Hochschule für Musik Berlin in der Besoldungsgruppe H 1 b der Reichsbesoldungsordnung H (Hochschullehrer)-Fünfunddreissigste Ergänzung des Besoldungsgesetzes vom 29. Januar 1940 RGBl. I S. 303-.

(3) Die verantwortliche Leitung der Sing-Akademie liegt in den Händen des Direktors. Er ist dem Direktor der Hochschule und dem Reichs- und Preussischen Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung für die Verwirklichung der satzungsgemäss gestellten Ziele der Sing-Akademie verantwortlich.

(4) Der Direktor leitet die musikalischen Uebungen und Aufführungen der Sing-Akademie, wählt für die Uebungen die Musikstücke aus und trifft im Einvernehmen mit dem Direktor der Hochschule in allen musikalisch-technischen Angelegenheiten die Entscheidung, insbesondere über Zahl, Zeit und Ort der Veranstaltungen, und über die aufzuführenden Werke.

(5) Der Direktor ist Vorstand im Sinne des § 26 EGB. Er vertritt

vertritt die Gesellschaft gerichtlich und aussergerichtlich in allen Angelegenheiten. Im Falle seiner Verhinderung oder in eigens von ihm bestimmten Angelegenheiten vertritt ihn sein Stellvertreter. Der stellvertretende Direktor wird vom Direktor der Sing-Akademie ~~im Einvernehmen mit dem Direktor der Hochschule~~ auf die Dauer von 5 Jahren berufen.

(6) Der Direktor bereitet die ordentliche und ausserordentliche Mitgliederversammlung vor und führt darin den Vorsitz.

(7) Zur Erledigung der laufenden Geschäfte wird dem Direktor ein ~~Geschäfts- und~~ Kassenführer beigegeben. Dieser wird vom Direktor nach Anhörung des Beirats auf Privatdienstvertrag angestellt.

Stück 8

Der Beirat

(1) Der Beirat besteht aus:

- a) 4 Ehrenmitgliedern der Gesellschaft, die ihr als ordentliche Mitglieder angehört haben,
- b) 8 weiteren Mitgliedern, die sich in der Gesellschaft besonders bewährt haben und möglichst aus allen Stimmen stammen sollen.

(2) Die Mitglieder des Beirats werden vom Direktor der Sing-Akademie auf die Dauer von fünf Jahren berufen.

(3) Der Beirat ist vom Direktor zu hören, in Angelegenheiten, die betreffen:

- 1.) Ernennung von Ehrenmitgliedern,
- 2.) den Ausschluss eines Mitglieds aus der Gesellschaft,
- 3.) Änderung der Aufnahmegebühr und der Mitgliederbeiträge,
- 4.) ~~die Bestellung des Geschäfts- und Kassenführers,~~
- 5.) Grundstücke, die für die Gesellschaft erworben, veräussert oder verpfändet werden sollen,
- 6.) Darlehensaufnahmen,
- 7.) Ausgaben von mehr als 5 000 RM.

(4) Ueber die Verhandlungen des Beirats sind Niederschriften anzufertigen, die vom Direktor, dem ~~Geschäfts- und~~ Kassenführer und einem Beiratsmitglied zu unterzeichnen sind.

Stück 9

Mitgliederversammlungen.

(1) Die ordentliche Mitgliederversammlung wird vom Direktor der Sing-Akademie jährlich einmal einberufen. Die Mitglieder sind

6. Bei Hopping und neuen Direktoren  
(Beirat 1. Abt.) wurde Beirat ~~bestimmt~~  
auf 5 Jahre ~~bestimmt~~  
auf 5 Jahre  
a) 4 Prof. Dr. Mitglieder ~~Best~~  
die vom Beirat bestimmt sind  
b) 8 weitere Mitglieder ~~Best~~  
ab 1. d. Prof. Dr. J. Köpfer

7/137

7) 137  
5) Der Beirat wird jährlich einberufen.  
(137) Der Beirat wird jährlich einberufen.  
6) Der Beirat wird jährlich einberufen.



sind zu dieser Tagung zwei Wochen vorher schriftlich und durch Veröffentlichung in der Berliner Ausgabe des „Völkischen Beobachters“ unter Angabe der Tagesordnung einzuladen. Ueber jede Mitgliederversammlung ist ein Sitzungsbericht zu führen, der vom Direktor der Sing-Akademie und dem Geschäfts- und Kassensführer zu unterzeichnen ist.

(3) Das Recht, die Einberufung einer ausserordentlichen Mitgliederversammlung zu beantragen, steht zu:

- 1.) dem Beirat, sofern mindestens  $\frac{1}{3}$  der Gesamtmitglieder,
- 2.) den Mitgliedern, sofern mindestens  $\frac{1}{3}$  der Gesamtmitglieder der Forderung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe beitreten.

(2) Die ausserordentliche Mitgliederversammlung wird in allen Fällen von dem Direktor der Sing-Akademie einberufen. Die Einberufung hat in der gleichen Weise wie bei der ordentlichen Mitgliederversammlung zu erfolgen.

(4) Die ordentliche und ausserordentliche Mitgliederversammlung ist zuständig:

- a) für die Entlastung des Direktors, des Geschäfts- und Kassensführers und etwaiger sonstiger Mitarbeiter,
- b) für die Genehmigung des Haushaltvoranschlages,
- c) für die Bestellung von zwei Rechnungsprüfern und zwei Ersatzmännern,
- d) für die Genehmigung der vorgeschlagenen Satzungsänderungen,
- e) für die Entgegennahme des Jahres- und Rechenschaftsberichtes.

Stück 17  
Vermögen

(1) Das Vermögen der Gesellschaft setzt sich zusammen aus:

- a) den Mitgliederbeiträgen,
- b) den freiwilligen Spenden,
- c) dem etwaigen Anlagekapital mit Zinsen,
- d) aus Zuschüssen und sonstigen Einnahmen,
- e) der Liegenschaft.

(1) (2) Ueber die Verwaltung des Vermögens, die Einrichtung, Führung und Beaufsichtigung der Kasse und über die Rechnungslegung und Rechnungsprüfung erlässt der Direktor nach Anhören des Beirats die näheren Richtlinien.

(9) Die Einnahmen und Ausgaben werden alljährlich durch den Haushaltsvoranschlag festgelegt. Der ~~Geschäfts-~~ und Kassenführer legt dem Direktor rechtzeitig vor Beginn des neuen Rechnungsjahres den Haushaltsvoranschlag vor. Der Haushaltsvoranschlag ist <sup>von Mitglied zur Klärung v. all. J. an</sup> der Mitgliederversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Ueberschreitungen der im Haushaltsvoranschlag ausgebrachten Mittel bedürfen der Genehmigung der Mitgliederversammlung.

Stück 11

Auflösung der Gesellschaft

<sup>Stück 11</sup> Die Auflösung der Gesellschaft erfolgt durch Beschluss der Mitgliederversammlung, zu dem eine Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der erschienenen ~~oder vertretenen~~ Mitglieder erforderlich ist. Der Auflösungsbeschluss bedarf notarieller Beurkundung. Der Auflösungsbeschluss hat gleichzeitig zu bestimmen, wie das vorhandene Vermögen verwendet werden soll, wobei die im Grundbuch eingetragenen Einschränkungen genau zu beachten sind. Das vorhandene Barvermögen ist ausschliesslich dem gemeinnützigen Zweck der Gesellschaft entsprechend zu verwenden.

Stück 12

Änderungen der Grundverfassung

<sup>Stück 12</sup> Änderungen der Grundverfassung erfolgen durch Beschluss der Mitgliederversammlung, zu dem eine Mehrheit von  $\frac{2}{3}$  der erschienenen ~~oder vertretenen~~ Mitglieder erforderlich ist. Sie bedürfen <sup>notarieller Beurkundung</sup> der Zustimmung des Reichs- und Preussischen Ministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

Stück 13

Grundverfassung-Inkrafttreten

<sup>Beurkundung mit</sup> Diese Grundverfassung tritt an die Stelle der am 25. August 1939 beschlossenen Grundverfassung. Sie gilt von dem Tage ab, an welchem der Reichs- und Preussische Minister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung seine Genehmigung erteilt hat.

Berlin, den

1942

*Manuskript  
überliefert an Anton  
Verlagshandlung an Anton Linder*

Hierdurch übertrage ich zugleich für meine Erben und Rechtsnachfolger dem Musikverlag

und dessen Rechtsnachfolgern

die ausschließlichen durch alleinige Ausnahme des Ausführungsrechtes und des mechanisch-musikalischen Rechtes beschränkten, (im übrigen unbeschränkten und seitens des Verlages weiter übertragbaren Werknutzungsrechte an meinem Werke:

Die Werknutzungsrechte sollen vereinbarungsgemäß umfassen das Recht zur beliebig oft vorzunehmenden Vervielfältigung, Verbreitung und gewerbsmäßigen Nutzung jeder Art für alle Zeiten und für alle Länder, kurz alle Werknutzungsrechte, die das Gesetz dem Urheber eines solchen Werkes einräumt oder vorbehält, auch in Zukunft einräumen oder vorbehalten wird, insbesondere auch alle bestehenden oder künftigen Rechte der Benutzung zum Zwecke der Tonverfilmung und der Verwertung im Fernhör- und -sehverfahren.)

Ich leiste Gewähr dafür, daß ich in dem angegebenen Umfange allein über das Werknutzungsrecht an dem Werke zu verfügen berechtigt bin, und daß ich jenes weder ganz noch teilweise anderweitig übertragen habe.

Wird die Schutzfrist des Urheberrechtes gesetzlich verlängert oder wird der Schutz auf neue Formen der Nutzung des Werkes ausgedehnt, so bleibt diese Erklärung für die Dauer der Verlängerung und für die Erweiterung des Schutzes in Kraft.

Insoweit auswärtige Staaten den Schutz des Urheberrechtes oder die Erneuerung oder Verlängerung dieses Schutzes von einer Anmeldung und Eintragung abhängig machen, verpflichte ich mich und meine Rechtsnachfolger zur Abgabe aller derjenigen Erklärungen und zu den Rechtshandlungen die erforderlich sind, um die erwähnten Anmeldungen und Eintragungen auf den Namen des Verlages oder seiner Rechtsnachfolger herbeizuführen.

*Mein* Ich bin damit einverstanden, daß das Originalmanuskript des Werkes im Besitze des Verlages als dessen Eigentum verbleibt. Der Verlag steht dafür ein, daß bei allen Veröffentlichungen des Werkes mein Name in der in diesem Manuskript festgelegten Form genannt wird. Ich verpflichte mich, eine einwandfreie Vorlage für die Vervielfältigung zu liefern und Korrekturen ohne Vergütung unverzüglich vorzunehmen. Die Kosten für von der Druckerei nicht verschuldete Korrekturen sind von mir zu den Selbstkosten des Verlages zu tragen.

Der Verlag ist berechtigt, im Einvernehmen mit mir an dem Werke nachgemäße Zusätze, Kürzungen und Änderungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen, sowie die üblichen Bearbeitungen, Auszüge und Einrichtungen für einzelne oder mehrere Instrumente oder Stimmen zur Übertragung in andere Tonarten, Übersetzungen in andere Sprachen oder Umarbeitungen in dramatische oder erzählende Form herauszugeben. Änderungen, die den künstlerischen Charakter des Werkes verändern, bedürfen meiner Genehmigung. Diese kann nicht von einer geldlichen Nachforderung abhängig gemacht werden. Ich überlasse dem Verlag die Bestimmung über den Zeitpunkt der Herausgabe, die Festsetzung und spätere Veränderung des Kaufpreises und verzichte auf das Recht, Melodien erkennbar dem Werke zu entnehmen und einer neuen Arbeit zugrunde zu legen.

Im Einvernehmen mit dem Verlag wird das Ausführungsrecht durch die STAGMA und das mechanisch-musikalische Recht an dem Werke durch die STAMMRE verwaltet.

*Stamm*



Ich garantiere dem Verlag den bei der STAGMA jeweils geltenden Verlegeranteil an den Aufführungsrechten, jedoch nicht weniger als  $33\frac{1}{3}\%$ . Ich bestätige ferner, daß der Verlag an den Erträgen aus der Verwertung der mechanisch-musikalischen Rechte (aus dem In- und Ausland) mit 50 % beteiligt ist.

Sollte die Verwaltung dieser Rechte durch die STAGMA bzw. STAMMRE ein Ende finden, so leiste ich Gewähr dafür, daß der Verlag auch weiterhin an den Erträgen aus dem Aufführungsrecht mit  $33\frac{1}{3}\%$ , an denen aus dem mechanisch-musikalischen Recht mit 50 % beteiligt bleibt. Erlischt meine Mitgliedschaft im Berufsstand der deutschen Komponisten, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß die Verwaltung meiner Aufführungs- und mechanisch-musikalischen Rechte an obigem Werk solange bei der STAGMA bzw. STAMMRE verbleibt, als der Verlag bzw. sein Rechtsnachfolger dieses verlangt.

Ich verpflichte mich, den Herstellern von Schallplatten keine Rückvergütung oder sonstige Beteiligung an meinen Erträgen aus den mechanisch-musikalischen Rechten zu gewähren. Der Verlag übernimmt die gleiche Verpflichtung.

An den Erträgen aus dem Tonverfilmungsrecht, dessen Verwaltung ich dem Verlag überlasse, bin ich mit 50 % beteiligt.

Im besonderen habe ich mit dem Verlag vereinbart: \_\_\_\_\_

Ich erhalte vom Verlag Freiemplare meines Werkes von folgenden Ausgaben und in folgender Anzahl:

Ich bin Mitglied des Berufsstandes der deutschen Komponisten, während der Verlag dem Deutschen Musikalien-Verleger-Verein angehört.

Ich bin bereit, auf Verlangen meine eigenhändige Namensunterschrift gerichtlich oder notariell beglaubigen zu lassen.

Erfüllungsort und Gerichtsstand für beide Teile ist der Verlagssort.

am \_\_\_\_\_ 19\_\_\_\_

-2-

## § 2

Der Verlag ist verpflichtet, das Werk innerhalb drei Monaten gedruckt in folgenden Ausgaben: ..... sechs herauszubringen. Kommt der Verlag dieser Verpflichtung nicht nach, so kann ihm der Autor eine Nachfrist von weiteren drei Monaten setzen, nach deren Ablauf er berechtigt ist, vom Vertrage zurückzutreten und Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Gezahlte Vorschüsse verfallen in diesem Falle zugunsten des Autors.

Ist ein Werk vergriffen, so hat der Autor das Recht, eine Neuauflage schriftlich zu verlangen. Kommt der Verlag nicht innerhalb eines halben Jahres nach Zugang der Aufforderung nach, so fällt das Verlagsrecht an den Autor zurück. Eventuell gezahlte Vorschüsse verfallen zu seinen Gunsten. Der Autor kann das Verlangen nicht stellen, wenn keinerlei Nachfrage nach dem Werk besteht, und sein Verlangen ein dem Verlag nicht zuzumuten-der Missbrauch seines Rechtes wäre.

## § 3.

Der Verlag ist verpflichtet, zu jedem Kalendervierteljahr abzurechnen. Der Autor ist berechtigt, durch seinen Berufsstand eine Kontrolle des Absatzes und der Abrechnungen vornehmen zu lassen.

## § 4

Der Verlag ist verpflichtet, bei allen Veröffentlichungen den Namen des Autors in der im Manuskript festgelegten Form zu nennen. Der Autor ist verpflichtet, einwandfreie Vorlagen für die Vervielfältigung zu liefern, Korrekturen ohne besondere Vergütung unverzüglich vorzunehmen. Die durch die Korrektur entstehenden Kosten trägt der Verlag.

-3-

§ 5

Der Verlag ist nicht berechtigt, an dem Werk Änderungen ohne Zustimmung des Autors vorzunehmen und Bearbeitungen ohne Zustimmung des Autors herauszugeben. Die Verwertung des Werkes zu Potpourris und Alben im eigenen Verlag oder in Gemeinschaft mit anderen Verlagen bedarf einer besonderen Vereinbarung mit dem Autor und muss in jedem Falle besonders honoriert werden.

§ 6

Der Autor erhält .... Freiexemplare. Die Auflagehöhe beträgt bei U-Musik mindestens 250 Stück. Das Manuskript bleibt Eigentum des Autors.

§ 7

Der Autor steht dafür ein, dass ihm das Verlagsrecht an dem Werke ungeschmälert zusteht, und dass an dem Werke kein anderer urheberrechtlich oder als Bearbeiter beteiligt ist, der nicht in diesem Vertrage ausdrücklich hiermit dem Verlage gegenüber erwähnt wird, und im Falle bestehender urheberrechtlicher Beteiligung seine ausdrückliche Zustimmung zu diesem Vertragsabschluss gibt. Der Autor erklärt ferner, dass er gegenüber seinem Berufsstand seine Verpflichtungen erfüllt hat.

§ 8

Handelt der Verlag vorsätzlich gegen seine Vertragspflichten, so ist der Autor nachdreimaliger Abmahnung berechtigt, den Vertrag mit sofortiger Wirkung zu kündigen.

§ 9

Die Rechte aus diesem Vertrage gehen auf die Erben des Verlags über, falls es sich bei dieser Firma um eine offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft oder eine Einzelfirma handelt. Eine Übertragung der Rechte des Verlages ist nur mit

Zustimmung

Zustimmung des Autors statthaft, auch bei Gesamtrechtsnachfolge mit Ausnahme der erwähnten Erbfolge.

§ 10

(Zu streichen, falls die Vertragschliessenden es wünschen)

Der Autor ist verpflichtet, dem Verlag die nächsten drei Werke derselben Art und desselben Umfangs zur Übernahme zu den gleichen Verlagsbedingungen anzubieten. Der Verlag hat sich innerhalb eines Monats nach Eintreffen des Angebots zu entscheiden. Hat er bis dahin nicht die Übernahme ausgesprochen, so ist der Autor in der Verwendung frei. Diese Bestimmung verliert fünf Jahre nach Abschluss des Vertrages ihre Wirksamkeit.

§ 11

Alle Rechte mit Ausnahme des Verlags- und Vertriebsrechtes, sowie der nach den folgenden Bestimmungen dem Verlag eingeräumten Rechte verbleiben dem Autor.

Die sogenannten kleinen Aufführungsrechte werden durch die STAGMA (Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Aufführungsrechte) verwaltet; die mechanischen Rechte incl. Schallplattenrechte durch den Berufsstand der deutschen Komponisten bzw. durch den Berufsstand deutscher Textdichter.

Für den Verteilungsschlüssel und die Verwaltung der Rechte durch die STAGMA und den Berufsstand der deutschen Komponisten bzw. Textdichter sind die Bestimmungen dieser Körperschaften massgebend; auch für die Rechte der Vertragschliessenden untereinander. Die Vertragschliessenden verpflichten sich, bei Vergebung von Rechten eines Werkes an die Schallplattenindustrie, diese nicht am Ertrag des Werkes in irgendeiner Form zu beteiligen und sind sich darüber einig, dass die Übertragung des mechanisch-musikalischen Rechtes nicht das Recht zur Rundfunksendung einschliesst.



einschliesst.

Bei Verkäufen an das Ausland ist der Autor an den Einnahmen des Verlages mit ...% beteiligt.

Der Autor hat sich mit dem Komponisten zur gemeinsamen Verwertung der Tonfilmrechte verbunden. Der Komponist Textdichter schliesst mit dem Verlage einen entsprechenden Vertrag ab.

Der Verlag ist als Bevollmächtigter des Autors sowie des genannten Komponisten beauftragt, sich um die Verwertung der Tonfilmrechte Textdichters zu bemühen. Vor einem Abschluss sind die Autoren um ihre Genehmigung anzugehen. Antworten die Autoren auf einen eingeschriebenen Brief, der sie zur Genehmigung auffordert, nicht innerhalb einer Woche, so ist der Verlag ohne ihre Genehmigung berechtigt, unter Wahrung ihrer Rechte abzuschliessen. Das gleich gilt, wenn nur einer der Autoren nicht antwortet, der andere aber dem Abschluss zustimmt. An dem Ertrag der Tonfilmrechte oder aus der Verwertung des Werkes innerhalb von Tonfilmen ist der Komponist mit ...% der Textdichter mit ...% und der Verlag mit ...% beteiligt.

Bei Vergebung von Rechten eines Werkes an Tonfilmerzeuger darf dieser nicht am Ertrag des Werkes in irgendeiner Weise beteiligt sein.

#### § 12

Der Verlag erklärt ausdrücklich, dass er oder einer seiner Angestellten am Ertrag des Autors nicht beteiligt sind.

oder:

in folgender Weise beteiligt sind, da ihre urheberrechtliche Mitarbeit vorliegt:

#### § 13

Die Vertragschliessenden erklären ausdrücklich, dass andere Abreden als in diesem auf dem Normalvertragsformular geschlossenen

-6-

geschlossenen Abkommen nicht zwischen ihnen bestehen, ausser den folgenden besonderen Bestimmungen:

Künftige Änderungen bedürfen der Schriftform und sind nur insoweit zulässig, als sie nicht Bestimmungen des Normalvertrages widersprechen.

§ 14

Der Vertrag ist beiderseitig ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist kündbar, wenn sich in der Person des anderen Teiles, oder bei einer Firma, deren Teilhaber oder Gesellschafter persönliche Eigenschaften herausstellen, die den anderen Teil bei Kenntnis von dem Vertragsschluss abgehalten hätten.

§ 15

Sollten aus diesem Vertrage Streitigkeiten entstehen, die nicht durch ein Schiedsgericht Friedigung finden, so ist für die beiderseitigen Ansprüche ausschliesslich zuständig das Amts- bzw. Landgericht Berlin.

2.F.  
26.2.1935  
Dr.H/Ro.

**Reichsmusikkammer  
Berufsstand der deutschen Komponisten**

**Geschäftsführer**

Berlin-Charlottenburg 9,  
Adolf-Hitler-Platz 7/9/11  
Fernsprecher: 3 8 Befehls 5018-19  
Telefon-Nr.: Berlin Nr. 41922  
Telegramm-Adresse: Berufskomposit

S/H

An unsere Mitglieder !

Geschäftszeichen:

In der Antwort anzugeben

Infolge besonderer Förderung durch Herrn Dr. Richard STRAUSS hat der Berufsstand der deutschen Komponisten das "Schlößchen" des Komponisten Engelbert Humperdinck in Boppard a/Rh. gepachtet und wird es ab 1. Mai 1935 als

Engelbert Humperdinck-  
Alters- und Erholungsheim

in eigene Verwaltung nehmen.

Das Humperdinck-Schlößchen, ein großes Landhaus inmitten eines Parkes gelegen, mit grossen, hellen, modernen Räumen, fliessendem Wasser in allen Zimmern, Terrassen und Balkonen mit herrlichem Ausblick, bietet angenehmsten Aufenthalt bei bester Verpflegung.

Boppard - mit Recht die "Perle des Rheins" genannt - ist ein idealer Erholungsaufenthalt. Die malerische Lage an einer Biegung des Rheins, die reizende Umgebung, die Fülle von Abwechslung sind geeignet, Erholungsbedürftige in jeder Beziehung zufriedenzustellen.

Im Erholungsheim können nur Angehörige des Berufsstandes mit ihren Familienangehörigen Aufnahme finden. Der volle Pensionspreis (Frühstück, Mittag- und Abendessen) beträgt pro Tag und Person RM 3,- einschl. Bedienung. Bei der beschränkten Anzahl von Zimmern ist umgehende Anmeldung erforderlich.

Mitglieder, die bereits Alterssold beziehen, können dort für ihren Alterssold ständigen Aufenthalt nehmen; ebenfalls Empfängerinnen von Witwengeld.

Nähere Auskünfte erteilt die Versorgungskasse des Berufsstandes der deutschen Komponisten (Berlin-Charlottenburg 9, Adolf Hitler Platz 7/9/11), an die alle Anfragen zu richten sind.

Heil Hitler !

*Heiser*  
Geschäftsführer.



10

**Reichsmusikkammer**  
**Berufsstand der deutschen Komponisten**

**Geschäftsführer**

den 12. August 1935.

Berlin-Charlottenburg 9,  
Adolf-Hitler-Platz 7/9/11  
Fernsprecher: 33 Westend 5518-19  
Postfach-Konto: Berlin Str. 41822  
Telegramm-Adresse: Berufskomponist

S/St.

Geschäftszeichen:

In der Antwort unbedingt anzugeben

An die Mitglieder des Beirates !

Betr.: Erste Sitzung des neu gebildeten Beirates !

Sehr geehrter Herr !

Im Auftrage des Vorsitzenden des Berufsstandes der deutschen Komponisten, Herrn Professor Dr. Paul Graener, lade ich Sie zu einer am

Montag, den 2. September 1935,

WOUF vormittags 10 Uhr,

in den Räumen des Berufsstandes stattfindenden Sitzung des Beirates ein.

Heil Hitler !

*Leger*  
Geschäftsführer.

Abschrift.

Ehrengerichtsordnung.  
= = = = =

§ 1.

Das Ehrengericht hat seinen Sitz in Berlin.

§ 2.

Das Ehrengericht entscheidet in einer Besetzung von fünf Ehrenrichtern. (einem Vorsitzenden und vier Beisitzern).

§ 3.

Der Vorsitzende und die vier Beisitzer des Ehrengerichts sowie die fünf Stellvertreter dieser Ehrenrichter werden von dem Vorsitzenden des Berufsstandes der deutschen Komponisten für die Dauer eines Geschäftsjahres ernannt. Der Vorsitzende des Ehrengerichtes leitet die Verhandlungen des Ehrengerichts und den Bürobetrieb, vollzieht die Ladungen zu den Terminen, überwacht die Abfassung des Verhandlungsprotokolls, zu dem er einen Protokollführer zuzieht und fertigt die Urteile aus.

§ 4.

Entscheidet das Ehrengericht gemäss § 6 der Satzung, so werden von den vier Beisitzern zwei Beisitzer von dem Mitglied benannt, dessen Ausschluss in Frage steht. Die anderen beiden Beisitzer werden vom Vorsitzenden turnusmässig aus der Beisitzerliste berufen.

§ 5.

Hat das Ehrengericht einen Ehrenstreit zwischen zwei Mitgliedern zu schlichten, die sich auf die Entscheidung des Ehrengerichts geeinigt haben, so benennt jedes der beiden Mitglieder, die sich als Kläger und Beklagter in diesem

13

Ehrenverfahren gegenüberstehen, je zwei Beisitzer aus der Zahl der ordentlichen Mitglieder des Berufsstandes.

Der Vorsitzende des Ehrengerichtes hat für Führung eines Protokolls Sorge zu tragen. Er kann hiermit einen Beisitzer beauftragen, oder aber den Rechtsberater des Berufsstandes der deutschen Komponisten hinzuziehen, der in diesem Falle an den Beratungen des Gerichtes teilnehmen kann. Stimme hat der Rechtsberater nicht, doch soll er bei der Entscheidung von Rechtsfragen gehört werden.

§ 6.

Für die Hauptverhandlung vor dem Ehrengericht sind die Bestimmungen sinngemäss anzuwenden, die das Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit in seinen §§ 47 ff für das Ehrengericht vorsieht. Das in diesen Vorschriften vorgesehene Recht des Treuhänders der Arbeit, Anträge zu stellen und der Hauptverhandlung beizuwohnen, wird durch den Stellvertreter des Vorsitzenden des Berufsstandes ausgeübt.

§ 7.

Das Ehrengericht entscheidet endgültig. Seine Entscheidung ist nicht anfechtbar.

§ 8.

Das Ehrengericht kann auf folgende Entscheidungen erkennen:

- 1.) Im Falle einer Entscheidung gemäss § 6 der Satzung des Berufsstandes der deutschen Komponisten:
  - a) Aufhebung des Ausschlussbeschlusses, wonach ein Mitglied zum Ausschluss vorgeschlagen worden soll;
  - b) Aufhebung dieses Beschlusses unter gleichzeitiger Erteilung einer Verwarnung;
  - c) Aufhebung dieses Beschlusses unter gleichzeitiger Erteilung eines strengen Verweises;

-3-

- d) Bestätigung des Beschlusses.
- 2.) Im Falle einer Entscheidung gemäss § 5:
- a) Abweisung der Klage
  - b) Erteilung einer Verwarnung
  - c) Erteilung eines strengen Verweises
  - d) Beschluss, das Mitglied zur Bestrafung dem Präsidenten der Reichsmusikkammer vorzuschlagen.

## § 9.

Das Ehrengericht ist auch berufen, als Schiedsgericht solche Streitigkeiten von Mitgliedern unter Ausschluss des Rechtsweges zu entscheiden, deren Entscheidung durch Schiedsvertrag zwischen den Mitgliedern vereinbart worden ist.

Das Ehrengericht entscheidet in diesen Fällen auch über die Kostentragung, zu deren Bezahlung die das als Schiedsgericht amtierende Ehrengericht anrufenden Mitglieder zu Beginn des Verfahrens zu verpflichten sind. Die Höhe der Kosten setzt das Ehrengericht fest unter Zugrundelegung einer Anwaltsgebühr nach der Gebührenordnung für Rechtsanwälte für den Vorsitzenden und einer Aufwandsentschädigung, deren Höhe sich nach den für Ausschuss- oder Kuratoriumsmitglieder im Berufsstand der deutschen Komponisten üblichen Entschädigung bemisst.

## § 10.

Für die Fälle, in denen das Ehrengericht als Schiedsgericht entscheidet, sind für das Verfahren die Vorschriften des 10. Buches der ZPO massgebend; das für die Niederlegung der Urteile zuständige Gericht ist das Amts- oder Landgericht Berlin.

-.-.-.-.-

-4-

Liste der Beisitzer für das Geschäftsjahr 1935  
=====

Max Donisch    Vorsitzender

Hans Bullerian	Berlin-Wilmersdorf, Mainzerstr.14
Dr. Siegfried Burgstaller,	Berlin-Schöneberg, Bozener Str.4
Willy Geisler	Berlin W 15, Sächsische Str. 75
Arno Pardun	Berlin-Tempelhof, Wittekindstr. 58
Prof. E.N. von Reznicek	Berlin-Charlottenburg, Knesebeck- str. 32
Carl Robrecht	Berlin-Lichterfelde, Curtiusstr. 107
Prof. Dr. Georg Schumann	Berlin-Lichterfelde, Bismarckstr.8
Prof. Georg Vollerthun	Strausberg /Mark, Kaiserstr. 102
Dr. Friedrich Welter	Berlin-Zehlendorf-Mitte, Holzungs- weg 39

-----



## Presse-Mitteilungen und Nachrichten

des Reichsverbandes der gemischten Chöre  
Deutschlands in der Reichsmusikkammer



Geschäftsstelle:  
Berlin W 57, Bülowstr. 10  
fernruft: B 7 Pallas 1483

Nachdruck - kostenlos - ganz oder auszugsweise erwünscht.

Nr. 1

Ende März 1936

### Aufrufe an die deutsche Sängerschaft zur Reichstagswahl am 29. März 1936

#### Der Präsident der Reichsmusikkammer

In keinem anderen europäischen Staat zeigt sich eine ähnlich geartete innere Verbundenheit von Staatspolitik und Kunstpolitik wie im nationalsozialistischen Deutschland. Kein Volk darf sich rühmen, eine so hohe Zahl von kulturpolitisch weitblickenden Staatsmännern zu besitzen wie das deutsche. Die begeisterten Bekenntnisse zu deutscher Art und Kunst, die unser Führer in seinen grundlegenden kulturpolitischen Reden und Ansprachen ablegte, sind von richtungsweisender Bedeutung für die gesamte Entwicklung des deutschen Musiklebens. Bedarf es überhaupt noch der Erwähnung, in welcher Weise eine reinigende Wandlung auf dem Gebiet der deutschen Musik seit der marxistischen Zeit erfolgt ist? Mit Stolz dürfen wir auf die in den 3 Jahren geleistete Arbeit zurückblicken, die sich in der Linderung der wirtschaftlichen Not und in der Erschließung neuer kulturpolitischer Aufgaben zum Segen des deutschen Musikerstandes und der gesamten deutschen Musik ausgewirkt hat und sich noch weiter auswirken wird. Hinter allen erfolgreichen und fruchtbringenden Neuerungen aber steht die verehrungswürdige Gestalt unseres Führers - ein Vorbild für alle, die mit uns für die Reinigung und weitere Ausgestaltung des deutschen Musiklebens kämpfen. Der deutsche Musiker und Musikliebhaber weiß, an wessen Seite er sich in der bevorstehenden Wahl zu stellen hat, will er sich und kommenden Geschlechtern eine gefestigte, unerschütterliche Grundlage der kulturpolitischen Entwicklung schaffen. Der Führer hat uns den Weg gewiesen - wir alle wollen ihm folgen in zuversichtlichem Vertrauen zu seinem großen, segenbringenden Aufbauprogramm.

Dr. Peter Raabe.



Ein Rechenschaftsbericht des Geschäftsführers  
der Reichsmusikkammer.

Am 29. März wird das deutsche Volk seinem Führer Adolf Hitler erneut ein Treuegelöbnis ablegen. Innerhalb von drei Jahren hat der Führer mit seiner Nationalsozialistischen Bewegung ein Werk geschaffen, dessen Grösse und Bedeutung nur spätere Geschlechter voll ermessen werden können.

Auch wir Musiker haben unser Teil zu diesem Werk beigetragen. Wenn auch unsere Mitarbeit am Neuaufbau des deutschen Kulturlebens natürlicherweise noch nicht überall zu Enderfolgen führen konnte, so würde doch in den hinter uns liegenden Jahren bereits Wesentlichstes zur Erreichung unseres gemeinsamen Zieles geleistet.

Erinnern wir uns der Zeiten, wo im Novemberstaat das Gegeneinander unzähliger Interessentengruppen jede planmässige Aufbauarbeit unmöglich machte und die deutsche Berufsmusikerschaft nicht nur dem wirtschaftlichen Elend preisgegeben war, sondern auch in ihrem Standesbewusstsein und sozialen Ansehen verkümmerte. In welchem Gegensatz dazu steht die machtvolle Entwicklung des geeinten deutschen Volkes und aller seiner Berufsstände unter der Führung Adolf Hitlers! Die in der Reichsmusikkammer zusammengeschlossenen deutschen Musiker und Musikfreunde sind sich mit Stolz bewusst, vom Führer zu einer Aufgabe berufen zu sein, deren Erfüllung dem Kulturleben der Nation für Jahrhunderte das Gepräge geben wird.

Es ist nicht die Absicht dieses Aufrufes, die bisherigen Erfolge der Reichsmusikkammer im einzelnen hervorzuheben, aber in grossen Zügen mögen die nachstehenden Ziffern die hier geleistete Arbeit umreissen.

In den Jahren 1934 und 1935 wurden von der Reichsmusikkammer für Kulturorchester, Stipendien, Instrumentenbeschaffung, Umschulung, Förderung junger Solisten und Komponisten, Pflege der Hausmusik, für Musikunterrichtszwecke, Notenbeschaffung und Kulturveranstaltungen insgesamt über RM 800.000.-- aufgewendet. Für die soziale Betreuung ihrer Mitglieder brachte die Reichsmusikkammer bisher über RM 300.000.- auf. RM 100.000.- wurden jährlich ausgegeben für kostenlose Rechtsberatung und Rechtshilfe. 23 Kulturorchester mit rund 700 Musikern wurden neu gegründet. Die Zentralstellenvermittlung der Reichsmusikkammer für Ensemble- und Unterhaltungskapellen konnte im Jahre 1935 einen Gesamtgagenumsatz von 4.5 Millionen Mark erzielen. Für die einzelnen Wirtschaftsgebiete Deutschlands wurden im Jahre 1935 13 Tarifordnungen erlassen. Ferner gelang es durch Gründung von Musikerberufsschulen, Militärmusikschulen, Singschulen und ähnlichen Instituten, vorbildliche neue Ausbildungsstätten für den Nachwuchs an Berufsmusikern und Laien zu schaffen. Durch Bereitstellung beträchtlicher Stipendienmittel wird die Auslese und Förderung besonderer Begabungen gewährleistet. Mit der Wiedergesundung des musikalischen Unterrichtswesens geht eine Erstarkung des Instrumentengewerbes und des ebenfalls seit langem darniederliegenden Musikalienhandels Hand in Hand. Der Künftleraustausch mit dem Auslande konnte in sichere grosszügige Bahnen gelenkt werden. Diese wirtschaftliche und kulturelle Aufwärtsentwicklung kommt den Mitgliedern der Reichsmusikkammer in ihrer Gesamtheit zugute.

Aus der geschlossenen Willenseinheit der deutschen Musiker zur Mitarbeit an Staat und Volk konnte die Reichsmusikkammer eine weit über die Grenzen Deutschlands hinauswirkende "Deutsche Bach-Händel-Schutz-Feier" erfolgreich gestalten.

Beachten wir weiter die Unmenge organisatorischer Kleinarbeit, die es ermöglichte, den Konzertbesuch gegenüber früher stellenweise auf das Dreifache zu steigern. Vergessen wir endlich nicht, dass die Hausmusik, die lange völlig vernachlässigt wurde, heute im gesamten deutschen Volke

wieder erwacht ist und mehr und mehr an Boden gewinnt. Etwa tausend ehrenamtlich tätige Musikbeauftragte betreuen heute im ganzen Reich die gemeindliche Musik- und Konzertpflege und unterstützen Veranstalter und Künstler.

Am Tage des Treuegelöbnisses wird die geeinte deutsche Musikerschaft mit in vorderster Linie marschieren, um dem Führer ihren Dank abzustatten.

gez. Heinz Ihler t .

Der Reichskultursenat.

In ehrfurchtsvoller Bewunderung vor der geschichtlichen Grösse des politischen Kampfes, den Adolf Hitler in diesen Tagen als Sachwalter der deutschen Nation durchficht, bekennen wir uns vor der Welt zum Führer und seinem Werk. Er hat der lebenden Generation in Deutschland die Freiheit und Ehre zurückgegeben und den kommenden Geschlechtern das Dasein auf dieser Grundlage gesichert. Dank seinem Kampf sind die zwei Millionen deutschen Soldaten im Weltkrieg nicht umsonst gefallen. Was vaterlandsliebende Männer seit Jahrhunderten erträumt und ersehnt haben, wofür so viele Leben grosser Deutscher gelebt und geopfert wurden, der Führer hat es vollendet: ein einiges, freies, glückliches Volk.

Seine hohe Auffassung von der kulturellen Mission des deutschen Volkes hat uns die beglückende Gewissheit gegeben, dass die heilige deutsche Kunst für alle Zeiten die Krönung seines Schaffens und des Schaffens unseres Volkes sein wird. Nur eine Nation von Ehre kann diese höchsten Aufgaben der menschlichen Kultur erfüllen. Ein unfreies und missachtetes Volk ist hierzu niemals fähig. Das von Adolf Hitler befreite Deutschland wird nunmehr diesen letzten Kampf im friedlichen Wettbewerb der Völker aufnehmen, den Kampf, in dem es noch nie unterlegen war, um in Kunst und Wissenschaft der Menschheit neue Ewigkeitswerte zu schenken.

Wir Deutschen von heute können den Dank, den das deutsche Volk dem Führer schuldet, nicht mehr in vollem Umfange abstaten. Das wird die Geschichte tun. Wir aber wollen, wie alle anderen Deutschen, unseren Teil zum Werk Adolf Hitlers beitragen und freudigen, dankerfüllten Herzens am 29. März mit unserer Stimme für das unvergängliche Aufbau- und Friedenswerk des Führers eintreten.

Der Leiter der Reichsfachschaft Chorwesen und Volksmusik

Professor Dr. Fritz Stein an die deutschen Sänger und Sängerinnen!

Lange Jahre hindurch standet Ihr mit Eurem Idealismus im steten Kampf gegen eine Euch feindlich gesinnte Umwelt, die alles das, was zur deutschen Seele als ureigenster Ausdruck gehörte, verhöhnte und niederriess. Ihr habt am deutschen Lied und am deutschen Volksgut festgehalten. Im dritten Reich habt Ihr für diese Tat die Anerkennung gefunden. Unser Führer Adolf Hitler hat uns das bessere Deutschland geschaffen, in dem zu leben und zu singen für den deutschen Sänger wieder eine Lust ist. An Euch ist es, dem Führer dafür zu danken, dass er den Boden für die deutsche musikalische Kultur freigemacht hat. Der deutsche Sänger und die

deutsche Sängerin werden bei der Wahl am 29. März in vorderster Front stehen.  
Alles für Deutschland, alles für den Führer Adolf Hitler!

gez.  
Professor Dr. Fritz Stein.

---

Von allen Sängerinnen und Sängern des Reichsverbandes erwarte ich, dass sie im Sinne der vorstehend wiedergegebenen Aufrufe am 29. März ein Bekenntnis zu Führer und Reich ablegen und ihre Stimme dem Führer Adolf Hitler geben.

gez.  
Dr. Reinhard Limbach.

Leiter des Reichsverbandes  
der gemischten Chöre Deutschlands.

=====



Nachrichten für die Presse.

Die Reichstagung des Reichverbandes der gemischten Chöre Deutschlands findet im Juli 1936 in Augsburg statt.

Der Reichsverband der gemischten Chöre, der alle grossen gemischten Chöre, die Oratorienvereine, Madrigalchöre, Kirchenchöre, Sing- und Spielkreise und Frauenchöre umfasst, veranstaltet in Augsburg vom 3. - 6. Juli 1936 sein grosses Reichstreffen. Augsburg, die Stadt der Singschule, wird zahllose Chöre aus allen Gauen Deutschlands bei sich zu Gaste haben. Die Tagung wird ein machtvolles Bekenntnis zum deutschen Lied und zur deutschen Kunst werden. Was sich an neuen Formen volkhafte Musikpflege heute gebildet hat, wird in Augsburg im Zuge eines grossen Festprogramms beispielhaft gezeigt werden. Auf den Plätzen der Stadt finden musikalische Kundgebungen statt, Chorgruppen der verschiedenen Landschaften singen auf Strassen und Plätzen Volkslieder ihrer Gauen. Auf dem Freilichttheater wird ein grosses Volksliedsingen durchgeführt werden, neue Turmmusiken werden erklingen, die Singschule veranstaltet ihren weithin bekannten Junggesang, im Goldenen Saal wird ein festliches Mitternachtskonzert dargeboten, Musikalische Vespere bringen die Kirchen und in drei grossen Konzerten wird man einen Überblick über das chorische Schaffen der neuen Generation erhalten. Chorwerke im Freien und im geschlossenen Raum, Werke für Feiern und Feste, gesellige Lieder, Chorgesang der Jugend, der Singkreise und der grossen Volkschöre, Aufführungen der Spitzenchöre werden in Augsburg 1936 das Bild vom Singenden Deutschland geben.

Heerschau der Schaffenden auf dem Sängerfest  
in Augsburg 1936.

Das Reichstreffen des Reichverbandes der gemischten Chöre Deutschlands, das in Augsburg vom 3. - 6. Juli 1936 stattfindet, wird eine grosszügige Übersicht über das chorische Schaffen der Gegenwart bringen. In dem Bewusstsein, dass der Einsatz für das wertvolle neue Werk des jungen Schaffenden heute mehr denn je Aufgabe der Musikläien ist, hat der Reichsverband der gemischten Chöre eine Reihe neuer Chorwerke zur Ur- und Erstaufführung für Augsburg angenommen. Die besten gemischten Chöre werden die Werke der jungen unbekannten Schaffenden und der anerkannten Chorkomponisten der Gegenwart zur Aufführung bringen. Werke folgender Komponisten wurden bisher ausgewählt:

Hugo Distler, Karl Gerstberger, Hugo Herrmann, Helmuth Jörns, Armin Knab, Ernst Lothar von Knorr, Hans Lang, Herbert Müntzel, K.F. Noetel, Walter Rein, Ulrich Sommerlatte, Kurt Thomas und Fritz Werner.

Als abendfüllendes Werk wird eine Konzertmesse von Otto Jochum aufgeführt

werden. Im Rahmen eines Volksliedsingens werden Chöre aus dem Rheinland Chorgemeinschaften von Ludwig Weber und die Kantate der drei Berufsstände von Hermann Erpf singen. Auch der Junggesang der Singschule Augsburg bringt wie alljährlich eine Reihe von Ur- und Erstaufführungen: In Aussicht genommen sind Werke von Otto Jochum, Armin Knab, Ernst Lothar von Knorr, Karl Kraft, Franz Philipp, H.K. Schmid, Heinrich Spitta, Richard Trunk, Hermann Zilcher.

---

Arbeiter der Stirn und der Faust  
singen in Augsburg.

---

Bei dem Reichstreffen des Reichsverbandes der gemischten Chöre Deutschlands in Augsburg vom 3. - 6. Juli 1936 werden Chorvereine aus allen Teilen Deutschlands vertreten sein. Bemerkenswert ist die Teilnahme von 2 Chören aus dem Rheinland. Der gemischte Chor des Krupp'schen Bildungsvereins Essen, dessen Mitglieder von der Werkleitung für das Augsburger Sängerfest beurlaubt werden, fährt geschlossen nach Augsburg und singt dort die Kantate der drei Berufsstände von Hermann Erpf. Das Chorwerk gliedert sich in die drei Teile: Lied der Arbeiter, Lied der Soldaten, Lied der Siedler an den Führer. Die Stadt Mülheim/Ruhr, bekannt als die singende Stadt West-Deutschlands, entsendet die Städtische Chor-Vereinigung, die im Rahmen eines grossen Volksliedsingens zwei Chorgemeinschaften des bekannten Komponisten Ludwig Weber singen wird.

---

Der Präsident der Reichsmusikkammer über die Bedeutung  
des Chorsingens

---

Prof. Peter Raabe sprach anlässlich einer Gaukultur-Tagung in Köln über das Thema Volk - Musik - Volksmusik. In seiner Ansprache gab der Präsident der Reichsmusikkammer ein anschauliches Bild von der grundsätzlichen Bedeutung des Chorgesanges in Deutschland. Dabei kam er zu der Feststellung:

"Wenn wir Deutschen Grund haben, auf irgendetwas in unserer Kultur so stolz zu sein wie es kein anderes Volk der Erde sein dürfte, so sind das die Leistungen unserer besten Gesangsvereine und unserer Kulturorchester."

Prof. Raabe versprach den Chorvereinen den Schutz und die Förderung der Reichsmusikkammer. Wörtlich sagte er:

"Jeder, der das Volk wirklich kennt, jeder, der aus seiner Erfahrung heraus dieses einfache Volk beobachtet hat, in Volks- und Symphoniekonzerten

und vor allem in Gesang-Vereinsproben und Aufführungen, der weiss, dass hier seit langem eine innige Verbundenheit des Volkes mit allen Arten seiner Kunst besteht und dass diese Verbindung die segensreichsten Folgen gehabt hat. Wer lernt ein Meisterwerk so kennen, wer dringt in den Geist der Kunst so ein wie der, der in wochen-, in monatelangen Proben immer wieder dieses Werk mitsingt, seine Schwierigkeiten kennen und überwinden lernt! Und welche Fülle von echt deutscher Tüchtigkeit, von Hingabe, Opferbereitschaft und Entsagung wird von den vielen Tausenden deutscher Chormitglieder in der Vorbereitungsarbeit geleistet, unentgeltlich und oft ohne Dank und Anerkennung. Ich lasse die deutschen Sänger und die deutschen Gesangsvereine nicht schelten und ich erkläre, dass die Reichsmusikkammer alle ihr zur Verfügung stehende Kraft anwenden wird, um den Angriffen gegen die deutsche Kunstgesangspflege zu begegnen."

---

Staatliche Lehrgänge und Schulungslager für Chordirigenten.

Im Auftrage des Reichsministers für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung richten die Staatl. Hochschule für Musik in Berlin und die Reichsfachschaft Chorwesen und Volksmusik innerhalb der Reichsmusikkammer folgende Fortbildungslehrgänge für Chordirigenten ein:

- Ein Staatl. Schulungslager für Chordirigenten in E u t i n  
vom 25. bis 29. Mai  
Leiter: Prof. Iversen Lehrkräfte: Paul Gümmer, Richard Liesche.
- Ein Staatl. Schulungslager auf der Jugendburg Freusburg/W.  
vom 25. bis 30. Mai  
Leiter: Dr. Collignon Lehrkräfte: Johannes Willy, Ludwig Weber.
- Ein Staatl. Schulungslager auf der Schwedenschanze b. Neustadt/O.S.  
vom 25. bis 30. Mai  
Leiter: Kapellmeister Sommer Lehrkräfte: Philipp Schad, Wolfgang Stumme.

Chordirigenten des Reichsverbandes melden sich zur Teilnahme bei der Reichsverbandsleitung.

---

Die vorliegende erste Ausgabe der Presse-Mitteilungen und Nachrichten des Reichsverbandes der gemischten Chöre Deutschlands geht diesmal auch allen Chorvereinen zu mit der Bitte, die Nachrichten der örtlichen Presse weiterzugeben. Diejenigen Chorvereine, die auch künftig für eine Verbindung mit der örtlichen Presse Sorge tragen können, wollen dies bitte der Reichsverbandsleitung umgehend mitteilen, damit ihnen weiter diese Blätter zugänglich gemacht werden.

---



gen zu finden und ihnen zu helfen. Dabingehende Vereinbarungen zwischen der Reichsmusikerkammer (Fachverband der nachschaffenden Künstler) und dem Reichsverband für Konzertwesen stehen bevor und werden demnächst veröffentlicht werden.

Der Präsident der Reichsmusikerkammer hat den unter der Leitung von Wilhelm Furtwängler bestehenden Ausschuss für Programmberatung neu bestärkt. Nähere Bestimmungen sind in diesem Rundschreiben enthalten. Möge es gelingen, die Programme nicht nur von minderwertigen Werken frei zu halten, sondern vor allem auf jene Höhe zu bringen, die dem Ansehen des deutschen Musiklebens entspricht.

Die deutsche Musik ist ein wichtiger Auslandsposten deutscher Kulturpolitik. Die großen deutschen Dirigenten und Künstler tragen die deutschen Musikwerke der Vergangenheit und der Gegenwart in aller Herren Länder. Die Heimat hat die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit dieser „Exporteure“ zu erhalten und, wenn es möglich ist, zu steigern. Wir wollen alle, jeder an seiner Stelle, unsere Pflicht tun.

#### 11. Ergänzung des Reichskulturkammergesetzes

Nach § 6 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 des Theatergesetzes vom 15. 5. 34 gehören der Reichstheaterkammer die Veranstalter aller deutschen Theater und alle in diesen Theatern tätigen Personen kraft Gesetzes an, soweit sie nicht der Art ihrer Tätigkeit nach von der Zugehörigkeit zu ihr befreit sind. Ein Ergänzungsgesetz zum Reichskulturkammergesetz vom 15. 4. 34 hat diese Bestimmung ausgedehnt auf die im Reichsgebiet unterhaltenen Anstalten der Musik oder der bildenden Künste oder zur Erteilung von Unterricht in einer dieser Künste, ferner auf die in diesen Anstalten tätigen Personen mit der Maßgabe, daß an die Stelle der Reichstheaterkammer die Reichsmusikerkammer oder die Reichskammer der bildenden Künste tritt.

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda hat diese Bestimmungen in einem Rundschreiben an die Landesregierungen vom 24. 5. 34 I 1415 erläutert. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Nach diesen Bestimmungen gehören Theater, Anstalten der Musik oder der bildenden Künste, Anstalten zur Erteilung von Unterricht in einer dieser Künste sowie alle in den Theatern oder Anstalten tätigen Personen den in Frage kommenden Einzelkammern der Reichskulturkammer an und zwar kraft Gesetzes, ohne daß es also für den Träger der Anstalt, den Beamten oder Angestellten eines Beitritts bedarf. Träger der Anstalt und damit Mitglied der Kammer ist bei öffentlichen Anstalten die unterhaltende Körperschaft als solche, also das Land oder die Gemeinde. Anordnungen, die den Beitritt von Beamten oder Angestellten verbieten, sind unwirksam geworden; um Unklarheit und Verwirrung zu vermeiden, bitte ich, sie ausdrücklich aufzuheben. Die Anordnungen der Kammern sind, soweit sie objektive Rechtsfakten schaffen, bindendes Reichsrecht. Die Landesbehörden sind zur Beachtung und Durchführung verpflichtet; darüber hinaus haben

sie nach § 29 der erwähnten Ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz Rechts- und Verwaltungshilfe zu leisten.“

#### 12. Finanzen des Reichsverbandes für Konzertwesen

Die Jahresrechnung des Reichsverbandes für Konzertwesen und seiner Fachgruppe Ernster Musik für 1933/34 ist ordnungsmäßig geprüft und für richtig befunden worden.

In Ziffer 5 des ersten Rundschreibens vom 15. 3. 34 haben wir den Jahresbeitrag bekanntgegeben und gebeten, sich selbst einzuschätzen und den entsprechenden Betrag zu überweisen. Wir bitten, diesem Wunsche möglichst sofort nachzukommen, damit die Quittungsmarken für die Mitgliedskarten übersandt werden können. In naher Zukunft wird eine Anordnung des Präsidenten der Reichsmusikerkammer ergehen, nach der nur ordentliche Mitglieder des Reichsverbandes für Konzertwesen Konzerte ernster Musik veranstalten dürfen.

#### 13. Zwangsmitgliedschaft zur Reichsmusikerkammer

Nach den Bestimmungen des Reichskulturkammergesetzes und der Ausführungsverordnungen sind alle auf dem Gebiete der Musikpflege tätigen Körperschaften, Anstalten, Vereinigungen, Firmen und Personen verpflichtet, der Reichsmusikerkammer und den zuständigen Fachverbänden anzugehören. Nachdem der Aufbau der Reichsmusikerkammer beendet ist, darf es keine Anstalt, Vereinigung oder Person mehr geben, die im Konzertleben auftritt, ohne in die Reichsmusikerkammer eingegliedert zu sein. Der Reichsverband für Konzertwesen bittet die Konzertveranstalter ernster Musik, künftig bei allen Konzertveranstaltungen zu prüfen, ob die verpflichteten Dirigenten, Solisten und Orchestermitglieder den braunen Ausweis des Fachverbandes B „Reichsmusikerkammer“ besitzen.

#### 14. Rundfunkorchester

Um der Not der freistehenden Konzertorchester und der erwerbslosen Berufsmusiker zu steuern, hat die Reichsfinanzverwaltung auf Antrag der Reichsmusikerkammer allen Rundfunkorchestern, welche beim Rundfunk fest angestellt sind, eine über die gewöhnlichen Werkeveranstaltungen des Rundfunks hinausgehende Konzerttätigkeit außerhalb des Rundfunks untersagt. Ausnahmen sind zulässig, wenn eine Schädigung der ortsansässigen Konzertorchester durch den erwerbslosen Berufsmusiker nicht erfolgt und wenn die in Frage kommenden Konzerte von dem Musikberater der Stadt und dem Vertreter der Reichsmusikerkammer mit der Reichsfinanzverwaltung festgelegt werden.

#### 15. Landesstellen der Reichsmusikerkammer

Der Führer des Fachverbandes B „Reichsmusikerkammer“ veröffentlicht folgende Anordnung:

„Aus gegebener Veranlassung wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Befugnisse der Landesleiter sich lediglich auf das Aufgabengebiet der Reichsmusikerkammer erstrecken. Über alle Fragen und Angelegenheiten, die über den Aufgabenbereich der Reichsmusikerkammer hinausgehen, sind der Fachverbandsleitung Berichte auf dem Dienstwege zu erstatten. Ein unmittelbares Eingreifen der Landesleiter bei Angelegenheiten, die den Rahmen ihres Aufgabengebietes übergreifen, bzw. überhaupt außerhalb der Zuständigkeit des Fachverbandes liegen, ist nicht statthaft. In allen derartigen Fällen ist stets die Entscheidung des Präsidenten der Reichsmusikerkammer abzuwarten. Bezüglich der Tätigkeit der Fachschaftsleiter wird erneut erwähnt, daß diese nur eine gutachtliche und fachberatende ist und daher irgendein Eingreifen der Fachschaftsleiter jeweils nur im Auftrage der Verbandsleitung, einer Landes- oder Ortsgruppenleitung geschehen kann.“

#### 16. Programmberatung

Der im Juli 1933 von dem Preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eingesetzte und von dem Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda für das Reichsgebiet anerkannte Ausschuss für Programmberatung (Furtwänglerausschuss) ist auf die Reichsmusikerkammer übergegangen. Der Präsident der Reichsmusikerkammer hat den Ausschuss in folgender Zusammensetzung bestärkt:

Wilhelm Furtwängler  
Wilhelm Badhaus  
Georg Kulenkampf  
Siegfried v. Hausfeger  
Hans Sellschopp  
Hugo Naef

Die Geschäftsführung liegt wie bisher bei dem Geschäftsführer des Reichsverbandes für Konzertwesen, Dr. Otto Venede. Der Ausschuss hat die Aufgabe, die Programme sämtlicher öffentlicher, gemeinnütziger und privater Konzertveranstalter ernster Musik zu prüfen und die Konzertunternehmen im Bedarfsfall zu beraten. Die Entscheidung des Ausschusses ist endgültig.

Die Konzertveranstalter ernster Musik werden gebeten, das für den Winter 1934/35 in Aussicht genommene Programm bis zum 31. 8. 1934 an die Geschäftsstelle des Reichsverbandes für Konzertwesen einzusenden.

#### 17. Autoren-Tantiemen

Nach § 11 des Gesetzes betreffend das Urheberrecht an Werken der Literatur und Tonkunst und über das Verlagsrecht vom 19. Juni 1901 hat der Urheber die ausschließliche Befugnis zur Vervielfältigung, gewerbemäßigen Verbreitung und öffentlichen Aufführung seines Werkes. Bei Bearbeitungen gilt der Bearbeiter als Urheber.

Für öffentliche Aufführungen bedarf es nach § 27 dieses Gesetzes der Einwilligung des Berechtigten nicht,

1. wenn die Aufführungen keinem gewerblichen Zweck dienen und die Hörer ohne Entgelt zugelassen sind;
2. wenn sie bei Volksfesten, mit Ausnahme der Musikfeste, stattfinden;
3. wenn der Ertrag ausschließlich für wohltätige Zwecke bestimmt ist und die Mitwirkenden keine Vergütung für ihre Tätigkeit erhalten oder
4. wenn sie von Vereinen veranstaltet werden und nur die Mitglieder sowie die zu ihrem Hausstande gehörigen Personen als Hörer zugelassen werden.

Da es auf dem Gebiet der Konzertmusik dem einzelnen Berechtigten unmöglich ist, seine Rechte selbst wahrzunehmen, haben sich in allen Ländern, die der „Berliner Übereinkunft zum Schutze von Werken der Literatur und Kunst“ beigetreten sind, Urheberrechtsvereine gebildet, denen die Berechtigten ihre Rechte übertragen haben, so daß sie selbst nicht mehr über sie verfügen können und daß demnach Konzertveranstalter, welche geschützte Werke aufführen wollen, sich an die Gesellschaften ihres Landes wenden müssen. Eine Abmachung mit dem Berechtigten direkt zu treffen, ist in keinem Falle möglich; nur ganz wenige Komponisten sind bisher keiner Organisation beigetreten. Die Urheberrechtsvereine der einzelnen Länder stehen untereinander im Kartellverhältnis, so daß jede Gesellschaft in ihrem Lande die Rechte der ausländischen Gesellschaften vertritt.

Für Deutschland ist durch Gesetz vom 4. 7. 33 angeordnet worden, daß die gewerbemäßige Vermittlung zur öffentlichen Aufführung von Werken der Tonkunst der Genehmigung des Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda bedarf und dieser hat durch Durchführungsverordnung vom 15. 2. 34 der „Stagma“, Staatlich genehmigte Gesellschaft zur Verwertung musikalischer Urheberrechte, als alleiniger Stelle diese Genehmigung erteilt.

Wenn nun der § 4 des Gesetzes vom Juli 1933 ein Abkommen über die Höhe der Aufführungsvergütungen zwischen dem nach § 1 zugelassenen Vermittler und einem vom Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda anerkannten Verbands von Musikveranstaltern vorliegt, so kann der Reichsverband für Konzertwesen darauf hinweisen, daß er schon im Oktober 1931 ein solches Abkommen mit dem Musikschutzverband, dem Vorläufer der Vermittlungsabteilung der Stagma, getroffen hat. Dieses Abkommen konnte dem neuen, im August 1933 – damals noch, da die Stagma erst am 1. 10. 33 ihre Tätigkeit aufnahm, mit GEMA und GDT als staatlich genehmigter Vermittlungsstelle – abgeschlossenen, Vertrag fast in allen Punkten zugrunde gelegt werden, nur waren natürlich in ihm die Bestimmungen des neuen Gesetzes zu berücksichtigen. Die Tarife waren im Sommer 1933 von der Vermittlungsstelle der GEMA und GDT einer Revision unterzogen worden, durch die gewisse Härten beseitigt worden sind. Sie wurden in der ersten Kategorie „Solisten- und Chor-Konzerte ohne Orchester“ am 15. 3. 34 noch einmal etwas geändert und in der Form, wie wir sie nachstehend zur Kenntnis unserer Mitglieder bringen, durch den Reichsverband für Konzertwesen genehmigt:



		Anerkennungsstufe		Stufe I		Stufe II		Stufe III	
		NM.	NM.	NM.	NM.	NM.	NM.	NM.	NM.
Solistenkonzerte	bis zu 5 kurzen od. 2 längeren Werken	8,-	Pauschale	12,-	Pauschale	20,-	Pauschale	30,-	Pauschale
	" " 5 oder 2 weiteren Werken	0,-	Pauschale	8,-	Pauschale	15,-	Pauschale	25,-	Pauschale
	" " 5 " 2 " " "	4,-	Pauschale	0,-	Pauschale	10,-	Pauschale	15,-	Pauschale
Chorkonzerte ohne Orchester	" " 5 " 2 " " "	2,-	10,-	4,-	15,-	5,-	25,-	10,-	40,-
	" " 5 " 2 " " "	2,-	10,-	4,-	15,-	5,-	25,-	10,-	40,-
	Gesamtssatz	20,-		30,-		50,-		80,-	
Kammermusik	Erstes Werk	10,-		20,-		30,-		50,-	
	Zweites Werk	0,-	10,-	0,-	15,-	12,-	25,-	20,-	40,-
	Drittes Werk	4,-		4,-		8,-		10,-	
	Gesamtssatz	20,-		30,-		50,-		80,-	
Kammerorchesterkonzerte	Erstes Werk oder bis zu zwei Gesängen oder Chören mit Kammerorchester	15,-		30,-		40,-		50,-	
	Zweites Werk oder bis zu zwei weiteren Gesängen oder Chören mit Kammerorchester	9,-	15,-	12,-	25,-	20,-	35,-	30,-	50,-
	Drittes Werk oder bis zu zwei weiteren Gesängen oder Chören mit Kammerorchester	0,-		8,-		10,-		20,-	
	Gesamtssatz	30,-		50,-		70,-		100,-	
Orchesterkonzerte	a) Längere Werke								
	Erstes Werk	25,-		40,-		90,-		120,-	
	Zweites Werk	15,-		20,-		40,-		80,-	
Chorkonzerte mit Orchester	Gesamtssatz	40,-		60,-		130,-		200,-	
	b) Kürzere Werke								
	Erstes Werk oder bis zu zwei Gesängen oder Chören mit Orchester	20,-		30,-		60,-		90,-	
	Zweites Werk oder bis zu zwei weiteren Gesängen oder Chören mit Orchester	12,-		20,-		40,-		60,-	
	Drittes Werk oder bis zu zwei weiteren Gesängen oder Chören mit Orchester	8,-	20,-	10,-	30,-	30,-	60,-	50,-	110,-
	Gesamtssatz	40,-		60,-		130,-		200,-	
	c) Längere u. kürzere Werke								
	Ein längeres Werk	25,-		40,-		90,-		120,-	
	Ein kürzeres Werk oder zwei Gesänge oder Chöre mit Orchester	9,-		12,-		25,-		50,-	
	Ein weiteres kürzeres Werk oder zwei weitere Gesänge oder Chöre mit Orchester	0,-		8,-		15,-		30,-	
	Gesamtssatz	40,-		60,-		130,-		200,-	

Über den Gesamtssatz hinaus werden weitere Werke nicht berechnet.

Abendfüllende Werke werden mit dem Gesamtssatz der betreffenden Klasse berechnet.

Pauschalverträge werden nur über sämtliche Jahresveranstaltungen eines Veranstalters abgeschlossen und

zwar nur bei einer Mindestzahl von vier Konzerten. Kommen in Konzerten Werke verschiedener Gattungen zur Aufführung, z. B. ein Streichquartett, eine Gruppe Lieder oder ein längeres, ein kürzeres Orchesterwerk, so wird unbeschadet seiner Stellung im Programm das Werk der höheren Gebührenklasse als erstes gerechnet.

In besonderen Fällen bleiben Nachlässe bis zu 50 v.H. der regulären Gebühren vorbehalten.

Zur Anwendung dieser Tarife ist zu sagen, daß praktisch eigentlich nur die Stufen I-III in Frage kommen. Die sogenannte Anerkennungsstufe will ganz kleinen Veranstaltungen gerecht werden, die in die regulären Stufen nicht hineinpassen. Die für den einzelnen Fall in Frage kommende Tarifgruppe wird festgestellt nach Größe der Stadt (I bis zu 65 000, II bis zu 300 000, III über 300 000 Einwohnern), Fassungsraum des Saales (I Orchester- und Chor-Konzerte bis zu 600, Kammermusik- und Solisten-Konzerte bis zu 300, II bis zu 1000 bzw. 500, III über 1000 bzw. 500 Plätze) und höchster Eintrittsgebühr (I bis zu 2 RM, II bis zu 5 RM, III über 5 RM).

Die Unterlagen der Berechnung verschafft sich die Stagma durch Fragebogen, welche die Veranstalter ausfüllen.

Beim Abschluß eines Pauschalvertrages wird die endgültige Pauschalsumme ermittelt durch Multiplikation der betreffenden Pauschalgebühr mit der Zahl der zur Durchführung gelangenden Konzerte ohne Rücksicht darauf, ob in dem einen oder anderen geschützte Werke zum Vortrag gelangen oder nicht. Für jedes weitere Konzert über die vereinbarte Zahl hinaus ist eine sogenannte Netto-Einzelgebühr in Höhe der betreffenden Pauschalgebühr zu zahlen.

Veranstalter, die weniger als vier Konzerte im Jahr geben oder solche, in deren Konzerte nur wenige geschützte Werke zur Aufführung kommen, haben die Möglichkeit, sich von Fall zu Fall eine Einzelgenehmigung erteilen zu lassen. Auch hierbei findet eine gewisse Pauschalierung statt insofern, als nur das erste Werk eines Konzertes bzw. bei Solisten-Konzerten die erste Gruppe nach dem Normalsatz berechnet wird, während für die weiteren Werke ein stufenweis bedeutend ermäßigter Satz in Anwendung kommt bis zu einem Gesamtssatz, über den hinaus jedes weitere Werk unberechnet bleibt.

Da die neuen Tarifbestimmungen, die für die Mitglieder des Reichsverbandes für Konzertwesen eine Reihe wertvoller Verbesserungen bringen, durch den gegenseitigen Vertrag bestätigt worden sind, so erübrigt sich für die Dauer des Abkommens vom August 1933 der Zusammentritt der im § 4 des Gesetzes vom 4. 7. 33 vorgesehenen Schiedsstelle. Dagegen wurde vereinbart, daß zur Vermeidung von Prozessen zwischen der Stagma und den Mitgliedern des Reichsverbandes für Konzertwesen alle Streitfälle über die Auslegung der Tarife und ähnliche Fragen durch ein paritätisch zu besetzendes Schiedsgericht entschieden werden sollen. Im übrigen sind die im alten Verträge gewährten Vergünstigungen für die Mitglieder des Reichsverbandes bestehen geblieben, zum Teil wurden sie sogar erweitert. So wurde der Sonderrabatt von 20 auf 22 v.H. heraufgesetzt und es wurde eine neue Bestimmung aufgenommen, nach welcher solchen Konzerten, die über das normale Maß hinaus die zeitgenössische Musik in ihren Programmen besonders berücksichtigen, in Hinblick auf die kulturelle Bedeutung ihrer Arbeit eine Sonderprämie von 1 v.H. der Vertragssumme gewährt werden soll. Diese

Prämie wird auf Grund der vorliegenden Programme am Schluß des Geschäftsjahres auf Antrag des Reichsverbandes zuerkannt und dem Konzertunternehmer beim Abschluß eines neuen Vertrages gutgebracht.

Ferner wurde vereinbart, daß die Stagma möglichst alle Vorgänge von der Zentralstelle in Berlin bearbeiten läßt, um Streitfälle so weit wie möglich auszuschließen und möglichst eine einheitliche Form der Vereinbarungen für Verträge zu gewährleisten.

Folgende Zugeständnisse wurden aus dem alten Vertrag in den neuen übernommen:

Für ernste populäre Konzerte, bei denen die Autoren-Tantieme einen verhältnismäßig hohen Prozentsatz der Einnahmen darstellt, erhalten die Mitglieder des Reichsverbandes eine weitere Tantiemermäßigung von 25 v.H., wenn der Eintrittspreis in der höchsten Kategorie den Betrag von 75 Pf nicht übersteigt.

Auch für Unterhaltungsmusik ist eine besondere Rabattvereinbarung für die Mitglieder des Reichsverbandes für Konzertwesen getroffen worden. Innerhalb des Reichsartells der Musikveranstalter besteht eine besondere Abteilung „Veranstalter von Unterhaltungsmusik in dem Reichsverband für Konzertwesen“, für die die korporative Mitgliedschaft beim Reichsartell der Musikveranstalter angemeldet ist. Die Stagma hat ihre Generalvertreter darüber verständigt, daß alle Mitglieder dieser Abteilung Anspruch auf den Reichsartell-Rabatt für Unterhaltungsmusik (10 + 10 v.H.) haben. Notwendig ist aber, daß die erstmalige Veranstaltung von Unterhaltungsmusik bzw. der bevorstehende Vertragsabschluß zunächst uns angezeigt wird, und daß alle Korrespondenzen auch betreffend die Unterhaltungsmusik direkt mit uns (nicht etwa mit dem Reichsartell) geführt werden. Die notwendigen Verhandlungen werden von Fall zu Fall zwischen Reichsverband und Reichsartell erledigt. Von der Unterhaltungsmusiktantieme bekommt das Reichsartell je zwei 2 v.H. für Verwaltungskosten, die die Stagma gleichzeitig mit der Tantieme einzieht und von sich aus an das Reichsartell abführt. Die Tantiemberechnung für Unterhaltungsmusik geschieht nach dem Tarif N (bzw. R), und zwar nach der Rubrik „Tanzvergnügen“. Auf alte, d. h. erstmals vor 1931 nach einem überholten Tarif abgeschlossene Verträge wird der Rabatt nicht gewährt. Es hat sich aber herausgestellt, daß verschiedentlich die Berechnung auf Grund des alten Tarifs sich vorteilhafter darstellt als es nach dem neuen Tarif abzüglich des Rabattes von 10 + 10 v.H. möglich wäre.

Ohne seinen Standpunkt aufzugeben, wonach Pauschalverträge über alle Jahresveranstaltungen abgeschlossen und infolgedessen bei der Berechnung der Pauschalgebühr auch die Konzerte mit freien Werken herangezogen werden müssen, hat die Stagma in mehreren Fällen für Sonderkonzerte, die aus besonderen Anlässen stattfanden und nur ungeschützte Werke zur Aufführung brachten (Wagner, Brahms, Bachfeiern usw.), keine Tantieme berechnet. Die Stagma hat dem Reichsverband für Konzertwesen zugesagt, auch fernerhin derartige Veranstaltungen von Fall zu Fall und wohlwollend und entgegenkommend zu entscheiden.



Wenn bei Pauschalabschlüssen nicht die volle Anzahl der vertraglich vereinbarten oder zugrunde gelegten Konzerte aufgeführt wird, ist die Stagma bereit, wenn der tatsächliche Ausfall der betreffenden Konzerte nachgewiesen wird, nach Prüfung des Einzelfalles nach Möglichkeit einen Nachlaß in Anrechnung zu bringen. Der Nachweis soll auf dem Weg über den Reichsverband geführt werden.

Laut Bestimmung der Stagma ist stets der Konzertveranstalter tantiemepflichtig. Für den Fall, daß das ausführende Orchester, das der Veranstalter für sein Konzert verpflichtet hat, bereits selbst für seine eigenen Konzerte einen Vertrag mit der Stagma besitzt, hat die Stagma in Aussicht gestellt, bei vorheriger schriftlicher Fühlungnahme mit ihr dem Veranstalter einen entsprechenden Nachlaß einzuräumen, falls ein solches Konzert die dem Vertrag mit dem Orchester zugrundeliegende Zahl der Konzerte nicht überschreitet.

Der Bund Deutscher Verkehrsverbände und Bäder hat für die Bäder einen Rahmenvertrag mit der Stagma abgeschlossen.

## 18. Solistengagen-Konvention

Die von der Arbeitsgemeinschaft für Konzertwesen, dem Vorgänger des Reichsverbandes für Konzertwesen, Fachgruppe Ernst Musik, vereinbarte Solistengagen-Konvention ist von dem Reichsverband für Konzertwesen übernommen worden und gilt auch für die kommende Saison. Die Konvention lautet:

„Die Konzertveranstalter ernster Musik sind verpflichtet, bei Engagements gastierender Künstler (einschließlich Kapellmeister) nach folgender Vereinbarung zu verfahren:

1. Die Höchstgagen werden auf 700 RM festgesetzt, zuzüglich eines Zuschlages bis zu höchstens 50 vH für die öffentliche Generalprobe einschließlich des Probenaufenthaltes. Mit dem festgesetzten Honorar und etwaigen Probenzuschlag sind alle Nebenvergütungen und -ausgaben abgegolten. Bei Veranstaltungen, für die keine öffentlichen Generalproben stattfinden, darf ein Zuschlag bis zu höchstens 25 vH gewährt werden, wenn die Studienprobe an einem anderen Tag als dem Aufführungstag stattfinden. Bei Konzerten, die durch Rundfunk übertragen werden, ist der Konzertveranstalter zu einer Erhöhung der Konventionsgagen um 10 bis höchstens 40 vH berechtigt.
2. Es ist dem Konzertveranstalter überlassen, den Künstler an Stelle oder neben dem festen Honorar prozentual bis zu höchstens 50 vH an der überdurchschnittlichen Einnahme zu beteiligen. Neben der Höchstgagen darf eine Beteiligung des Künstlers an der überdurchschnittlichen Einnahme nur in ganz seltenen Ausnahmefällen erfolgen.
3. Bei der Berechnung des Einnahmedurchschnitts für die Spielzeit 1934/35 ist auszugehen von dem Durchschnitt der Einnahme aus Abonnement und Tageskasse bei Generalproben und Hauptveranstaltungen in der Spielzeit 1933/34. Bei der Berechnung sind Veranstaltungen, die infolge überdurchschnittlicher Kartenpreise oder infolge über-

durchschnittlichen Besuchs eine verhältnismäßig höhere Einnahme gebracht haben, außer acht zu lassen oder mit ihrem durchschnittlichen Betrag einzusetzen. Von dem errechneten Durchschnitt können entsprechend der voraussichtlichen Preiserhöhung bis zu 20 vH und im Hinblick auf vielleicht schwächeren Besuch weitere 10 vH abgesetzt werden. Die sich daraus ergebende Summe ist als Durchschnittseinnahme für die Spielzeit 1934/35 anzusehen. Bei Sonderveranstaltungen gilt ein Satz von zwei Dritteln der möglichen Bruttoeinnahme als durchschnittliche Einnahme.

4. Es ist nicht zulässig, einem Künstler die Beteiligung an der überdurchschnittlichen Einnahme gemäß Ziffer 2 und 3 mit einem festen Betrag zu garantieren; doch empfiehlt es sich, eine Höchstgagen zu vereinbaren.
5. Sonderveranstaltungen ohne Orchester, Liederabende usw. stehen außerhalb der Konvention.

Größeren Konzertgesellschaften steht auf Wunsch eine ausführliche Erläuterung der Konvention zur Verfügung.

## 19. Konzertvermittlung

Die langwierigen Verhandlungen zwischen der in der Reichsmusikerkammer zusammengeschlossenen Künstlerkammer und den im Reichsverband für Konzertwesen vereinigten Konzertunternehmen und Konzertvermittlern über die Zukunft der deutschen Konzertvermittlung haben zu einer vollen Einigung der beteiligten Gruppen geführt.

In einer Schlussverhandlung am 15. Mai, an der unter dem Vorsitz des Geschäftsführers der Reichsmusikerkammer und unter Beteiligung der Leiter der Fachverbände Reichsmusikerkammer und Reichsverband für Konzertwesen sowie des Leiters der Fachgruppe Konzertvermittlung (Verband der deutschen Konzertdirektionen) zahlreiche Konzertagenten aus allen Teilen des Reiches teilnahmen, wurde folgendes vereinbart:

1. Der Reichsverband für Konzertwesen und der Fachverband Reichsmusikerkammer sind beauftragt, nach Anhörung der beteiligten Fachgruppen und Fachschaften allgemeine Geschäftsbedingungen über die Vermittlung, die Unternehmung und das Arrangement von Konzerten einschließlich der Tätigkeit der Künstlersekretäre zu erlassen. Alle Angehörigen des Reichsverbandes für Konzertvermittlung sind gehalten, künftig nach diesen Bestimmungen zu arbeiten.
2. Die Konzertabteilung der Reichsmusikerkammer wird einem Verwaltungsrat unterstellt, der aus dem Geschäftsführer der Reichsmusikerkammer, dem Leiter der Reichsmusikerkammer, dem Leiter und dem Geschäftsführer des Reichsverbandes für Konzertwesen und dem Leiter des Reichsverbandes für Konzertvermittlung besteht. Der Leiter der Konzertabteilung tritt dem Reichsverband für Konzertvermittlung bei.
3. Diejenigen Konzertagenten, deren Geschäft die Vermittlung, die Unternehmung und das Arran-

gement von Konzerten umfaßt und die nach sachlicher und menschlicher Eignung für den Aufbau der Konzertvermittlung in Betracht kommen, erhalten die durch diese Bestimmungen künftig geschützte Bezeichnung „Konzertdirektion“. Die Bezeichnung wird durch den Präsidenten der Reichsmusikerkammer auf Vorschlag des Leiters der Reichsmusikerkammer und des Leiters des Reichsverbandes für Konzertwesen verliehen.

4. Der Konzertabteilung der Reichsmusikerkammer steht es frei, zu anderen Konzertdirektionen in ein engeres Arbeitsverhältnis zu treten. Über die Auswahl dieser Konzertdirektionen und über die Bedingungen der Zusammenarbeit entscheidet auf Anruf eines Beteiligten der Verwaltungsrat der Konzertabteilung.
5. Über Streitigkeiten zwischen Konzertdirektionen, Künstlern und Konzertunternehmen entscheidet ein Schiedsgericht, das vom Präsidenten der Reichsmusikerkammer berufen wird. Das Verfahren vor dem Schiedsgericht wird in den allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Konzertvermittlung geregelt.
6. Die Durchführung dieser Bestimmungen wird dem Reichsverband für Konzertwesen, dem späteren „Amt für Konzertwesen“, übertragen.

Weitere Anweisungen werden folgen.

## 20. Materialgebühren

Der Reichsverband für Konzertwesen hat den Präsidenten der Reichsmusikerkammer gebeten, die Fachverbände der Reichsmusikerkammer, Reichsverband für Konzertwesen, Reichsmusikerkammer und Deutscher Musikalien-Verleger-Verein, zu einer Verhandlung über die künftige Regelung der Materialgebühren einzuladen. Der Reichsverband für Konzertwesen steht auf dem Standpunkt, daß die Materialgebühren, deren Richtlinien im Dezember 1932 festgesetzt worden sind, in vielen Beziehungen nicht mehr den heutigen Verhältnissen entsprechen und deshalb einer Herabsetzung oder Abänderung bedürfen. Von dem Ergebnis dieser Verhandlungen werden die Konzertveranstalter ernster Musik sogleich in Kenntnis gesetzt werden.

## 21. Freier Eintritt von Künstlern bei Konzerten

In den Theatern ist es Sitte, daß die Mitglieder der Arbeitnehmerverbände der Reichstheaterkammer und die Intendanten nach Maßgabe der freien Plätze Freikarten oder ermäßigte Karten erhalten. Die Fachschaften „Musiktheater und Dirigenten und Gesangssolisten“ der Reichsmusikerkammer haben gebeten, daß der Reichsverband für Konzertwesen diese Anregung auch an die Konzertveranstalter ernster Musik weitergeben möchte. Wir kommen dieser Aufforderung gern nach und bitten, sich mit den Ortsgruppenleitern der Reichsmusikerkammer in Verbindung zu setzen und, falls es, wenn auch nur in beschränktem Maße, möglich ist, dieser Anregung zu entsprechen.

Druck bei Carl J. Berg norm. J. Winkhoff, Berlin SW 68, Hollmannstraße 18

## 22. Stempelsteuer der Engagementsverträge

Der Vorsteher des Berliner Finanzamtes Börse, welches in Stempelsteuerangelegenheiten für das Reichsgebiet zuständig ist, teilt folgendes mit:

„Nach früherem preussischen Stempelsteuerrecht wurden Verträge erst dann stempelsteuerpflichtig, wenn beide Vertragsschließenden unterzeichnet hatten. Die Novelle vom 23. 5. 1933 (Preuß. Gesetzammlung S. 186) zum Stempelsteuergesetz in seiner Fassung vom 27. 10. 1924 (Gesetzammlung S. 627) bestimmt, daß ab 1. Juni 1933 Beurkundungen von Verträgen auch dann stempelsteuerpflichtig sind, wenn sie nur von einem der Vertragsschließenden unterzeichnet und dem anderen Vertragsschließenden ausgehändigt worden sind (§ 1 Abs. 2 Satz 3 des Stempelsteuergesetzes). Danach sind die Engagementsverträge, die die Veranstalter mit den Künstlern abschließen, soweit der Wert den Betrag von 150 RM übersteigt, nach Tarifstelle 18,2 (1) des Stempelsteuergesetzes mit 3 RM zu versteuern. Die schriftliche Erklärung des Veranstalters und die des Künstlers bilden zusammen einen Vertrag. Es wird den Vermittlern, die die Engagementsverträge anregen, empfohlen, die Vertragsteilnehmer im eigenen Interesse auf die Steuerpflicht hinzuweisen und zwar auf den Abblattschein des Veranstalters durch folgenden Vermerk:

„Stempelsteuerpflichtig mit 3 RM soweit der Wert den Betrag von 150 RM übersteigt (§ 1 Abs. 2 und Tarifstelle 18,2 des preuß. Stempelsteuergesetzes)“ und auf den Abblattschein des Künstlers durch folgenden Vermerk: „Stempelsteuerpflichtig mit 3 RM, soweit der Wert den Betrag von 150 RM übersteigt und soweit nicht schon der Verpflichtungsschein des Veranstalters mit 3 RM versteuert worden ist. Auch briefliche Bestätigungen stellen einen Vertragsabschluss dar und sind deshalb stempelsteuerpflichtig.“

## 23. Reichsbund ehem. Militärmusiker Deutschlands

Im Einvernehmen mit der Geschäftsführung der Reichsmusikerkammer ist der Reichsbund ehem. Militärmusiker Deutschlands e. V. in den Reichsverband für Konzertwesen aufgenommen und in die Fachgruppe Ernst Musik eingegliedert worden.

## 24. Deutsche Angestelltenkammer als Konzertveranstalter

Die Deutsche Angestelltenkammer ist als Konzertveranstalter gleichzeitig für alle ihre Landes- und Ortsgruppen dem Reichsverband für Konzertwesen beigetreten und ist in die Fachgruppe Ernst Musik eingegliedert worden. Der Führer des Reichsverbandes für Konzertwesen hat den Geschäftsführer der Deutschen Angestelltenkammer, August Haid, in den Hauptauschuß des Reichsverbandes für Konzertwesen berufen.

## 25. Provinz Westfalen

Der Führer des Reichsverbandes für Konzertwesen hat den Bankier Albert Osthoff, Viefelsfeld, Vorstandsmitglied des Viefelsfelder Musik-Vereins, beauftragt, den Führer des Reichsverbandes für Konzertwesen für den Bezirk der Provinz Westfalen zu vertreten.

**Prospekt**  
des  
**Königlichen akademischen Instituts**  
für  
**Kirchenmusik**  
in  
**Berlin**

Charlottenburg, Hardenberg-Strasse 36.



6 911  
959  
1107

**CHARLOTTENBURG 1913.**

## § 1.

Das Königliche akademische Institut für Kirchenmusik hat die Aufgabe, Organisten, Kantoren, Chordirigenten sowie Musiklehrer für höhere Lehranstalten, insbesondere Schullehrer-Seminare auszubilden.

## § 2.

Lehrgegenstände sind: Orgelspiel und Orgelkunde, Gesang (Solo- und Chorgesang, Chorleitung und Methodik des Schulgesanges), Klavier- und Violinspiel, Harmonielehre, Kontrapunkt und Formenlehre, Instrumentationslehre, Partiturspiel, Einrichtung älterer Musik, Liturgik (einschl. des Gregorianischen Gesanges) und Musikgeschichte, Physiologie und Hygiene der Stimme.

## § 3.

Der Unterricht im Institut wird unentgeltlich erteilt.

## § 4.

Die Aufnahme in das Institut ist bei dem Königlichen Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten nachzusuchen, und zwar für das Sommersemester bis zum 15. November des vorhergehenden, für das Wintersemester bis zum 15. Mai des laufenden Jahres. Die in einem Lehramte stehenden Bewerber haben ihr Gesuch durch Vermittelung ihrer vorgesetzten Dienstbehörde einzureichen.

Der Bewerber muß bei seinem Eintritt in das Institut das 18. Lebensjahr vollendet und darf das 30. noch nicht überschritten haben.

Dem Gesuche sind beizufügen:

1. ein selbstgefertigter Lebenslauf;
2. das Zeugnis über die bestandene erste Volksschullehrerprüfung oder das Zeugnis der Versetzung in die Obersekunda einer neunstufigen höheren Lehranstalt;
3. das Zeugnis über musikalische Befähigung und Vorbildung. Hat ein Bewerber seine musikalische Vorbildung durch Privatunterricht erhalten, so muß über die Art und den Grad derselben von einem glaubwürdigen Sachverständigen ein Zeugnis beigebracht werden;
4. der Nachweis, daß der Bewerber seinen hiesigen Unterhalt aus eigenen Mitteln zu bestreiten vermag.

Diejenigen Bewerber, welche kein öffentliches Amt bekleiden, haben ein amtliches Führungsattest beizufügen.



§ 5.

Jeder Bewerber hat sich in einer Vorprüfung vor dem gesamten Lehrerkollegium über seine musikalische Veranlagung und Vorbildung auszuweisen. Hierbei wird verlangt:

1. im Orgelspiel: Vortrag eines mittelschweren polyphonen Orgelstückes, Erfindung 8-16 taktiger Vorspiele, sowie Sicherheit im Modulieren und im 4-stimmigen Begleiten gegebener Choral melodien;
2. im Gesange: ein gesundes, bildungsfähiges Organ, laute, dialektfreie Aussprache, sowie ein bis zum richtigen Erfassen auch schwieriger Intervalle und Rhythmen entwickeltes musikalisches Gefühl;
3. in der Theorie der Musik: Übung im leichteren Musikdiktat, Aussetzen nicht zu schwieriger bezifferter Blüsse, korrektes Harmonisieren gegebener Melodien;
4. im Klavierspiel: eine Skalen und Arpeggien beherrschende Technik, korrekter Vortrag Mozart'scher und leichterer Beethoven'scher Sonaten, sowie leichter Stücke aus Seb. Bach's Wohltemperiertem Klavier;
5. im Violinspiel: Kenntnis der ersten 5 Lagen, Vortrag leichterer Etüden.

§ 6.

Die Aufnahme wird gewöhnlich auf drei Semester bewilligt; doch kann, wenn besonderer Fleiß und vorzügliches Talent ausgezeichnete Leistungen erwarten lassen, oder wenn besondere Umstände, namentlich Krankheit, ungeachtet des aufgewendeten Fleißes die Erreichung des Zieles gehindert haben, die Studienzeit nach Umständen verlängert werden.

§ 7.

Nach regelmäßig vollendetem Kursus wird jedem ausscheidenden Schüler ein Zeugnis ausgestellt, welches nach Maßgabe der Leistungen in den einzelnen Lehrfächern ein Urteil über die amtliche Verwendbarkeit enthält.



Denkschrift  
-----

Betr.: Einführung der Einheitsstimmung ( A = 870 ) für die  
Instrumente der Orchester in der ganzen Welt.  
-----

Es sind bereits viele Versuche gemacht worden, eine Einheitsstimmung für die Instrumente in den Orchestern einzuführen, und namhafte Musiker der ganzen Welt haben sich für diese Idee - bisher leider vergeblich - eingesetzt. In Deutschland wirkten in diesem Sinne vor allem Operndirektor Dr. Wilhelm Furtwängler und Generalmusikdirektor Felix Weingartner. Letzterer hat entsprechende Schritte beim Völkerbund in Genf unternommen .

Neuerdings hat der Vorsitzende der Handelskammer für Musik in Paris Herr Couesnon diese wichtige Angelegenheit ebenfalls aufgegriffen und durch energische Propaganda bereits gute Erfolge erzielt. Er veranlasste den Abdruck verschiedener Artikel in der französischen Zeitschrift " L' Instrumental " , verfasst von den Herren H. Bouasse, Professeur de Physique à la Faculté des Sciences de Toulouse, Herrn Gustav Lyon, Président d'Honneur de la Chambre Syndicale des Facteurs d' Instruments de Musique Paris, und Le Colonel Cellerier, Directeur du Laboratoire d'essais du Conservatoire National des Arts-et-Métiers. Ferner brachten noch grosse Abhandlungen die Herren Gabriel Paulet, Professeur de Chant au Conservatoire National de

Musique

Musique de Paris und Paul Seguy, de l'opéra, Professeur de chant et de diction.

In Amerika wären vor allem die grossen Organisationen der Berufsmusiker für diese Frage massgebend: American Federations of Musiciens, Chicago, New York, Washington.

Vor ungefähr 40 Jahren trat eine internationale Kommission zur Durchführung einer einheitlichen Stimmung für die ganze Welt zusammen. Das Ergebnis dieser Konferenz war die Festlegung der Stimmung auf 870 Schwingungen. Es wurde damals als ein Segen empfunden, dass dieses grosse Ziel erreicht war. Leider wurde an der damaligen Vereinbarung nicht festgehalten. Denn heute sind wir auf dem besten Wege die chaotischen Zustände, wie sie vor 100 Jahren herrschten, wieder zu bekommen.

Unsere heutigen grossen Orchester sind weit davon entfernt, die Normalstimmung zu halten. Als Norm dürfte heute eine Stimmung von 880 Schwingungen gelten. Die Hauptursache dieses Uebelstandes dürfte in dem allgemeinen Bestreben nach hoher Stimmung zu suchen sein, um dem Orchester einen grösseren Glanz zu verleihen. Eine besondere Eigentümlichkeit besteht darin, dass nicht nur die einzelnen Mitglieder des Orchesters die Stimmung nach oben treiben, sondern dass auch die grossen Orchester unter sich mit einer möglichst hohen Stimmung sich hervortun wollen, alles in der Annahme, dass ein Orchester besser klingt, wenn es hoch eingestimmt ist.

Besonders

- 3 -

Besonders bedenklich erscheinen diese Bestrebungen, wenn man an die Chöre und an die Begrenzung der menschlichen Stimme denkt. Diese lässt sich nicht ohne Gewaltigkeiten in die Höhe treiben. Wohin würde es führen, wenn die Orchester in Zukunft die Stimmung noch weiter in die Höhe schrauben wollten und dadurch die Chöre gezwungen wären in derselben Stimmung zu singen?

In Amerika wurde bisher eine Stimmung von 880 Schwingungen propagiert, doch erhalten wir Kunde, dass neuerdings der "Verband der Musikinstrumenten Industrieller" sich auch in Amerika immer mehr auf die Einheitsstimmung: 870 Schwingungen einstellt.

In Deutschland hat in den letzten Jahrzehnten (seit Festlegung der Einheitsstimmung A = 870 Schwingungen in den Jahren 1883 - 1885) die deutsche Reichsregierung in ihrer Physikalisch-Technischen Reichsanstalt in Berlin-Charlottenburg das A immer mit 770 Schwingungen bei 15 ° Celsius allen staatlichen Instituten als Norm angegeben.

Nur ein Kongress, zu dem Delegierte von den massgebenden Musikinstitutionen der ganzen Welt entsandt werden müssten, wäre in der Lage, der jetzigen Verwirrung zu steuern und die notwendige Einheitlichkeit auf diesem Gebiet herbeizuführen.

# Ordnung für Musikseminare

nach dem Erlass des Ministers vom 10. April 1930  
nebst Ausführungsbestimmungen und einem Stoff-  
verteilungsplan

## V o r w o r t

Mit dem 10. April 1930 ist durch den Erlass des  
preussischen Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volks-  
bildung ( U IV 20374. 1, U II, U III D ) eine

### Ordnung für Musikseminare

in Kraft getreten, die für alle staatlich anerkannten  
Seminare und Seminargemeinschaften verbindlich ist.

Zu dieser Seminarordnung sind auf Grund der gemein-  
samen Arbeit der Seminarleiter

des " Bundes deutscher Musikpädagogen " E. V.,

des " Deutschen Konservatorien-Verbandes " E. V.,

des " Reichsverbandes deutscher Tonkünstler und

Musiklehrer " E. V.

und des " Verbandes der Direktoren deutscher Konservato-  
rien und Musikseminare " E. V.

Ausführungsbestimmungen heraus-  
gegeben, die zugleich die Arbeit in einem im Erlass des  
Ministers vorgesehenen Vorbereitungsjahr regeln.

An den Vorarbeiten waren als Vertreter ihrer Ver-  
bände beteiligt:

Arnold Ebel

Walter Höhn

Prof. Walter Josephson

Maria Leo

Robert Robitschek

Gotthold Gumprecht

Carl Holtschneider

Prof. Wilh. Klatte

Katharina Ligniez

Prof. Dr. Georg Schumann

Die Verbände sprechen an dieser Stelle dem Senat  
der Akademie der Künste ( Sektion für Musik ) für die  
Förderung der gemeinsamen Arbeit den besonderen Dank  
aus.

Berlin, Ende April 1930



D IV 20374 1, U II, U III D.  
Berlin, den 10. April 1930

An die Regierungen,  
das Provinzialschulkollegium in Berlin-Lichterfelde  
und die übrigen Provinzialschulkollegien

In der Anlage übersende ich Abdruck eines mir als  
" Musikseminarordnung " vorgelegten Entwurfs. Dieser ist  
das Ergebnis eingehender Verhandlungen zwischen dem Senat  
der Akademie der Künste, Sektion für Musik, den staatli-  
chen Hochschulen für Musik, sowie den Vertretern von Mu-  
sikpädagogischen Fachverbänden.

Der Entwurf entspricht den Grundsätzen der Bestim-  
mungen des Ministerialerlasses vom 2. Mai 1925 - U IV  
106 2, U II, U III D - und bildet mit dem vorgeschlage-  
nen Unterrichtsplan eine geeignete pädagogische Grund-  
lage für alle staatlich anerkannten privaten und die  
städtischen Musikseminare. Gegen ihre Einführung und  
Verwendung bei den genannten Anstalten habe ich nichts  
einzuwenden.

Ich bitte allen beteiligten Stellen je ein Muster  
der Seminar-Ordnung zur weiteren Veranlassung zu übermit-  
teln.

Der Minister für Wissenschaft, Kunst und  
Volksbildung  
gez. Grunne

#### Ordnung für Musikseminare

Das Seminar hat das Ziel, den Studierenden eine  
gründliche theoretische und praktische Vorbereitung für  
den musikalischen Lehrberuf zu geben, die sie befähigt,  
später selbständig die musikalischen Anlagen ihrer Schü-  
ler zu wecken und zur Entfaltung zu bringen.

Der Unterricht im Seminar erstreckt sich nur auf  
die musikwissenschaftlichen und theoretischen Fächer,  
sowie auf die allgemeinmusikalische, pädagogische und  
methodische Ausbildung.

Das

Das Seminar bereitet auf die staatliche Prüfung für Privatmusiklehrer ( PMP ) vor. Die Ausbildungsdauer am Musikseminar beträgt in der Regel zwei Jahre. Studierende, die die nötigen Vorkenntnisse zum Eintritt in das erste Seminarjahr noch nicht besitzen, können in einem besonderen einjährigen Lehrgang vorbereitet werden.

Bei der Anmeldung sind einzureichen:

1. Ein selbstverfasster Lebenslauf nebst Angabe des musikalischen Bildungsganges.
2. Als Bildungsausweis: Das Reifezeugnis eines Lyzeums oder Oberlyzeums bzw. Lehrer- oder Lehrerinnenseminars; das Zeugnis über die Versetzung in die Obersekunda einer höheren Lehranstalt, das Abgangszeugnis einer anerkannten Mittelschule oder ein sonstiges Abgangszeugnis einer allgemein bildenden Schule, durch das die mittlere Reife zuerkannt wird. Ausnahmen von diesen Bestimmungen unterliegen der Entscheidung des Provinzialschulkollegiums.
3. Nachweise der bisherigen musikalischen Ausbildung.
4. Ein polizeiliches Führungszeugnis.
5. Ein vom Vater oder dessen Stellvertreter unterschriebenes Anmeldeformular.

Beim Eintritt in das erste Seminarjahr muss sich der Studierende einer Prüfung unterziehen. Zur Aufnahme in das Seminar sind musikalische Begabung und allgemeine Eignung für den Lehrberuf erforderlich. Die Ausbildung in Haupt- und Nebenfächern muss soweit fortgeschritten sein, dass die für die PMP geforderte Reife in zwei Jahren zuverlässig erreicht werden kann. Im Hauptfach soll nicht der Schwierigkeitsgrad der bisher studierten Werke, sondern die Musikalität und solide technische Durchbildung entscheidend sein.

Der Unterricht im Seminar umfasst die in der PMP vorgesehenen Nebenfächer. Das erste Seminarjahr vermittelt einen Überblick über Musikgeschichte und die kulturgeschichtlichen Zusammenhänge, erweitert die Kenntnisse in den theoretischen und musikwissenschaftlichen Fächern und übernimmt die methodische Vorbereitung auf die Lehrtätigkeit. Das zweite Seminarjahr vertieft die Arbeit in den wissenschaftlichen und theoretischen Fächern unter besonderer Betonung der methodischen Schulung im Haupt-

fach. In diesem Arbeitsabschnitt wird von den Seminari-  
sten freies selbständiges Arbeiten verlangt; sie werden  
zum eigenen Unterrichten angeleitet.

#### Entwurf einer Stundentafel

##### 1. Seminarjahr:

1 Stunde	wöchentlich	Musikgeschichte
1/2 Stunde	"	Akustik und Instrumentenkunde
2 Stunden	"	Gehörbildung
1 Stunde	"	Theorie
1 Stunde	"	Formenlehre
1 Stunde	"	Musikerziehung
1 - 2 Stunden	"	Methodik

##### 2. Seminarjahr:

1 Stunde	wöchentlich	Musikgeschichte
1 Stunde	"	Gehörbildung
1 Stunde	"	Theorie
1 Stunde	"	Formenlehre
1 Stunde	"	Musikerziehung
1 Stunde	"	Methodik ( unter besonderer Berücksichtigung des Haupt- fachs )
2 Stunden	"	prakt. Unterrichtsanleitung

Die Seminarleiter haben Sorge zu tragen, dass  
alle Studierenden an Übungen in rhythmischer Er-  
ziehung, Chorgesang, Kammermusik, Vomblattspiel,  
Transponieren und Partiturlesen teilnehmen. Es  
bleibt den Seminarleitern überlassen, den " Ent-  
wurf einer Stundentafel " in geeigneter Form zu  
erweitern oder die Arbeitsgebiete in anderer Wei-  
se zusammenzufassen. Hierbei ist auf das jeweilige  
Hauptinstrument besondere Rücksicht zu nehmen.

Ausführungsbestimmungen  
zum Erlass des Ministers vom 10. April 1930  
über die Ordnung für Musikseminare

---

Die nachstehenden Richtlinien gelten für eine zweijährige seminaristische Ausbildung mit einem einjährigen Vorbereitungskursus.

Im Vorbereitungskursus stehen Gehörbildung und rhythmische Schulung im Vordergrund. Der Seminarist soll zur sicheren Wahrnehmung und Wiedergabe musikalischer Eindrücke geführt werden. Auf dieser Grundlage Einführung in die Elemente der Musiklehre ( Harmonielehre und elementare Formenlehre ), Vomblattspiel, Vomblattsingen.

Studentafel für den Vorbereitungskursus:

1 Stunde	wöchentlich	Musikgeschichte,
2 Stunden	"	Gehörbildung und rhythmische Erziehung,
1 Stunde	"	Allgemeine Musik- und Harmonielehre,
1 Stunde	"	Formenlehre,
1 Stunde	"	Vomblattspiel,
1 Stunde	"	Allgemeine Kultur- und Literaturgeschichte,
2 Stunden	"	Chorgesang.

Es bleibt den Seminarleitern überlassen, den Unterricht in Kultur- und Literaturgeschichte mit dem in der Musikgeschichte zu verbinden.

Die Aufnahme in das Seminar ist abhängig von dem Ergebnis einer Eignungsprüfung. Sie erfolgt, wenn die Zulassung zur staatlichen Privatmusiklehrerprüfung nach Ablauf der zweijährigen Seminarzeit als gewährleistet erscheint.

Im Hauptfach hat nicht nur der Schwierigkeitsgrad der bisher studierten Werke, sondern vor allem auch Musikalität und solide technische Durchbildung entscheidend zu sein. Als Mindestmass der Leistung ist zu fordern:

- a) K l a v i e r : Bach: Zwei- und dreistimmige Inventionen, französische Suiten oder andere Werke gleichen



Schwierigkeitsgrades; ferner Werke mittlerer Schwierigkeit von Haydn, Mozart, Beethoven und aus der romantischen und neueren Literatur; entsprechende technische Übungen und Etüden.

- b) V i o l i n e : Etüden von Kreutzer und Fiorillo, Studien-Konzerte von Kreutzer, Rode, Viotti oder andere Werke der klassischen, romantischen und neueren Literatur gleichen Schwierigkeitsgrades; entsprechende technische Übungen.
- c) G e s a n g : Die Sprachelemente; Kenntnis der Grundsätze für eine natürliche Stimmbildung. Nachweis einer schon fortgeschrittenen Stimmbildung als Kern der gesanglichen Ausbildung. Vortrag einer Vokalise schwierigen Grades ( etwa aus Bordogni: 36 Vokalisieren ) Vortrag einer Mozart- oder Bach-Arie, eines Schubert-Liedes, eines modernen Liedes, einer Opern-arie italienischen Stiles.
- d) Für die übrigen Hauptfächer gelten entsprechende Anforderungen.
- e) In den Nebenfächern Gehörbildung, rhythmische Erziehung, Theorie und Musikgeschichte müssen die Kenntnisse und Fähigkeiten nachgewiesen werden, die nach dem Stoffverteilungsplan des betreffenden Seminars am Schluss des Vorbereitungsjahres vorausgesetzt werden.
- f) Klavier als Nebenfach ( für b - d ) : Vorbereitende Etüden, kleine Präludien von Bach, Sonatinen und einfache Begleitungen.

R i c h t l i n i e n  
für einen Stoffverteilungsplan

G e h ö r b i l d u n g u. r h y t h m i s c h e  
E r z i e h u n g

- a) Gehörbildung:  
Vorbereitungs- Wecken des Klangsinnes, Erziehung zur  
kursus: Klangvorstellung und zum Funktions-  
bewusstsein. Entwicklung des Tonali-  
tätsgefühls. Treffen, Hören und Nach-  
schreiben der Intervalle innerhalb  
des Dur- und Mollgeschlechts. Die Be-

ziehungen der Klänge der Durtonleiter zur Tonika und ihr Spannungsverhältnis untereinander. Erfassen von Takt und Rhythmus. Diktat einfacher Taktmotive. Erkennen einfacher Kadenzen in Dur und Moll. Niederschreiben von Volksliedern und Choralmelodien aus dem Gedächtnis.

1. Seminarjahr:

Erfassen und Niederschreiben von vier- und achttaktigen Gruppen auch mit Modulation. Chromatik. Erkennen falscher Töne und Rhythmen. Zweistimmiges Diktat. Akkordverbindungen in Dur und Moll, auch mit Modulationen. Erfassen der verschiedenen Lagen und Umkehrungen des Dreiklangs und Septimenakkords. Die Mehrdeutigkeit der Dreiklänge. Erfinden einer Melodie zu einem Text. Mitlesen einer Chorpartitur. Niederschreiben von Themen aus bekannten Tonstücken aus dem Gedächtnis. Erkennen von Fehlern. Improvisationsübungen am Klavier. Besprechung der verschiedenen Methoden der Gehörbildung.

2. Seminarjahr:

Vertiefung und Erweiterung des Durchgenommenen. Einfache dreistimmige Diktate. Polyphone Zweistimmigkeit. Übungen im Erfinden von Taktmotiven und kleinen Liedformen.

b) Rhythmische Erziehung:

Vorbereitungs-Grundlagen der Gymnastik, körperliche Kursus:

Spannung und Entspannung, Bewegungsansatz und -ablauf, Atmung, ihre Beziehung zum Spielen und Singen. Entwicklung von Raumsinn und Zeitgefühl. Agogik. Kenntnis der Schwerpunkte, Akzente, Höhepunkte, Pausen, ausgehend vom Körperlichen und Musikalischen. Die Taktarten vom 2-teiligen bis zum 6-teiligen Takt; der punktierte Rhythmus. Sätze in Perioden bis zu 16 Takten.

1. Seminar-jahr Konzentrations-, Gedächtnis- und Unabhängigkeitsübungen auf Grund des Taktierens. Beherrschung des Körpers und seiner Bewegungsfunktionen, Auftakt, Phrasierung, schwierige Taktarten, Taktwechsel, Synkope, dualistische Rhythmen ( 2 : 3, 3 : 4 ). Einfache Übungen im Dirigieren.
2. Seminar-jahr Einführung in freiere metrisch formale Gebilde, Verlängerung und Verkürzung der viertaktigen Phrase. Entwicklung einfacher rhythmischer Motive, Dirigieren von Melodien.

Auf allen Stufen entsprechende Improvisationsübungen.

#### Allgem. Musiklehre, Harmonielehre, Kontrapunkt, Formenlehre und Analyse

Der Unterricht umfasst die gesamte Harmonielehre in engster Verbindung mit Melodie- und Formenlehre, Rhythmik und Improvisation. Eingehende Beschäftigung mit der Analyse. - Die Seminaristen werden auf allen Stufen zu schriftlichen Arbeiten und zu Ausführungen am Klavier angeleitet. Neben dem Aussetzen bezifferter Bässe wird das Harmonisieren gegebener Melodien geübt und zwar im Vokal- und freien Instrumentalsatz. Freie Begleitung von Volksliedern am Klavier ( Improvisation ).

Vorbereitungskursus: Durcharbeitung aller Grundbegriffe. Die Ur-elemente der Musik. Tonarten und Tongeschlechter. Schlüssel. Vortragsbezeichnungen. Die Intervallenlehre. Der Dreiklang und seine Umkehrungen. Kadensen in allen Dur- und Molltonarten. Funktionslehre. Septimen- und Nonenakkorde. Bezifferte Bässe. Harmonisieren gegebener oder selbst erfundener Melodien auf einfache Art. Anleitung zur Analyse.

1. Seminar-jahr: Zusammenfassende Betrachtung und Vertiefung der theoretischen Grundlagen. Harmoniefremde Töne. Chromatik und Enharmonik. Modulationen. Sequenzen. Begleitung modulierender

35  
Melodien, auch unter Benutzung harmoniefremder Töne. Analyse modulierender Instrumental- und Chorsätze.

Aus der Formenlehre ( in enger Verbindung mit dem Vorhergehenden ) :

Das Motiv, die vier- und achttaktige Gruppe, die Periodenbildung. Beziehungen zwischen Ton und Sprache. Das Volkslied als kleinste musikalische Kunstform, zwei- und dreiteilige Formen. Instrumentalstücke in der Lied- und Tanzform. Melodische Erfindungsübungen.

2. Seminar- Die Kirchentonarten. Der zwei-, drei- und  
jahr: vierstimmige Vokalsatz. Homophone und polyphone Zweistimmigkeit. Übungen an Volksliedern. Der einfache Kontrapunkt.

Aus der Formenlehre: Vertiefte Betrachtung einfacher musikalischer Formen. Die Rondoform, die Variation, die Suite und Sonate. Die Instrumental- und Vokalfuge. Analyse grösserer Formen.

#### M u s i k g e s c h i c h t e

Vorbereitungskursus: Übersicht über die Hauptepochen der Musikgeschichte.

1. und 2. Seminar- Die gesamte Musikgeschichte mit besonderer  
jahr: Berücksichtigung der Klavier- und Instrumentalmusik, des Liedes und der chorischen Formen.

Praktische Übungen aus den besonderen Studiengebieten je nach den Hauptfächern.

#### V o m b l a t t s p i e l , K a m m e r m u s i k u n d B e g l e i t u n g , T r a n s p o n i e - r e n , P a r t i t u r l e s e n

Vomblattspiel: Klavierauszüge. Sinfonien der Klassiker und Romantiker. Zweihändige Klavierstücke. Für Streicher oder Bläser einfache Kompositionen ihres Instrumentes. Vomblattsingen und -begleiten. Transpositionsübungen. Kenntnis der alten Schlüssel. Für Pianisten auch Spielen von leichten Chorpartituren.

Kammermusik: Sonaten klassischer, romantischer und moder-



ner Meister. Trios, Quartette usw.

### C h o r g e s a n g

Die Seminaristen aller Klassen können in diesem Fache vereinigt werden.

Die Grundlagen der Atmung. Ton- und Lautbildung. Einübung von ein- und mehrstimmigen Chören der älteren und neueren Literatur unter Bevorzugung des a-cappella-Gesanges u. unter Beobachtung natürlicher Stimmbildung, korrekter und dialektfreier Aussprache, sinn-gemässer Phrasierung und eines natürlichen Vortrages. Pflege des Volksliedes. Vomblatt-singen. Übungen im Dirigieren.

### A k u s t i k u n d I n s t r u m e n t e n k u n d e

Entstehung und Fortpflanzung des Schalles. Der Ton, das menschliche Ohr, das Hören. Die menschliche Stimme, das Singen. Die Musikinstrumente. Art der Tonerzeugung. Teilschwingungen und Obertöne. Konsonanz und Dissonanz. Die natürliche Tonleiter. Die Tonssysteme. Die temperierte Stimmung.

### M u s i k e r z i e h u n g e i n s c h l. P s y c h o l o - g i e u n d P ä d a g o g i k

1. Seminar-jahr: Beispiele aus der Geschichte der Pädagogik mit besonderer Berücksichtigung der Musikerziehung. Neuzeitliche pädagogische Fragen. Lektüre einschlägiger Schriften, Referate, schriftliche Arbeiten, Aussprachen.- Berufskunde.  
Grundzüge der Psychologie mit besonderer Berücksichtigung der Kinder- und Jugend-Psychologie.
2. Seminar-jahr: Geschichte der Musikerziehung. Arbeitsunterricht. Jugendbewegung. Die Musik in der Schule. Die amtlichen Denkschriften und Erlasse. Wesen der Kunsterziehung. Erforschung der musikalischen Begabung. Begabungsprüfungen. Entwicklung des Musiksinnes im Kindesalter. Die musikalische Erziehung Erwachsener.

M e t h o d i k

1. Seminar- Allgemeine Unterrichtslehre, Grundfragen der  
Jahr: Methodik, Anlage des Musikunterrichts im neu-  
zeitlichen Sinne.
2. Seminar- Methodik des Hauptfaches: Methodische Fragen,  
Jahr: die sich bei den Instrumentalfächern beson-  
ders aus dem Jugendunterricht ergeben. Ent-  
wickeln eines Unterrichtsplanes. Durcharbei-  
ten passender Literatur. Anlage von Lehrpro-  
ben. Durchsicht und Auswahl des Unterrichts-  
materials. Besprechung methodischer Werke.  
Unterrichtsanweisung.  
Unterrichten unter Aufsicht; gemeinsame Kri-  
tik und Besprechung der Lehraufgaben.

Techniklehre.

Kenntnis der Beschaffenheit des menschlichen  
Spielapparates. Anatomie und Physiologie der  
Stimmorgane. Verschiedene Wege, die natürli-  
che technische Veranlagung zu beeinflussen.  
Aufbau eines die Technik entwickelnden Lehr-  
gangs. Geschichte und Bau des Instruments.  
Ausseinandersetzen mit neueren Technikmetho-  
den. Durcharbeiten von technischem Studien-  
material in aufsteigender Schwierigkeit.

A l l g e m e i n e K u l t u r - u n d L i t e r a -  
t u r g e s c h i c h t e

Beziehung der Tonkunst zu den anderen Künsten.

I t a l i e n i s c h e S p r a c h e

( für Gesangstudierende )

Einführung in die italienische Sprache

Berlin, den 4. Juni 1925.

Einladung zu einer Sitzung des Gesamtsenates

am Freitag, den 5. Juni 1925 abends 5 Uhr.

1. Ich beantrage die Wahl bis zum 1. September zu verschieben.
2. Ich beantrage, dass der Präsident von der gesamten Körperschaft der Akademie der Künste gewählt wird und ein dementsprechendes Gesetz eingereicht wird.
3. Ich beantrage das Gesetz wieder herzustellen nach welchem der Präsident nur drei Jahre hindurch Präsident sein darf.
4. Der Stellvertreter des Präsidenten soll nie der Sekretär sein, sondern ein Mitglied der Akademie.
5. Für den Fall, dass mein Antrag wegen Verschiebung der Sitzung nicht durchgeht, bin ich gegen die Formel:

Sollte eine beschlussfähige Anzahl von Wahlberechtigten nicht erscheinen, so wird hiermit für den gleichen Tag abends 6 1/2 Uhr eine zweite Versammlung einberufen, die alsdann ohne Rücksicht auf die Zahl der Anwesenden beschlussfähig ist.

Die Sitzung soll dann solange aufgeschoben werden bis alle Mitglieder da sind, wozu erhalten denn die Herren Senatoren ihre Diäten. Ich nehme mir das Recht heraus mich als Kandidat für die Präsidentenwahl aufzustellen.

Im Anschluss an die Sitzung des Gesamtsenates.

1. Ich verlange, dass das Tannenbergdenkmal mit dem Entwurf zum Stinnesmausoleum im Sommer in der Akademie ausgestellt wird.
2. Wollen wir von nun an mit dem Ausstellungsprinzip Liebermanns brechen. Die Akademie soll nur geladene Künstler ausstellen. Die



Seccession soll unter dem Vorsitz Corinth's wieder neu gegründet werden. Die Stadt Berlin, oder die dazugehörigen Bezirke sollen sich verpflichten der Seccession ein Gebäude zu errichten oder Räume zu überlassen, damit die neue Seccession keine Geldsorgen hat und aufblühen kann. Die Akademie hat höhere Pflichten als den lebendigen Vereinigungen Ausstellungskonkurrenz zu machen und ihnen dadurch die Lebenskraft zu nehmen. Siehe Begräbnis der freien Seccession. Dieser Kulturfaktor der bildenden Kunst war solange lebensfähig als Liebermann ihr Präsident war. Als Liebermann der Präsident der Akademie wurde und die Ausstellung derselben leitete, hat er keinen Hehl daraus gemacht, dass er alle tüchtigen Kräfte zur Akademie herangezogen und hat somit die Akademie verwässert und den Lebensnerv der Seccession getötet.

3. Um eine Irreführung der Geschichte der deutschen, resp. der Berliner Kunst nicht weiter einreissen zu lassen, schlage ich vor 5 Ehrenpräsidenten auf gleicher Basis zu wählen. Ich bringe folgende Herren in Vorschlag:

1. den alten Jakob, den Schilderer Berlins. 2. Geheimrat Ludwig Hoffmann, den grossen Architekten, 3. Prof. Dr. Liebermann.
4. Prof. Corinth. 5. Richard Strauss.

Ich ersuche diesen Antrag in der Akademie vorzubringen und hoffe auf einstimmige Annahme. Der Fall Schott ist durch die reichhaltige Unterzeichnung bereits erledigt, nicht wahr Herr Präsident? Sie haben bis jetzt auf meine Eingabe nicht geantwortet!!!

4. Ich beantrage, dass Herr Otto H. Engel und Herr Purmann innerhalb von drei Jahren nicht mehr in den Senat gewählt werden dürfen, da sie durch die an der Kasse zum Verkauf ausgelegten Lithographien gezeigt haben, dass ihnen der Begriff was die Akademie bedeutet ab-

handen gekommen ist. Der Herr Präsident hält seit 25 Jahren zweimal jährlich eine Rede über die Kunst und trotzdem passiert es, dass derartige Arbeiten zum Verkauf ausliegen. Wie ist das möglich? Herrn Prof. Frank und Herrn Prof. U. Hübner wünsche ich eine strengere Selbstkritik für ihre Arbeiten, die sie zum Verkauf gegeben haben. Rembrand, Dürer, Menzel, Holbein Slevogt, Rethel, dass soll der Masstab für derartige Arbeiten sein, die wir für billiges Geld unter das Volk bringen. Das Beste ist in solch einem Falle gerade gut genug.

5. Aufrollung der Frage wegen Besetzung des Meisterateliers für Bildhauerei. Sollten während meiner Krankheit Beschlüsse gefasst worden sein, so nehme ich mir noch nachträglich das Recht heraus als Bildhauer den Kollegen Prof. Cauer, für diese in Frage kommende Besetzung des Meisterateliers, vorzuschlagen, da ich denselben für den einzigen ernstesten Kandidaten für eine derartig verantwortungsvolle Stelle halte. Ich bitte dem Ministerium diesen Vorschlag sofort zu unterbreiten. Auf jeden Fall will ich die Kandidatur Barlach's, Kolbe's und Klimsch's bekämpfen. Ersterer, dessen starke Kunst ich sehr schätze, ist der Jugend dadurch gefährlich, dass sie seine Art zu sehr nachahmen. Kolbe ist leichtsinnig mit seiner Begabung. Klimsch - wenn ein Künstler sein fünfzigstes Lebensjahr überschritten hat und einen derartigen Irrtum begeht wie Prof. Klimsch bei der Ausschmückung des Steinplatzes ist er nicht qualifiziert einem Meisteratelier vorzustehen.

In Streitfällen schlage ich vor, falls es sich um Plastiken handelt, die Arbeiten der betreffenden Herren in das Rauch-Schinkel-Schadow-Museum zu bringen und sie dort ausgewählten Richtern, die

nur aus Mitgliedern der Akademie bestehen dürfen, zu unterbreiten. Wir haben eine grosse, preussische, klassische Bildhauerkunst, die mit Schlüter beginnt, mit Begas endet. Diese Linie soll weiter der Masstab für die Güte der Bildhauerei sein, die wir hier im preussischen Berlin verlangen. Die Plastiken in dem preussischen Forum vom grossen Kurfürsten bis zum Brandenburger Tor, mit der Quadriga von Schadow, ausgenommen das Nationaldenkmal Kaiser Wilhelms (Begas) und Friedrich Wilhelm IV. (Wolf), soll der Wertmesser dafür sein was wir unter Bildhauerei verstehen. Man soll Respekt haben vor der Durchbildung einer Hand, eines Mundes, eines Ohres usw.

-----  
Nochmalige Feststellung darüber wie die sogenannte deutsche Ausstellung in Rom gemacht worden ist, die in der Zusammensetzung eine Herausforderung der gesamten deutschen Kunst war, da hauptsächlich Werke von Liebermann enthalten waren. Wer hat diese Ausstellung zusammengestellt und wer hätte sie zusammenstellen müssen. Diese Frage wünsche ich noch bei einer Sitzung der gesamten Akademie aufzuwerfen.

Ich möchte feststellen lassen ob die Körperschaft der Akademie die wirkliche Besitzerin des Akademiegebäudes ist oder ob die Gefahr besteht, dass das Ministerium aus irgend einem Vorwand ihr die Räume der Akademie entziehen kann, wie sie es mit der schönen alten Kunstgewerbeschule gemacht haben. Weiter ist es dringend festzustellen, wenn der Professorentitel sein Ansehen behalten soll, aus was für einem Anlass der Prof. Gericke den Professorentitel bekommen hat. Es gibt eine Reihe angesehener schaffender Künstler die schon die Fünfzig überschritten haben und diesen Titel noch nicht haben, z.B. Beluschak, Heilemann, Stassen usw.

H u g o L e d e r e r .

Mitglieder des Reichskultursenats.

Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
1.	Goebbels, Dr. Josef Präsident der RKK	Berlin W.8 , Wilhelmplatz 8	A 1 0014
2.	Funk, Walter Vizepräsident der RKK	Berlin W. 8, Wilhelmplatz 8	A 1 0014
3.	<u>A.</u> Adam, Franz Dirigent des Reichs- symphonieorchesters	München, Braunes Haus	München 62804 56860
4.	Allgeier, Sepp Filmopérateur	Freiburg i./Br. Vier Lindenstr. 3.	Freiburg i./Br. 7116
5.	d'Alquen, Gunter Hauptschriftleiter	Berlin, Zimmerstr. 88	A 1 0022 (privat) J 2 1722
6.	Amann, Max Reichsleiter und Präsident der Reichspressekammer	München, Thierschstr. 11	München 22131
7.	Anacker, Heinrich Schriftsteller	Berlin-Dahlem, Rohlfstr. 21	G 6 0993
8.	von Arent, Benno Bühnenbildner	Berlin-Wilmersdorf, Bonnerstr. 1	H 8 0715
9.	<u>B.</u> Backhaus, Wilhelm Pianist	Berlin W.9, Köthenerstr. 9	F 9 3723
10.	Baumgarten, Prof. Paul Architekt	Berlin-Charlottenburg, Herbartstr. 25	J 3 4548
11.	Baur, Willi Verlagsdirektor	Berlin SW. 68, Zimmerstr. 88	A 1 0022
12.	Baur, Karl Verlagsdirektor	München, Finkenstr. 2 (Verlag Callway)	München 26198
13.	Belitz, Dr. Direktor	München, Ottostr. 6	München 56771
14.	Berchtold, Josef	München, Amalienstr. 12.	München 20801 28 827
15.	Berndt, Alfred-Ingemar Ministerialrat	Berlin W. 8, Wilhelmplatz 8	A 1 0014



Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
16.	Bestelmeier, Prof. Präs.d.Münchener Akademie	München Münchener Akademie	München 33967, 30221
17.	Bethge, Friedrich	Frankfurt a./M. Städtische Bühnen	Frankfurt a./M. 20691
18.	Bieber, Prof.	München, Schrammerstr.7	
19.	Bischoff, Willi	Berlin SW. 68, Wilhelmstr. 23	
20.	Blunck, Dr. Hans Friedr. Altpräsident,	"Mölenhoffhaus" Post G. ben / ...st.	Gießen 1
21.	Boekmann, von Intendant	Bln.-Charlottenburg, Soorstr. 33	J 3 6951
22.	Bouhler, Reichsleiter	Berlin W.9, Voßstr. 1	A 2 7601
23.	Brinkmann, Edgar Amtsl.beim Reichsl. Presse	Berlin W., Wilhelmstr.64 Hamburg-Land, Wensenbalken	Hamburg 331635 209048
24.	Bruckmann, Hugo	München, Leopoldstr.10 (privat)	München 35203
<u>D.</u>			
25.	Dammeier, Konrad Ministerialrat	Berlin-Dahlem, Spilstr. 3 (privat)	A 4 4161 H 9 3684
25 a	Dietrich, Dr. Reichsleiter und Reichs- pressechef der NSDAP	Berlin W.8, Wilhelmstr.64	A 1 7411
26.	Dominik, Herbert Dipl.-Ing.	Bln.-Zehlendorf, Hollmannstr.10	84 8289
27.	Dresler, Dr.Adolf Hauptamtsl.d.Reichs-Presse- stelle d. NSDAP	München, Braunes Haus	München 51 562/63 296659
28.	Ireßler-Andreas, Horst Ministerialrat	Berlin W.8, Wilhelmstr. 61 a (priv.)	A 1 0014 H 8 3125
29.	Dr. Drewes, Heinz	Berlin W.8, Reichsm.f.V.u.P.	A 1 0014
30.	Dwinger, Erich Edwin	Wiesengut Hedwigshof Rst Seeg/Allgäu	Seeg 9
<u>E.</u>			
31	Esau, Prof. Dr.	Jena, Wilhelm Stadt Str. 15	Jena 3641 2729

Lfd.Nr.	Name	Anschrift	Telefon
32 .	Euringer, Richard	Essen, Virchowstr. 147	Essen 50411/408 40432
<u>F.</u>			
33.	Fetkötter, H.W.	Düsseldorf, Pressehaus	Düsseldorf 10213
34.	Fischer, Hugo Stellv.Reichspropaganda- leiter	München, Karlstr. 20 (Haus der dtsh. Pro- paganda)	München 10012
35.	Frauenfeld, Alfred Geschf. d. Reichsthea- terkammer	Berlin W. 62, Keithstr. 11. (priv.)	B 5 6783/4, 475 H 9 5603
36.	Fritsch, Theodor Verlagsbuchhändler	Leipzig Cl, Katharinenstr. 22	Leipzig 12 669
37.	Froehlich, Karl Regisseur	Bln.-Tempelhof, Manfred v. Richthofenstr. 31	(priv.) F 6 1690
38.	Furtwängler, Prof. Dr. W.	Berlin W. 35, Graf Speestr. 20	B 5 2465
<u>G.</u>			
39.	Gall, Prof.	München, Frauenhoferstr.11	5 1643/44
40.	Glassmeier, Dr.. Intendant	Köln B denkirchen, Kaiserstr. 17	Köln 77500(Rundfunk)
41	Goerz, Dr. Paul	Bln.-Günzowald, Schleinitzstr. 1.	E 9 4481 J 7 1755
42.	Graener, Prof. Dr. Paul	Berlin W.15, Rankestr. 21	
43.	Gründgens, Gustaf Intend.d.Staatl.Schauspl.	Berlin W.8, Oberwallstr.22 Gut Zeesen, Kreis Teltow/Mark	A 6 4531
44.	Günthner, Julius Ch.	Frankfurt a./M. Neue Mainzerstr. 35	Frankfurt a./M. 29572/3
<u>H.</u>			
45.	Hadamevsky, Eugen Reichssendeleiter	Bln.-Charlottenburg, Masurenallee 9	J 3 6911
46.	Hederich, Geschf. d. parteiamtl. Prüfungskommission zum Schutze d. NS-Schrifttums	Berlin W.35, Mathäikirchplatz 7	B 2 1596
47.	Heide, Geh.Rt.Prof.Dr.	Berlin NW.87, Brückenallee 3	C 9 4740

Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
48	Hierl, Staatssekretär, Reichsarbeitsführer	Berlin-Grünwald, . Schinkelstr.	
49.	Hilpert, Dir. Heinz	Berlin, Schumannstr. 13a Deutsches Theater	D 2 5201 G 3 7211 (priv.)
50.	Himmler, Reichsführer SS	Berlin SW. 11, Fritz Albrechtstr. 8	
51.	Hinkel, Hans Reichskulturwalter	Berlin W. 35, Am Karlsbad 10 (priv.)	A 1 0014 J 6 3306
52.	Hoffmann, Dir. Walter Geschf.	Berlin W. 35, Blumeshof 6 (priv.)	B 1 9271 H 4 3191
53.	Hornauer, Hans Verlagsdirektor	Dresden N. 6, Zittauerstr. 16 ("Der Freiheitskampf")	Dresden 25801 54692
54.	Hönig, Eugen Prof.	München, Prinzenstr. 20	
55.	<u>I.</u> Ihlert, Heinz Geschf.	Berlin SW. 11, Bernburgerstr. 19 (priv.)	A 9 5471 C 4 7778
56.	<u>J.</u> Johst, Hanns Präsident, Staatsrat	Oberallmannshausen Post Leoni Starnbergersee	Starnberg 618
57.	Jügler, Dr.	Berlin W. 8, Kronenstr. 37	
58.	Jung, Sigmund Amtsleiter (Stab d. Stellvertr. d. Führers)	Berlin W. 9, Wilhelmstr. 64 (priv.)	A 6 5861 G 3 6502
59.	Jannings, Emil	Berlin, Hotel Kaiserhof	A 2 0016
60.	<u>K.</u> Kayser, Friedrich,	Berlin-Dahlem, Limonenstr. 15.	G 6 2896
61.	Kelter, Willi	Duisburg-Meiderich, Sommerstr. 56	Essen 34289 Magdgb. 40175
62.	Klein, Prof.	München, Gabelsbergerstr. 43	München 58262 481263
63.	Klitsch, Gene- raldirektor d. UFA	Berlin SW. 11, Krausenstr. 38/39	A 6 4001
64.	Klöpfer, Eugen Staatsschauspieler	Berlin W. 35, Burggrafenstr. 5 (priv.)	D 1 6536 B 5 3573

Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
65.	Krause, Willi	Colberg b. Storkow/Mark	Storkow 136
66.	Krauss, Clemens Staatsoperndir.	Berlin C2, Unter den Lin- den (Staatsoper Berlin)	A 6 4531
67.	Krauss, Prof.	Stuttgart, Staatstheater	Stuttgart 26636
68.	Krauss, Werner Staatsschauspieler	Berlin-Dahlem Im schwarzen Grund 17	
69.	Krebs, Oberbürgermeister	Frankfurt/M.	Frankfurt/M. 20016
70.	Kriegler, Hans Präs. d. Reichsrund- funkkammer	Berlin SW 11, Anhaltstr. 12	A 9 6161
71.	Krogmann, regie- render Bürgermeister der Freien Hansestadt	Hamburg, Rathaus	Hamburg 361000
72.	Kaiser, Fritz stellv. Reichs- kulturamtsleiter	München, Karlstr. 20 (Haus d. dt. Propagan- da)	München 10012
73.	<u>L.</u> Lau, Dr. Intendant	Königsberg/Pr. Rundfunkhaus	Königsberg 24221, 21054
74.	Lehnich, Prof. Dr. Staatsminister a. D.	Berlin W. 35, Bendler- str. 33 (priv.)	B 2 8991 H 4 8464
75.	Ley, Dr. Robert Staatsrat, Reichs- organisationsleiter	Berlin W., Potsdamer- str. 75	B 7 0012
76.	Loes, Theodor,	Blm.-Wilmerdorf, Prinz Regentenstr. 57	H 7 4978
77.	Lotz, Ir.	Berlin W 35, Corneliusstr. 3	
78.	Lutze, Viktor Stabschef SA	Berlin, Voßstr. 1 (priv.) (u. dienstlich)	A 2 7281
79.	<u>M.</u> Melzer, Karl Geschäftsführer	Berlin W. 35, Bendlerstr. 33 Blm.-Wilmdf. Kadesheimerplatz 3 (priv.)	B 2 8991 H 3 5054
80.	Möller, Eberhard Wolfg.	Berlin W. 8, Voßstr. 9 (priv.)	A 1 0014 G 5 2302



Lfd.Nr.	Name	Anschrift	Telefon
81.	Moraller, Franz Reichskulturwalter, Reichskulturamtsleiter, SA-Brigadeführer	Berlin W.35, Am Karlsbad 10 (priv.)	A 1 0014 F 6 2076
82.	Müller-John, Hermann	Berlin-Südende, Halskestr. 41	
83.	Müller-Scheld, Landeskulturwalter	Frankfurt a./M. Gutleutstr. 8/13	Frkf. 33336/37 52609
84.	Müthel, Lothar, Staatsschauspieler	Blm.-Charlottenburg, Bayernallee 15 (priv.)	A 6 4531 J 9 3890
85.	Mulert, Dr. Ministerialrat	Blm.-Schlachtensee, Wannseestr. 68	A 6 4351 (priv.)
86.	<u>N</u> Nierentz, Hans Jürgen Reichsfilmdramaturg	Berlin W.35, Bendlerstr. 8 (priv.)	B 2 3762 J 9 1530
87.	<u>P</u> Packebusch, Herbert Geschäftsführer	Berlin SW.11, Anhalterstr. 12 (priv.)	A 9 6161 J 6 2115
88.	Pfützner, Prof. Hans	München, Wasserburgerstr.21	München 48 1008
89.	<u>R</u> Raabe, Prof. Dr. Peter Präsident, Generalmusik- direktor	Berlin SW.11, Bernburgerstr. 19	A 9 5471 J 9 2055
90.	Reischach, Graf	Blm.-Dahlem, Vogelsang 22 (priv.)	A 7 5671 G 6 4923
91.	Richter, Dr. Ildephons Geschäftsführer	Berlin W.35, Viktoriastr. 11	B 2 0188 H 4 4051
92.	Rienhardt, Rechtsanwalt	Berlin W.35., Staudenstr. 14 Grunewald, Königs- allee 28	B 1 9561 G 6 3708
93.	Rode, Wilhelm Generalintendant	Blm.-Charlottenburg Bismarkstr. 87	C 9 0231 C 1 2221
94.	Rust, Bernhard Reichs-u. Preuß. Min. f. Wissensch., Erz- u. Volks- bildung	Berlin W.8, Unter den Linden 4	A 1 0030
95.	<u>S</u> Sander, Horst	Leipzig C.1, Engelstr.8 (i. Fa. Leuckart)	Leipzig 23672
96.	Sauermann, Dr.	München, Germaniast. München 5 / 56693	30563

Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
97.	Seeger, Ministerialrat	Berlin W.8, Wilhelmplatz 8/9	A 1 0014
98.	Solms, Graf tendant	Zehlendorf-West Beerenstr. 30 (priv.)	D 1 6536 H 4 5295
99.	Speer, Albert Prof. Architekt	Berlin, Linden Allee 18 Schlachtensee, Kronprin- zessinnenstr. 21	J 9 4376 H 4 4888 (priv.)
100.	Suchenwirth, Prof.	Pasing b. München, Hans Schemm-Hochschu- le, Hilfswerk d. Öster- reicher	B 2 7531
101.	<u>Sch</u> Schirach, Baldur v. Reichsjugendführer	NW. 40, Kronprinzenufer 10	A 2 7491
102.	Schlösser, Dr. Rainer Ministerialrat Präsident	Berlin W.8, Voßstr. 9 (priv.)	A 1 0014 G 5 8935
103.	Schlussnus, Heinrich Kammersänger	Blm.-Westend, Jasminweg 4	J 9 5345 (priv.)
104.	Schmid-Ehmen, Kurt	München, Franz Joseph Str. 19	München 33346
105.	Schmidt-Leonhardt, Dr. Ministerialrat Reichskulturwalter	Berlin W. 8, Wilhelmplatz 8/9	A 1 0014 B 5 5288 (priv.)
106.	Schulte-Strathaus, Reichsamtseiter	München, Braunes Haus	
107.	Schumann, Prof.	Blm., Pariser Platz 4 (Akademie d. Künste)	
108.	Schumann, Gerhard Schriftsteller	Sonnenberg, Post Stuttgart-Degerloch Bismarckstr. 8	Stuttgart 27748
109.	Schwarz van Berk	Berlin SW.68, Zimmerstr. 88	A 1 0022 G 3 6078 (priv.)
110.	Schweitzer, Hans	Potsdam, Große Weinmeisterstr. 25./	Potsd. 6319 B 5 5121
111.	<u>St</u> Stange, Hermann Generalmusikdirektor	Blm.-Schmargendorf, Sulzaerstr. 15	
112.	Stehr, Hermann	Oberschreiberhau, Hermann Stehr Str. 10/12	Oberschreiber- hau 544

Lfd. Nr.	Name	Anschrift	Telefon
113.	Stein, Prof. Dr.	Berlin-Charlottenburg, Schloßstr. 56	C 1 0011
114.	Stoffregen, Götz Otto	Berlin-Charlottenburg, Masurenallee 9	J 3 6911
115.	Strauss, Emil Dichter	Freiburg/Br. Richard Wagnerstr. 17	
116.	<u>T</u> Tietjen, Generalintendant	Berlin, Oberwallstr. (Staatstheater)	A 6 4531
117.	<u>W</u> Wallek, Generalintendant	München, Staatstheater	München 24122 26687
118.	Weidemann, Hans Vizepräsident	Berlin SW. 68 Friedrichstr. 210 (priv.)	A 9 1068 B 2 8931 F 6 1012
119.	Weiss, Hauptm. a.D.	Bln.-Schöneberg, Kufsteinerstr. 43	
120.	Will, Oberbürgermeister	Königsberg /Pr. Rathaus	Königsberg 34231 22542
121.	Wismann, Dr. Ministerialrat	Berlin W.8, Voßstr. 9	A 1 6014 G 2 3521
122.	Wulfig, Martin Stellvertr. Vorst. d. Bundes Reichsdeutscher Buchhändler	Bln.-Steglitz, Stindestr. 1 Büllostr. 80 (Haude und Spener)	G 9 7012 B 1 3019
123.	Wackerle, Prof. Joseph	München, Königinnenstr. 27	
124.	<u>Z</u> Ziegler, Prof. Präsident	München, Akademiestr. 2	München 35057
125.	Ziegler, Dr. Hans S. Generalintendant	Weimar, Johann Albrecht- str. 15	Weimar 143/2133
126.	Zörner, Oberbürgermeister	Dresden, Rathaus	Dresden 24103 22700

## **Dienstabweisung für Kreis- und Städtische Musikbeauftragte**

### **I. Reichskulturkammer — Reichsmusikkammer**

1. Die Reichskulturkammer ist der Zusammenschluß aller auf dem Gebiete der Kulturpflege tätigen Körperschaften, Gesellschaften, Vereinigungen, Firmen und Personen, die bei der Erzeugung, der Wiedergabe, der geistigen oder technischen Verarbeitung, der Verbreitung, der Erhaltung, dem Absatz oder der Vermittlung des Absatzes von Kulturgut mitwirken (Erste Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz vom 1. 11. 1935, § 4).

2. Die Reichskulturkammer besteht aus folgenden Einzelkammern: Reichsmusikkammer, Reichskammer der bildenden Künste, Reichstheaterkammer, Reichsschrifttumskammer, Reichspresskammer, Reichsrundfunkkammer und Reichsfilmkammer.

3. Das Amt für Konzertwesen ist eine gemeinsame Einrichtung der Reichsmusikkammer und des Deutschen Gemeindetages zur Betreuung der Kreis- und Städtischen Musikbeauftragten. Das Amt für Konzertwesen wird ehrenamtlich geleitet.

4. Als Einzelkammer der Reichskulturkammer liegt der Reichsmusikkammer die Musikpflege ob. Die Reichsmusikkammer kann nach § 25 der Ersten Durchführungsverordnung zum Reichskulturkammergesetz „Bedingungen für den Betrieb, die Eröffnung und die Schließung von Unternehmungen festsetzen und Anordnungen über wichtige Fragen der Musikpflege, insbesondere über Art und Gestaltung der Verträge zwischen den von ihr umfassten Tätigkeitsgruppen treffen“.

5. Die Reichsleitung der NSDAP hat durch eine Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 16. 8. 1934 alle Formationen und Dienststellen der NSDAP, der SS, der SA, der HJ und der DAF ersucht, die Bestrebungen der Reichsmusikkammer in bezug auf die Neugestaltung des deutschen Musiklebens zu unterstützen und zu fördern, und hat diese Formationen und Dienststellen angewiesen, alle das Musikleben betreffenden Fragen im engsten Einvernehmen mit der Reichsmusikkammer zu regeln und den Anordnungen der Reichsmusikkammer Folge zu leisten.

6. Die gemeinnützigen Konzertveranstalter (Länder, Städte, Theater, Bade- und Kurverwaltungen, selbständige Kulturorchester, Konzertgemeinden) gehören der Reichsmusikkammer an und werden von dem Referat Konzertwesen, Berlin NW 40, Alsenstr. 7, betreut.

7. Ausländische Künstler bedürfen zu ihrem Auftreten im Reich der Genehmigung des Präsidenten der Reichsmusikkammer, Auslandsstelle, Berlin SW 11, Linstr. 31. Die Genehmigung wird im Einvernehmen mit der zuständigen Stelle der Reichsregierung erteilt.

8. Für die gewerbsmäßigen Konzertvermittler, Konzertunternehmer, Konzertbesorger und Künstlersekretäre sind von der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung und von der Reichsmusikkammer neue Geschäftsbedingungen erlassen worden. Diese Tätigkeiten sind von besonderen Genehmigungen abhängig. Diese Verufe gehören der Reichsmusikkammer, Referat Konzertvermittler, Berlin SW 11, Bernburger Straße 19, an.

### **II. Der Städtische Musikbeauftragte**

#### **A. Bestellung und Aufgabenkreis**

Zwischen dem Geschäftsführenden Präsidenten des Deutschen Gemeindetages und dem Präsidenten der Reichsmusikkammer ist am 11. Februar 1936 über die Bestellung und den Aufgabenkreis Städtischer Musikbeauftragter folgendes vereinbart worden:

#### **1. Bestellung**

In jeder Stadt mit mehr als 5000 Einwohnern soll ein Städtischer Musikbeauftragter bestellt werden. In Städten mit weniger als 5000 Einwohnern und in anderen Gemeinden kann ein Musikbeauftragter bestellt werden, wenn der Bürgermeister die Bestellung für erwünscht hält.

Der Musikbeauftragte wird von dem Oberbürgermeister (Bürgermeister) als gemeindlicher Ehrenbeamter eingesetzt, nachdem festgestellt ist, daß die Reichsmusikkammer mit der Person des zu Bestellenden einverstanden ist. Die Stellungnahme der Reichsmusikkammer ist einzuholen durch den zuständigen Landesleiter der Reichsmusikkammer. Der Musikbeauftragte erhält zugleich die Befugnisse eines Beauftragten der Reichsmusikkammer. Der Oberbürgermeister (Bürgermeister) kann die Bestellung des Musikbeauftragten jederzeit zurücknehmen. Er beruft den Musikbeauftragten ab, wenn die Reichsmusikkammer den dem Musikbeauftragten erteilten Auftrag zurückzieht.

Die Reichsmusikkammer bedient sich bei der Bestellung und Aberufung der Musikbeauftragten des Amtes für Konzertwesen. Die Leitung der Reichsfachschaft wird im Einvernehmen mit dem Deutschen Gemeindetag bestellt.

#### **2. Aufgaben**

Der Musikbeauftragte fördert unter Aufsicht der Gemeindeverwaltung und des Amtes für Konzertwesen das Musikleben der Gemeinde durch Betreuung aller Körperschaften, Vereinigungen, Firmen und Personen, die auf dem Gebiet des Konzertwesens tätig sind.

#### **3. Dienstbezeichnung**

Der Musikbeauftragte führt die Dienstbezeichnung „Der (Städtische) Musikbeauftragte in . . . .“



#### 4. Konzertbeirat

Der Musikbeauftragte soll einen Konzertbeirat bilden, der aus Trägern des örtlichen Musiklebens besteht. Der Konzertbeirat steht dem Musikbeauftragten beratend zur Seite.

#### 5. Geschäftsverkehr

Der Musikbeauftragte verkehrt mit seiner Gemeindeverwaltung und den dort ansässigen Stellen und Personen unmittelbar, mit den außerörtlichen Stellen über den Landesleiter der Kammer. Die Tätigkeit des Musikbeauftragten ist ehrenamtlich. Die entstandenen Kosten und Auslagen werden von der Gemeinde getragen mit Ausnahme solcher Auslagen, die aus der Erfüllung besonderer Aufträge der Reichsmusikkammer entstehen und die von der Reichsmusikkammer gestellt werden.

### B. Grundsätze der Tätigkeit

1. Die Einsetzung der Musikbeauftragten erfolgt auf Grund der bestehenden Vereinbarung zwischen dem Deutschen Gemeindetag und der Reichsmusikkammer. Die Gemeindeverwaltungen fördern die Kunstpflege und fassen alle Bestrebungen zusammen, die der Musik dienen und handeln dabei als die örtlichen Stellen der öffentlichen Gewalt, denen es obliegt, für das geistige und körperliche Wohl der Einwohner zu sorgen.

2. Die Reichsmusikkammer legt entscheidenden Wert darauf, daß alle Stellen zusammenarbeiten, die für die Musikpflege zuständig sind, weil sie der Überzeugung ist, daß nur im Zusammenwirken aller Stellen der Neuaufbau gelingen wird. Darum ist mit dem Deutschen Gemeindetag, dem Zusammenschluß aller deutschen Gemeinden und Gemeindeverbände, und in Übereinstimmung mit der Partei das Amt des Städtischen Musikbeauftragten geschaffen worden.

3. Der Städtische Musikbeauftragte soll eine Persönlichkeit sein, die nach ihren menschlichen und fachlichen Eigenschaften und in politischer Hinsicht das Vertrauen weitester Kreise, insbesondere der musiklebenden Volksgenossen, genießt. Er muß vor allem die Fähigkeit haben, mit verantwortungsbewusster Selbständigkeit über Schwierigkeiten sachlicher und personeller Art zu entscheiden. Auf ihm ruht ein wichtiger Teil der Verantwortung für den Neuaufbau des deutschen Konzertlebens. Die Musikbeauftragten haben die Pflicht, ihre Kraft für diesen Neuaufbau einzusetzen. Wer sich dieser Aufgabe nicht gewachsen fühlt, möge die Gemeindeverwaltung bitten, die Berufung zurückzuziehen. Das Amt des Musikbeauftragten ist sehr verantwortungsvoll.

4. Der Städtische Musikbeauftragte überwacht die Einrichtung des örtlichen Konzertlebens. Er beruft einen Konzertbeirat, dem die Leiter oder Vertreter der öffentlichen, gemeinnützigen und privaten Konzertunternehmen ernster Musik, Vertreter der Konzertvermittlung, des Chorwesens und der Volksmusik, des Musikinstrumentengewerbes, der Orchestermusikerchefs, die Leiter der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ und ihres Kunst- oder Konzerttrüges, Musikreferenten der HJ, Musikmeister der Wehrmacht und des Arbeitsdienstes und Vertreter anderer Besucherorganisationen angehören. In dem Beirat wird die Gesamtspielfolge der

Spielzeit besprochen und die gegenseitige Förderung der Arbeiten erörtert.

5. Der Musikbeauftragte soll mit vorsichtiger Hand ausgleichen. Auf seinem sachlichen Ansehen beruht das Gewicht seiner Ratschläge. Ein Verboterecht von Veranstaltungen ist ihm nicht zuerkannt. Wenn es ihm nicht gelingt, seine guten Gründe durchzusetzen, kann er das Amt für Konzertwesen anrufen, das die Möglichkeit eines gerechten Ausweges finden wird.

6. Der Musikbeauftragte muß darauf achten, daß alle Konzerte ernster Musik und die größeren Veranstaltungen der Unterhaltungsmusik bei ihm angemeldet werden. In den meisten Fällen wird es den Veranstaltern möglich sein, ihre Termine und Vortragsfolgen schon vor Anfang der Spielzeit bei der ersten Sitzung des Konzertbeirates vorzulegen. Je eher die Konzerte bekannt sind, um so besser für die Einrichtung des Konzertlebens der Stadt und für die Veranstaltungen selbst.

7. Mittelpunkt des Konzertwesens jeder Stadt sind die gemeinnützigen Konzerte, die von der Stadtverwaltung, der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ oder einer gemeinsamen Konzertgemeinde gegeben werden. Näheres ist in der Vereinbarung enthalten, die am 4. Februar 1938 zwischen dem Deutschen Gemeindetag und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ über den Aufbau des örtlichen Kunstlebens geschlossen worden ist. (Vergleiche Rundschreiben 2 an die Städtischen Musikbeauftragten vom 1. März 1938.) Der Städtische Musikbeauftragte ist dafür verantwortlich, daß regelmäßig gute Konzerte stattfinden.

8. Gute Chöre sind für die Musikpflege wichtig. Deshalb verdienen die Chöre besondere Förderung der öffentlichen Stellen. Der Musikbeauftragte soll daher dafür eintreten, daß die Chöre bei Konzertveranstaltungen mitwirken, und daß unter den ausübenden und fördernden Mitgliedern der Chorvereine für den Dauerbesuch und den Besuch der Instrumentalkonzerte gewonnen wird. Jeder Musikbeauftragte hat, bevor er Eingriffe in den Aufbau des Chorlebens anregt, mit den zuständigen Chorgauführern der Abteilung Chorwesen und Volksmusik zu sprechen. In Sonderfällen steht die Reichsmusikkammer, Abteilung Chorwesen und Volksmusik, Berlin-Charlottenburg, Grolmannstr. 36, zur Verfügung.

9. In der Kunst entscheidet allein die Leistung. Die Veranstalter der Konzerte müssen dafür sorgen, daß Vortragsfolgen und Ausübende der Konzerte den hohen Forderungen entsprechen, die Deutschland stellen muß. In einem Lande, dessen große musikalische Vergangenheit und dessen künstlerisches Streben uns alle verpflichtet, darf nichts Minderwertiges geboten werden. Die Konzertveranstalter werden sich bemühen müssen, unter den lebenden Komponisten und Künstlern unbekannte Begabungen zu entdecken.

10. Die vom Deutschen Gemeindetag in Zusammenarbeit mit der Reichsmusikkammer angeregten Konzerte junger Künstler in mehr als zwanzig Städten und die Stunden der Musik sind für die besten Künstler des Nachwuchses bestimmt. Besondere Begabungen können in diesen Konzerten vorgestellt werden. (Siehe Rundschreiben Nr. 2 vom 1. März 1938.)

11. Die Aufstellung der Vortragsfolgen ist besonders wichtig. Der Musikbeauftragte wird sich darauf beschränken, eine gewisse Angleichung der Vortragsfolgen der verschiedenen Konzertveranstalter zu raten. In Zweifelsfällen ist die Entscheidung des Ausschusses für Programmberatung in der Reichsmusikkammer einzuholen; die Entscheidung ist endgültig. Die Begutachtung bezieht sich auf Werke und mitwirkende Künstler. Der Musikbeauftragte muß dafür sorgen, daß die Entscheidungen des Ausschusses überall durchgeführt und anerkannt werden.

12. Die Förderung zeitgenössischer Werke ist eine wichtige Aufgabe der Konzertveranstalter. Die Aufführung von Werken, deren Komponisten oder Bearbeiter noch nicht fünfzig Jahre tot sind, ist nur gegen Zahlung einer Verfasservergütung an die StAGMA (Staatlich anerkannte Gesellschaft zum Schutz musikalischer Urheberrechte) zulässig. Damit die Aufführung eines zeitgenössischen Werkes nicht mit Vergütungszahlung bestraft wird, empfiehlt die Reichsmusikkammer den Abschluß von Pauschalverträgen für sämtliche Konzerte eines Konzertveranstalters. Die Vergütungen sind angemessen und werden von der Reichsmusikkammer beaufsichtigt. In Zweifelsfällen gibt die Reichsmusikkammer, Referat Konzertveranstalter, Berlin NW 40, Alsenstr. 7, Auskunft und vermittelt bei der StAGMA.

13. Mit dem Verein der Musikalienverleger in der Reichsmusikkammer sind Richtsätze für Kauf und Miete von Musikalien vereinbart worden. Nach diesen Richtsätzen wird verfahren. Bei Meinungsverschiedenheiten mit dem Verleger vermittelt die Reichsmusikkammer, Referat Konzertveranstalter.

14. Die Verpflichtung kammermusikalisch oder solistisch wirkender Künstler ist Sache der Konzertveranstalter. Der Musikbeauftragte möge darauf achten, daß auch junge talentierte Künstler verpflichtet werden. Die Konzert- und Oratorienfänger sind zum Schaden des Konzertgesanges vernachlässigt worden. Bei gleichem Wert ist dem Konzertfänger vor dem Opernfänger der Vorzug zu geben, selbst auf die Gefahr hin, daß die Konzertbesucher zunächst dem oft und gern gehörten Opernfänger nachtrauern.

15. Der Musikbeauftragte hat die Pflicht, sich auf das stärkste der einzelnen Konzerte anzunehmen. Es ist daher erwünscht, daß die Konzertveranstalter ihm auf Anfordern für jedes Konzert zwei Karten zur Verfügung stellen.

16. Die Musikbeauftragten unterstehen der Aufsicht des Oberbürgermeisters (Bürgermeisters) und des Amtes für Konzertwesen. Der Schriftverkehr zum Amt für Konzertwesen geht über den zuständigen Landesleiter der Reichsmusikkammer. Die Landesleiter selbst sind zwar nicht vorgeordnete Stellen für die Musikbeauftragten, haben jedoch das Recht und die Pflicht, sich von den Musikbeauftragten über die Konzertverhältnisse ihres Bezirks unterrichten zu lassen. Die Musikbeauftragten werden ersucht, den Landesleitern bei der Durchführung ihrer Aufgaben jede Unterstützung angedeihen zu lassen.

17. Im Monat Mai jedes Jahres hat der Musikbeauftragte die Pflicht, einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit im letzten

Jahre an das Amt für Konzertwesen einzureichen. Eine Durchschrift ist an den Landesleiter für Musik zu geben.

18. Der Musikbeauftragte führt Briefbogen mit dem Briefkopf „Der Städtische Musikbeauftragte der Stadt . . .“ oder „Der Musikbeauftragte der Gemeinde . . .“. Es ist unschäfflich, für den Dienstbetrieb des Musikbeauftragten Amtsbriefbogen von anderen Dienststellen der Reichsmusikkammer oder auch der Partei zu verwenden. Jedes Amt muß deutlich erkennbar von dem andern getrennt sein.

19. Die Städtischen Musikbeauftragten halten zu ihrer Unterrichtung die Amtlichen Mitteilungen der Reichsmusikkammer (Pressestelle, Berlin SW 11, Bernburger Straße 19) und bitten um Bestellung durch die Gemeindeverwaltung.

Es empfiehlt sich dringend, außerdem die Zeitschrift „Die Kulturverwaltung“ Berlin NW 40, Alsenstr. 7, zu halten, die den Musikbeauftragten die Kenntnis aller wichtigen Ereignisse der Kulturpflege vermittelt.

20. Änderungen der Personalien der Musikbeauftragten sind sofort dem Amt für Konzertwesen, Berlin NW 40, Alsenstraße 7, zu melden. Anfragen über Einsetzung, Aufgaben und Arbeitsart der Musikbeauftragten sind gleichfalls dorthin zu richten.

### III. Der Kreismusikbeauftragte

Im Einvernehmen mit dem Präsidenten der Reichsmusikkammer empfiehlt der Deutsche Gemeindetag, für die Landkreise Musikbeauftragte zu bestellen und dabei nach folgenden Richtlinien zu verfahren.

#### 1. Bestellung

Für jeden Landkreis kann ein Kreismusikbeauftragter bestellt werden.

Der Kreismusikbeauftragte wird vom Landrat als Ehrenbeamter des Kreises eingesetzt, nachdem festgestellt ist, daß das Amt für Konzertwesen (Gemeinsame Einrichtung der Reichsmusikkammer und des Deutschen Gemeindetages zur Betreuung der Städtischen und der Kreismusikbeauftragten) mit der Person des zu Betreuenden einverstanden ist. Die Stellungnahme des Amtes für Konzertwesen ist einzuholen durch den zuständigen Landesleiter der Reichsmusikkammer. Der Musikbeauftragte erhält zugleich die Befugnisse eines Beauftragten der Reichsmusikkammer. Der Landrat kann die Bestellung des Musikbeauftragten jederzeit zurücknehmen. Er beruft den Musikbeauftragten ab, wenn das Amt für Konzertwesen den dem Musikbeauftragten erteilten Auftrag zurückzieht.

#### 2. Aufgaben

Der Kreismusikbeauftragte fördert unter der Aufsicht des Landrats und des Amtes für Konzertwesen das Musikleben des Kreises durch Betreuung aller Körperschaften, Vereinigungen, Firmen und Personen, die auf dem Gebiete des Konzertwesens tätig sind.

Er soll insbesondere

- a) den Landrat bei der Förderung der Musikpflege des Landkreises beraten;



- b) die Arbeit der Musikbeauftragten in den kreisangehörigen Gemeinden durch Beratung fördern;
- c) die Musikpflege in den kreisangehörigen Gemeinden, die keinen eigenen Musikbeauftragten bestellt haben, durch Anregungen fördern.

### 3. Dienstbezeichnung

Der Musikbeauftragte führt die Dienstbezeichnung „Der Musikbeauftragte des Landkreises . . . . .“

### 4. Konzertausschuß

Der Musikbeauftragte soll einen Konzertausschuß bilden, der aus Trägern des Kreismusiklebens besteht. Der Konzertausschuß steht dem Musikbeauftragten beratend zur Seite.

Dem Konzertausschuß sollen auch Vertreter der Partei, der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“, der Wehrmacht und der HJ angehören.

### 5. Geschäftsverkehr

Der Kreismusikbeauftragte verkehrt mit seiner Kreisverwaltung und den im Landkreis tätigen Verwaltungen, Stellen, Firmen und Personen unmittelbar, mit den Stellen außerhalb des Landkreises über den Landesleiter der Kammer. Angelegenheiten größerer Bedeutung sind dem Landrat vorzutragen.

Die Tätigkeit des Musikbeauftragten ist ehrenamtlich. Die entstandenen Kosten und Auslagen werden im Rahmen der hierfür im Kreishaushaltsplan ausgeworfenen Mittel sowie der allgemeinen oder besonderen Weisungen des Landrats von der Kreisverwaltung getragen mit Ausnahme solcher Auslagen, die aus der Erfüllung besonderer Aufträge der Reichsmusikkammer entstehen und die von der Reichsmusikkammer erstattet werden.

### 6. Grundsätze der Tätigkeit

Die von dem Amt für Konzertwesen erlassenen Grundsätze der Tätigkeit der Städtischen Musikbeauftragten können sinngemäß auch auf die Tätigkeit der Kreismusikbeauftragten Anwendung finden. Jedoch beruht das Hauptgewicht der Tätigkeit der Kreismusikbeauftragten nicht auf der Betreuung der Organisation des Konzertwesens im Einzelnen. Daher erübrigt sich die Anmeldung der Konzerte gemäß Ziffer 6 der „Grundsätze“.

Die übrigen Ziffern der „Grundsätze“ können die Grundlage der Zusammenarbeit zwischen Kreismusikbeauftragten und Städtischen Musikbeauftragten bilden.

## IV. Anschriften der Landeskulturwälder Landesleiter für Musik

Baden	Karlsruhe	Ritterstraße 22
Bayerische Ostmark	Bayreuth	Wölffelstraße 4, II
Berlin	Charlottenburg	Berliner Straße 16/17
Düsseldorf	Düsseldorf	Grafenberger Allee 66
Essen	Essen	Moltkeplatz 27
Franken	Nürnberg	Vordere Ledergasse 4
Halle-Merseburg	Halle (Saale)	Hindenburgstraße 55
Hamburg	Hamburg	Harvestehuder Weg 22
Hannover-Ost	Lüneburg	Schlaggrabenstraße 18
Hessen-Nassau	Frankfurt a. M.	Kaiserstraße 32
Koblenz-Trier	Koblenz	Emil-Schüller-Straße 18/20
Köln-Aachen	Köln	Habsburger Ring 1
Kurhessen	Kassel	Königsplatz 59, Kulturhaus
Kurmark	Berlin W 62	Thornstraße 2
Magdeburg-Anhalt	Deßau	Fürstestraße 8
Mainfranken	Würzburg	Schönbornstraße 8
Mecklenburg	Schwerin/M.	Mozartstraße 12
München-Oberbayern	München	Sendlingerplatz 1
Ostpreußen	Königsberg	Französische Straße 19/20
Pommern	Stettin	Friedrich-Karl-Straße 9
Saarpfalz	Neustadt a. d. Dtsch. Weinstr.	Landauer Straße 4a
Sachsen	Dresden	Goethestraße 7
Schlesien	Breslau	Charlottenstraße 28
Schleswig-Holstein	Kiel	Niemannsweg 160
Schwaben	Augsburg	Ostmarkt D 71
Südhanover-Braunschweig	Hannover	Hinüberstraße 4a
Thüringen	Weimar	Sophienstraße 9
Wefer-Ems	Oldenburg	Meinardusstraße 4
Westfalen-Nord	Münster/W.	Warendorfer Straße 15
Westfalen-Süd	Bösum	Grabenstraße 25/29
Württemberg-Hohenzollern	Stuttgart-M.	Kronprinzenstraße 4

gesehen: Prof. Dr. Peter Raabe  
Präsident der Reichsmusikkammer

### Amt für Konzertwesen.

#### Der Leiter:

Staatsrat Dr. Krebs  
Oberbürgermeister der Stadt des deutschen Handwerks  
Frankfurt a. M.

#### Der stellvertretende Leiter:

Dr. Benede  
Beigeordneter des Deutschen Gemeindetages

Berlin, den 13. Januar 1927.

An den

# Herrn Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in Berlin

Betr.: Staatliche Fürsorge für das Chorgesangswesen.

Die Entwicklung, die das Chorgesangswesen in den letzten Jahren genommen hat, nötigt uns zu der Bitte, eine verstärkte staatliche Fürsorge ins Auge fassen zu wollen.

Die Hervorhebung der Bedeutung des Chorgesanges für die Musikkultur im ganzen in mehreren Ministerialerlassen und auch in der dem Preussischen Landtag vorgelegten Denkschrift vom 25. April 1923 hat unserer Arbeit bereits mancherlei Beachtung gesichert, und die von der Staatsregierung getroffenen Einrichtungen zu ihrer unmittelbaren Förderung fangen an eine erkennbare Wirkung zu üben. Damit hat sich aber zugleich wieder das Gesamtbild erweitert und z. T. verschoben, so daß eine Fürsorge auf weiterer Grundlage, nicht nur von Fall zu Fall oder für einen bestimmten begrenzten Zeitraum, unentbehrlich ist.

Preußen ist das erste deutsche Land gewesen, das praktisch eingegriffen hat, und es steht auch heute noch, wenn auch in einigen anderen Ländern Ansätze zu verspüren sind, obenan. Deshalb und weil Preußen als größtes Land sicher geneigt sein wird, führend und damit anregend vorgehen zu wollen, wenden wir uns in erster Linie an die Preussische Staatsregierung, sprechen aber schon an dieser Stelle die Bitte aus, durch geeignet erscheinende Mitteilungen an die anderen Länder von den in Preußen getroffenen Maßnahmen und ihren Wirkungen uns zu unterstützen, damit unsere bei den Regierungen der anderen Länder nach und nach zu unternehmenden Schritte, auch ihrerseits dem Chorgesangswesen eine systematische Fürsorge angedeihen zu lassen, bessere Aussicht auf Erfolg haben.

## I.

### Staatliche Chormeisterturse.

Das in Preußen seit 1922 Geleistete hat sich nach Entwicklung und Auswirkung bewährt. Wir empfinden es aber noch als ein Hemmnis, daß alljährlich besonders über die Abhaltung von Kursen verhandelt werden muß. Das führt insofern zu Erschwerungen für unsere Organisationen, als diese nicht übersehen können, was sie zur Ergänzung der staatlichen Pläne unternehmen müssen. Denn so dankenswert die staatlichen Kurse auch sind, zahlenmäßig werden sie dem tatsächlichen Bedarf doch niemals genügen können. Auch unsererseits müssen noch ergänzende Einrichtungen geschaffen werden. Wir bitten deshalb festzulegen:

daß alljährlich bei der staatlichen Hochschule für Musik in Berlin ein Kursus mit weitem Lehrplan, und daß alljährlich nach einem festen Turnus nicht mehr nur in drei, sondern in vier Städten in den Provinzen Kurse mit einem kleineren Lehrplan abgehalten werden.

Damit wünschen wir aber nicht zum Ausdruck zu bringen, daß künftighin eine nochmalige Erweiterung der staatlichen Fürsorge nicht einzutreten brauche.

## II.

Wir bitten, daß bei Aufstellung der Arbeitspläne für Musikkongresse aller Art, soweit die Staatsregierung die Entscheidung oder auch nur einen Einfluß hat, der Behandlung von Themen aus dem Gebiete der Chorgesangsplege regelmäßig Raum gewährt wird. Wir denken an die Schulmusikwochen, Kirchenmusikkongresse, Versammlungen der deutschen Musikgesellschaft, aber auch an die Fortbildungskurse für Schulfachlehrer usw.

## III.

Die Regierungen der kleineren deutschen Länder werden bei der Auszeichnung von Gesangsvereinen bei bedeutsameren Jubiläen Zurückhaltung üben müssen, weil die Herstellung künstlerischer Plakette, Denkblätter usw. bei nur mäßigem Gesamtbedarf unverhältnismäßig kostspielig ist. Wir bitten sich geneigt zu erklären, daß die anderen Länderregierungen gebeten werden können, sich wegen Abgabe fertiger Stücke gegebenenfalls an Preußen zu wenden.

## IV.

## Förderung des Konzertwesens.

Auf diesem Gebiet erstreben wir etwas grundsätzlich Neues.

Zunächst halten wir es für wünschenswert, etwas zur Begründung der Notwendigkeit von Konzerten an sich zu sagen, da neuerdings die Meinung sich zu verbreiten scheint, als ob das Konzertwesen in den bisherigen Formen sich überlebt habe und die volksmäßige Musikpflege, also in erster Linie der Chorgesang, sich neue Bahnen zu suchen haben werde.

Diesen Anschauungen müssen wir entgegentreten, wir müssen im Gegenteil alle Kräfte mobil machen, um die Konzerttätigkeit auf dem Gebiete des Chorgesangs zu steigern. Konzerte sind der Prüfstein für die Leistungsfähigkeit der Vereine. Sie gewähren den Vereinen fast die einzige Möglichkeit, der Öffentlichkeit bemerkbar zu machen, daß auch Nichtfachkreise von einer höheren Ziele erstrebenden Musikpflege nicht ausgeschlossen sind. Der überhandnehmenden Mechanisierung des Musiklebens, wir erinnern nur an das Radio, kann nur entgegengewirkt werden, indem den Musikfreunden ein vermehrter Anreiz zu einer Eigenbetätigung geboten wird.

Die Chorkonzerte bilden einen erheblichen Teil des öffentlichen Konzertlebens. Sie zu beschränken oder gar allmählich eingehen zu lassen, hätte auf den allgemeinen Musikbetrieb aber noch andere, nicht zuletzt einschneidende wirtschaftliche Nachteile zur Folge. Kapellen und Solisten finden bei Chorkonzerten reiche Beschäftigung. Auch die Tonseher sind an ihnen lebhaft interessiert, weil Konzertprogramme auf eine andere, wertvollere Literatur gestützt werden müssen, als die Programme für kleine Unterhaltungsabende der bei einem Verfall des Konzertwesens zweifellos sich atomisierenden Vereine. Nur konzertierende Vereine werden weiterhin in der Lage sein, gut vorgebildete Musiker als Dirigenten an sich zu fesseln und zu beschäftigen. Gute Konzertleistungen der Vereine tragen zugleich zu einer Belebung des Privatmusikunterrichts bei.

An dem Gedeihen und an einer gesunden Weiterentwicklung der Gesangsvereine sind buchstäblich also alle Kreise des Fachmusikertums stark interessiert. Jede Förderung der Gesangsvereine kommt deshalb dem Musikleben im allgemeinen zugute.

Das Konzertleben unserer Vereine steht augenblicklich aber in einer schweren Krise, die sich immer deutlicher bemerkbar macht und ihren Höhepunkt offenbar noch nicht erreicht hat. Die Honoraransprüche der Kapellen und Solisten und die Kosten für das Notenmaterial, deren Berechtigung wir durchaus nicht immer bestreiten wollen, haben eine solche Höhe erreicht, daß die Vereine sich Beschränkungen auferlegen müssen. Bei den wirtschaftlichen

Unkosten (Saalmiete, Kellame, Drucksachen) können Ersparnisse nicht gemacht werden, auch sind Erhöhungen der Eintrittspreise zur Erhöhung der Gesamteinnahmen nicht durchführbar. Um ein unausbleibliches rechnungsmäßiges Defizit zu vermeiden, bleibt deshalb den Vereinen nur die Möglichkeit einer Vereinfachung der Programme. Mehr als erwünscht muß die auf die Mitwirkung von Orchester und Solokräften berechnete Literatur vernachlässigt und auf Neuanschaffungen verzichtet werden.

Es hilft nur noch eines: die Vereine müssen hinreichend unterstützt werden. Vereine, die vor allem unter Hinzuziehung der für diese Zwecke ausreichend gewesenen alten Militärkapellen ein blühendes Konzertleben entfalten konnten, müssen wieder instandgesetzt werden, Kapellen heranzuziehen. Da augenblicklich in vielen Gegenden ein Mangel an verwendungsfähigen Orchestern herrscht, wären solche allerdings erst zu bilden, aber die Gewissheit einer geregelten Beschäftigung durch die Vereine innerhalb ihres Wirkungsgebietes würde ihnen eine gesicherte Existenzgrundlage schaffen.

Wir bitten deshalb dafür einzutreten, daß ein Staatsfonds gebildet wird, aus dem den Chorgesangsvereinen Geldzuschüsse für eine geregelte Konzerttätigkeit bewilligt werden können.

Sicherheit für eine zweckmäßige Anwendung solcher Staatsgelder glauben wir in vollem Umfange bieten zu können. Unsere Organisation ist so stark und so gegliedert, daß den für die Bewilligung der Zuschüsse in Betracht kommenden behördlichen Dienststellen sachkundige und die Verhältnisse abwägende Vertrauensmänner benannt werden können.

## V.

In mehreren ministeriellen Kundgebungen ist auf die enge Verbundenheit der Arbeit der für die Entwicklung der Schulmusik verantwortlichen Kreise und der Chorgesangsvereine hingewiesen worden. Erwägungen über die zur Verwirklichung dieses Zieles von unserer Seite erforderlichen Schritte sind im Gange. Die für uns möglichen Maßnahmen werden allerdings mitbeeinflusst sein von der Gesamtlage unserer Vereine und Verbände, die, wie wir zuversichtlich hoffen, einen starken Auftrieb erfahren wird, sobald erkennbar ist, daß die Staatsregierung zur Behebung von tatsächlich drückenden Notständen auf unserem eigensten Gebiet die hilfsreiche Hand bieten kann.

## Der Hauptausschuß des Deutschen Sängerbundes

(gez.) Friedrich List  
Vorsitzender.



V o r s c h l ä g e  
für eine Neuordnung

der Bestimmungen über den Privatmusikunterricht

I. Einführung der o b l i g a t o r i s c h e n staatlichen Prüfung im ganzen Reich. Genehmigung zur Erteilung von Privatmusikunterricht allein nach Bestehen dieser obligatorischen Prüfung.

Aufsichtsbehörde: Der Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht,

der Senat der Akademie der Künste, Abteilung für Musik, als fachberatende Stelle.

Vorsitz in den Prüfungen: Die zuständigen Oberschulräte der Oberpräsidien, Abteilung für höheres Schulwesen.

Prüfungskommission:

Ein Mitglied des Senats, Abteilung für Musik, der Akademie der Künste,

die für den Ort der Prüfung zuständigen Fachberater und die übrigen vom dem Reichsminister bestätigten Mitglieder der Prüfungskommission.

Ort der Prüfungen:

Die ~~erste~~ Prüfung findet <sup>an</sup> als ~~örtliche~~ Prüfung am Sitz der Seminare statt, die zweite Prüfung am Sitz der Oberpräsidien bzw. Regierungen *statt.*

II. Teilung



## II. Teilung der Prüfungen in eine hauptfachliche und eine pädagogische.

### a) Hauptfachliche Prüfung:

Die Prüfung im Hauptfach kann nicht vor vollendetem 19. Lebensjahr abgelegt werden.

Nebenfächer sind: Musiktheorie und Gehörbildung.  
(Siehe Aufnahmebedingungen für das Seminar).

Das Bestehen dieser ersten (hauptfachlichen) Prüfung berechtigt zum Eintritt in das Seminar, in dem nur musikpädagogische Fächer gelehrt werden, keinesfalls das Hauptfach.

Seminarstudium: mindestens 2 Jahre.

Obligatorisch während der Seminarjahre: Mitwirkung in einem Orchester ( für Instrumentalisten) oder in einem Chor.

Während der Seminarjahre: Erteilung von Unterricht an unbemittelte Anfänger, im ersten Jahre unter Aufsicht eines Lehrers, im zweiten Jahre selbständig.

### b) Abschlussprüfung (pädagogische Prüfung):

Ablegung nicht vor dem vollendeten 21. Lebensjahr.

Prüfungsfächer: Hauptfach (begrenzt, nur als Wiederholungsfach), sonst alle musikpädagogischen Fächer einschl. Theorie und Lehrprobe, ferner Nachweis der Kenntnis der Volksinstrumente und Verbundenheit mit ihrer Anwendung.

"Ungenügend" in Theorie und Lehrprobe ist nicht ausgleichbar, bedarf jedoch nur der Wiederholung der Prüfung in diesem Fach nach einem bzw. einem halben Jahr.

Das

*St. f. in  
von  
Lied  
offenlystung, aber mit mehr!*

Das Bestehen der Abschlussprüfung berechtigt den Kandidaten sich als "staatlich geprüfter Musiklehrer für Klavier bzw. Violine, Gesang usw." zu bezeichnen und Musikunterricht zu erteilen.

Neu einzuführen: Prüfung für Laute<sup>Klarinette</sup> und Bandonion (als Volksinstrumente), jedoch nicht Zither ~~und Hackbrett~~.

*2* Selbständige Abschlussprüfungen an den Musikhochschulen finden nur unter der Prüfungskommission der Hauptprüfung statt.

*2* Reifeprüfungen der Musikhochschulen befreien nach Seminarbesuch von der zweiten Prüfung.

Dreijähriger Besuch der Meisterschulen für musikalische Komposition bei der Akademie der Künste befreit von der Prüfung in den Fächern Kompositionslehre und Theorie.

Musikwissenschaftliche Promotion an einer Universität befreit von der Prüfung im Fach Musikwissenschaft. *in Musikgeschichte*

*Thema: Kaffee!*  
III. Einführung einer besonderen Prüfung für Chordirigenten unter Berücksichtigung der hierfür notwendigen besonderen Fachkenntnisse.

IV. Die Prüfungsbestimmungen für Leiter von Musik- und Orchesterschulen und Konservatorien sind die gleichen. Altersgrenze: Zulassung nicht vor dem vollendeten 25. Lebensjahr, ausserdem Nachweis einer Unterrichtstätigkeit nach Abschluss der Hauptprüfung.

V. Uebergangsbestimmungen:

- 1) Sperre bzw. Einschränkung der Erteilung von Unterrichtserlaubnisscheinen ab 1. Januar 1935.
- 2) Die bis 1. 4. 1933 eingetretenen d.h. im 2. Jahre vorbereiteten Seminaristen können ihr Examen noch bis Juli 1935 ablegen.
- 3) Alle bis 1. Januar 1935 ausgesprochenen staatlichen Anerkennungen behalten ihre Gültigkeit.
- 4) Inhaber von Unterrichtserlaubnisscheinen unter 20 Jahren haben ein zweijähriges Seminarstudium und die darauf folgende Prüfung nachzuholen.

Ausnahmen kann der Minister genehmigen, besonders dann, wenn der Nachweis erfolgreicher längerer Unterrichtstätigkeit geführt wird.

VI. Lehrlingskapellen:

Leiter von Lehrlingskapellen können bestätigt werden,

- 1) wenn sie die staatliche Prüfung bestanden haben oder
- 2) wenn sie eine besondere Prüfung in 2 Hauptfächern (Violine oder 1 Blasinstrument) Nebenfach Klavier, Theorie abgelegt haben und Kenntnisse der Musikgeschichte, Musikerziehung und Gehörbildung besitzen, oder
- 3) wenn sie das Zeugnis eines erfolgreichen mehrjährigen Besuches einer Orchesterschule nachweisen.

Auch die sogenannten Gehilfen haben die Lehrbefähigung für ihr Instrument nachzuweisen.

Senat der Akademie der Künste,  
Abteilung für Musik  
Der Vorsitzende

## B e g r ü n d u n g

Die Prüfungsordnung für den Privatmusikunterricht vom 2. Mai 1925 entstand auf Anregung der Musikpädagogischen Verbände am Anfang dieses Jahrhunderts. Die schon 1914 beabsichtigte Regelung kam infolge des Krieges nicht zur Ausführung und wurde erst 1925 Gesetz. Durch den Erlass vom 8. Dezember 1928 wurden weitere Wünsche erfüllt.

Im allgemeinen musste der Erlass Rücksicht nehmen auf zurückliegende, von Berufsgenossen wohlverworbene Rechte des Musiklehrerstandes. Aus dieser Rücksichtnahme entstand eine zweifache Regelung der Unterrichtsgenehmigung: die Erteilung von Unterrichtserlaubnisscheinen und die Verleihung der Staatlichen Anerkennung. Nachdem zehn Jahre verflossen sind und die Anerkennung der staatlichen Aufsicht über den Privatmusikunterricht sich überall durchgesetzt hat, ist eine Neuordnung der bisherigen Bestimmungen der Wunsch aller beteiligten Kreise. Der Senat der Akademie der Künste hat durch eine Umfrage bei den massgebenden amtlichen Fachberatern und persönliche Rücksprache mit einigen Oberschulräten feststellen können, dass auch hier keine Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Nach alledem besteht übereinstimmend der Wunsch nach Einführung der obligatorischen Prüfung für den Privatmusikunterricht und zwar für das ganze Reich.

Die bisherige Einteilung in

Unterrichtserlaubnisschein und

Staatliche Anerkennung

hat Unzufriedenheit geschaffen, weil :



1. zwei Klassen von Musiklehrern geschaffen wurden
  2. eine grosse Anzahl von Musiklehrern sich mit dem Unterrichtserlaubnisschein begnügten, auf die staatliche Prüfung verzichteten und somit gegenüber denen, die sich einer staatlichen Prüfung unterzogen, im Vorteile waren.
- Namentlich in den letzten Jahren hat dies Verfahren so zugenommen, dass sich in einigen Regierungsbezirken nur noch wenige und verschiedentlich gar keine Prüflinge zur staatlichen Prüfung meldeten.

Die Aufrechterhaltung dieser Zweiteilung von Musiklehrern hat sich überlebt; sie ist auch unsozial und dazu pädagogisch unpraktisch, da für den Anfangsunterricht die besten Kräfte gerade gut genug sind.

I.

A u f s i c h t s b e h ö r d e  
- - - - -

Der Senat der Akademie der Künste, sämtliche ihr bekannte Fachberater und weite Kreise der Musiklehrerschaft legen grossen Wert darauf, dass die Aufsicht über den Privatmusikunterricht dem Reichsministerium für Wissenschaft, Erziehung und Unterricht übertragen und nicht von der staatlichen Aufsicht über den Unterricht anderer Unterrichtsgebiete losgelöst wird.

Der anfängliche Widerstand der Musikerkreise gegen die Oberschulräte als Vorsitzende der Prüfungskommissionen etc. hat sich überall in das gerade Gegenteil verkehrt. In allen Kreisen, insbesondere auch bei den Opponenten von ehemals hat sich die volle Ueberzeugung durchgesetzt, dass es keine andere neutrale Aufsichtsbehörde geben kann und dass ein Musiker als

Vorsitzender

Vorsitzender kaum die objektive Neutralität, die hierfür nötig ist, besitzen wird. Dazu kommt die Erfahrung und Einstellung, die ein Schulmann an sich in psychologischer Beziehung den Prüflingen gegenüber besitzt.

## II a.

Als Wichtigstes erscheint die Einteilung der Prüfung in eine hauptfachliche ( künstlerische ) und eine pädagogische ( Abschlussprüfung ).

Die Prüflinge beklagen sich nicht selten, dass sie zu wenig Zeit für die Vollendung ihrer Studien in ihrem Hauptfache hätten . Die Prüfungen selbst ergeben überall, dass sie in ihrem Hauptfach meist noch unfertig waren . Der Grund hierfür ist, dass die Kandidaten zu früh in das Seminar eintreten und infolgedessen auch zu früh zur staatlichen Prüfung kommen. Da aber die Jahre vom 19. - 21. Lebensjahr gerade für den künftigen Pädagogen die wichtigsten sind und eine Reife vor dieser Zeit nur zu den seltensten Ausnahmen gehört, ist zu fordern, dass die staatliche Prüfung allgemein nicht vor dem vollendeten 21. Lebensjahr abgelegt werden darf, im Gesangsfach wäre diese Altersgrenze noch heraufzusetzen.

Eine Prüfung im Hauptfach ( mit den Nebenfächern Theorie und Gehörbildung ) für die Aufnahme in das Seminar nicht vor vollendetem 19. Lebensjahr würde diese Bedenken der unfertigen Ausbildung im Hauptfach wesentlich beheben. Folgt <sup>ein</sup> ~~darnach~~ / mindestens ~~ein~~ 2-jähriger Seminarbesuch, so werden reifere Leistungen sowohl in rein pädagogischer und musiktheoretischer Beziehung zu erwarten sein.

Eine Mitwirkung in Orchester oder Chorvereinen muss ebenfalls gefordert werden, um die beschämende Tatsache zu

beseitigen.

beseitigen, dass die Prüflinge zwar die Namen grosser Werke, diese selbst aber nicht kennen und miterlebt haben.

Die Lehrproben der Prüflinge mit kaum 19 Jahren konnten natürlich zu keinem günstigen Resultat führen, auch hierzu fehlte es an der genügenden Zeit zur Ausreifung. Kommt der Prüfling besser vorbereitet in das Seminar, so wird auch Zeit für die Anweisung im Lehrfach bleiben, die wir für das erste Jahr unter Aufsicht des Lehrers und später dann selbständig dachten.

Als Schüler sollen möglichst unbemittelte Kinder herangezogen werden und zwar, um dem freien Musiklehrerstand keine Konkurrenz zu bereiten.

#### II b.

Die nicht vor vollendetem 21. Lebensjahr abzulegende Abschlussprüfung würde in der Hauptsache sich auf die pädagogischen Fächer beziehen. Jedoch ist auch das Hauptfach in begrenztem Umfange durch Vortrag eines klassischen und nachklassischen Musikstückes nachzuprüfen, um die Entwicklung des Prüflings feststellen zu können.

Erst nach Abschluss dieser Prüfung erhalten die Prüflinge die Unterrichtsgenehmigung in dem bestandenen Hauptfach und die Berechtigung zur Bezeichnung "staatlich geprüfter Musiklehrer für Klavier, Violine, Gesang etc." Es muss jedoch dabei bleiben, dass ein "ungenügend" in Musiktheorie nicht ausgleichbar ist. Anstatt "Gehörbildung" müsste besser "Lehrprobe" als nicht ausgleichbar benannt werden. Um jedoch Härten bei sonst guten Leistungen zu vermeiden, wäre zu empfehlen, dass die Wiederholungsprüfung sich nur auf diese als ungenügend bezeichneten Fächer beschränkt und nicht die ganze Prüfung wie bisher nachgeholt werden muss.



Eine Ausdehnung der Prüfung auf Volksinstrumente kann nur bedingt empfohlen werden, neben Laute noch auf Bandonion ( und zwar als Nebenfächer ). Zither, Blockflöte und ähnliche mechanisch leicht zu erlernende Volksinstrumente sollten davon befreit sein, da anzunehmen ist, dass geprüfte Lehrer für Harfe, Laute und Holzblasinstrumente sich der Unterweisung auf diesen Instrumenten annehmen.

### III.

Wichtig erscheint es, dass die Wünsche nach einer besonderen Prüfung für Chordirigenten erfüllt werden; insbesondere, nachdem es den Schulmusikern zum grossen Teil untersagt ist, Chöre zu leiten .

Das bisherige Zusatzfach " Dirigieren " müsste zum Hauptfach erhoben werden und zwar a) für Orchester- und b) für Chordirigenten. Für beide Abteilungen sollten die bisherigen Anforderungen der verbindlichen Nebenfächer bestehen bleiben, und zwar für Orchesterdirigenten unbedingt das Fach Klavier und für Chordirigenten das Fach Gesang ( bei allerdings erhöhten Anforderungen ).

Als weitere verbindliche Nebenfächer sind die bisherigen wahlfreien Zusatzfächer Instrumentation und <sup>in</sup> ~~U~~strumentenkunde hinzuzufügen ( § 8 f u. g der bisherigen Prüfungsordnung ).

Weiter ist der Nachweis einer 3-jährigen regelmässigen Mitwirkung in Orchester- bzw. Chorvereinen zu bringen .

### IV.

Unterschiede in den Prüfungsbestimmungen für Leiter von Musik-, Orchesterschulen und Konservatorien sind zu beseitigen. Es ist nicht ersichtlich, warum der Leiter einer

Musik- oder Orchesterschule weniger pädagogisches Wissen besitzen soll, als der eines Konservatoriums. Die Verantwortung von Leitern der Musikschulen ist ebenso gross, als die der Leiter von Konservatorien, zumal jene meist allein die Verantwortung tragen und es in der Hauptsache mit Anfängern im Musikunterricht zu tun haben .

Nach Abschluss der II. Prüfung und vor Erteilung der Genehmigung zur Leitung einer Musikschule, die nicht vor dem vollendeten 25. Lebensjahr gewährt werden soll, muss der Bewerber aus ersichtlichen Gründen den Nachweis einer Unterrichtstätigkeit erbracht haben .

V.

Die Uebergangsbestimmungen ergeben sich aus den Zeitverhältnissen. Dringend erwünscht jedoch ist eine sofortige Sperre der Erteilung von Unterrichtserlaubnisscheinen.

VI.

Die Bestimmungen über Lehrlingskapellen bedürfen einer besonderen gründlichen Nachprüfung. Es können an die Leiter von Lehrlingskapellen nicht die vollen Anforderungen in musikpädagogischer und musikwissenschaftlicher Beziehung gestellt werden, da es sich hier um das praktische Musikgewerbe handelt. Ein grosser Prozentsatz dieser Musiker dient der Unterhaltungs- und Tanzmusik in der kleinen Stadt und auf dem Lande.

Diese Lehrlingskapellen ganz zu verbieten, wäre ebenso falsch, als sie ohne behördliche strenge Aufsicht zu belassen. Für die Leiter von Lehrlingskapellen dürften unsere Vorschläge für die Ausbildung genügen. Wichtig ist die Begrenzung der Zahl der Lehrlinge im Verhältnis zur Zahl der " Gehilfen " ( 5 zu 1 ), die neben dem Leiter die Zöglinge mit zu unterrichten haben . Man soll nicht vergessen, dass junge Leute,

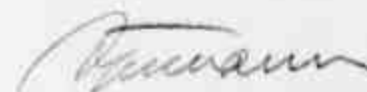
die

die sich dieser gewerbsmässigen Ausübung der Musik widmen, meist vom Lande aus kleinen Verhältnissen stammen und gar nicht im Stande sind, Musikschulen in grösseren Städten zu besuchen. - Und so wie bisher mancher gute Bläser aus diesen Lehrlingskapellen hervorgegangen ist, wird es auch in Zukunft sein, wenn die Krebschäden dieser Lehrlingserziehung ausgeschaltet werden. Wir brauchen auch Musiker für die Unterhaltungs-, Marsch- und Tanzmusik in der kleinen Stadt und auf dem Lande. Die Bildung von weiteren Orchesterschulen in kleineren Städten wäre anzustreben, wodurch sicherlich die übelsten Erscheinungen der Lehrlingskapellen mit der Zeit beseitigt werden könnten.

Die Prüfungsbestimmungen in der 1932 herausgegebenen erweiterten amtlichen Auflage bedürfen im allgemeinen einer Lockerung oder Verschärfung nicht. Nur in Theorie ( § 7, b ) müsste mindestens die volle Beherrschung der Harmonielehre bis zu den ersten Anfängen des Kontrapunktes gefordert werden. Wichtig ist, dass die Bestimmungen für Haupt- und Nebenfächer als Mindest<sup>an</sup>forderungen aufzufassen sind, deren strenge Beachtung den Prüfenden zur Pflicht gemacht wird. Auch die vor wenigen Jahren festgesetzten Bestimmungen zur Aufnahme in das Seminar dürften bei gewissenhafter Befolgung in der ersten Prüfung ( Hauptfachprüfung ) genügen.

Wir geben uns der Hoffnung hin, dass bei Durchführung unserer Vorschläge das Niveau des Privatmusikunterrichts gehoben werden kann, wodurch eine wesentliche Förderung der Musikpflege gewährleistet wäre.

Senat der Akademie der Künste, Abteilung für Musik  
Der Vorsitzende





Reichserziehungsminister Bernhard Rust:

# Musikerziehung im Dritten Reich

Rede bei der Erhebung des Mozarteums in Salzburg  
zur Staatl. Hochschule für Musik

---

Sonderdruck »Völkische Musikerziehung«

5. Jahrgang · Juli/August 1939 · Heft 7/8 · Henry Litolff's Verlag, Braunschweig

Reichserziehungsminister Bernhard Rust:

# Musikerziehung im Dritten Reich

Rede bei der Erhebung des Mozarteums in Salzburg  
zur Staatl. Hochschule für Musik

---

Sonderdruck »Völkische Musikerziehung«

5. Jahrgang · Juli/August 1939 · Heft 7/8 · Henry Litolff's Verlag, Braunschweig

**D**as Salzburger Mozarteum beginnt mit seiner Erhebung zur Musikhochschule einen neuen Abschnitt seines Wirkens. Die äußere Rangerhöhung bedeutet nicht nur die Anerkennung für die Pflegestätte deutscher Meisterkunst von Weltruf, sondern auch für die hohe Musikkultur der Ostmark im ganzen. Sie bedeutet aber auch eine Verpflichtung für die Zukunft, für eine Höchstleistung in der Reihe der deutschen Musik-Erziehungsstätten, für eine neue große Zeit unserer deutschen Musikkultur. Die jüngste Musikhochschule Großdeutschlands ist geweiht durch Mozarts Namen. Einen „Licht- und Liebesgenius“, das „größte und göttlichste Genie“ hat Richard Wagner Mozart genannt. Und Goethe schrieb dieser Künstlererscheinung eine zeugende Kraft zu, die von Geschlecht zu Geschlecht fortwirken und sobald nicht erschöpft und verzehrt sein dürfte.

Die große schöpferische Begabung entsteht und wächst naturhaft aus unerforschlich tiefen Wesensgründen, sie kommt aus Einsamkeit und Sammlung höchster Geistes- und Seelenkräfte. Geniales Schöpfungstum ist Begnadung, es kann nicht erarbeitet, durch keine Methode anernogen werden. Aber gerade Mozart, in dem reine Schöpferkraft vielleicht am vollkommensten Mensch geworden, ist uns ein lebendiges Beispiel dafür, welche Bedeutung auch in der Entwicklung des begnadeten Genies der Erziehung zukommt. Der junge Mozart, dessen traumhaft-spielerische, weiche, für jeden Reiz empfängliche Natur sich leicht hätte verlieren können (von ihm hat ein Freund des väterlichen Hauses bekannt: „Ich denke, daß er im Ermangelungsfalle einer so vorteilhaft guten Erziehung, wie er sie hatte, der ruchloseste Bösewicht hätte werden können“), dieser Mozart hatte das Glück, einen geborenen Erzieher zum Vater zu haben. Leopold Mozart, ein eiserner Pflicht- und Arbeitsmensch von katonischer Strenge, erzog den Wunderknaben von frühester Jugend an im Geiste höchsten Verantwortungs- und Pflichtgefühls, nach dem Wahlspruch: „Je größer das Genie, desto größer die Verantwortung vor Gott und den Menschen, desto strenger die Pflicht, mit dem anvertrauten Pfunde zu wuchern.“

Kann also schon die genial-schöpferische Begabung der menschlichen, handwerklichen und künstlerischen Anleitung nicht entraten, so ist im Aufbau einer breit gelagerten Musikkultur keine ihrer Gestaltungs-kräfte wichtiger und entscheidender als eben die Erziehung, durch die die lebende Generation die kulturelle Zukunft in den Trägern dieser Zukunft formt.

Die Sehnsucht nach einer neuen deutschen Musikkultur darf sich nicht erschöpfen in der Erwartung eines musikalischen Genies als Gnadengeschenk der Vorsehung. Für die reichen Anlagen des deutschen Volkes zu höchster musikalischer Leistung zeugen die Namen der größten Meister, die unser Deutschland der Welt geschenkt hat. Schon flammt eine Begabung neu empor in den Liedern unserer jungen



nationalsozialistischen Kolonnen, die ein neuer Geist zu neuen Worten und Tönen beschwingt hat. Es zeugt dafür wie niemals der überreiche Schatz von Tondichtungen aller Art, die heute durch hingebenden Einsatz von Musikwissenschaftlern und Verlegern aller Welt zugänglich gemacht sind.

Aber gerade dieser Besitz wird zur Mahnung. Jede Anlage will in jedem Geschlecht durch Fleiß aufs neue entwickelt sein. Hier gilt, wie überall, ja für die Musik ganz besonders, das Wort: „Was Du ererbt von Deinen Vätern hast, erwirb es, um es zu besitzen“. Die Lösung heißt darum auch hier: Erziehung. Erziehung des Volkes, Erziehung der Musiker, Erziehung zum Verstehen, Erziehung zum Können.

Das Ziel eines einheitlichen Neuaufbaues der gesamten deutschen Musikpflege und des öffentlichen Musikwesens ist die Gewinnung einer breit geschichteten Volksmusikultur, an der alle Kreise und Schichten des Volkes gleichmäßig Anteil haben. Diese Volksmusikultur soll wesentlich anders organisiert sein als das frühere „Musikwesen“, das durch die offensichtliche Trennung der Beteiligten in „Künstler“ und „Publikum“ charakterisiert war.

Vorbedingung für die Überwindung dieser bestehenden Kluft ist eine neuartige Erziehung des ganzen Volkes zum Musikverständnis und zum tätigen Musizieren. Erst wenn es gelungen ist, das ganze Volk, soweit es überhaupt musikalisch erziehungsfähig ist, möglichst nahe an das Erlebnis der Musik heranzuführen, wird die erstrebte Einheit zwischen dem musikscheidenden und musikempfangenden Teil des Volkes zu verwirklichen sein. Es muß daher von wesentlicher Bedeutung erscheinen, daß die entscheidenden Grundsätze, die bei der musikalischen Erziehung hier wie dort angewendet werden, aus dem gleichen Geiste und nach den gleichen Methoden gestaltet werden.

Der Gang der Erziehung läuft in verschiedenen Zügen: ein Teil des Volkes besucht nur die Volksschule bzw. die höhere Schule und erhält ausschließlich im Schulmusikunterricht seine elementare musikalische Erziehung; diese Erziehung wird ergänzt durch die musikalische Erziehung der Hitler-Jugend. Dieser Teil des Volkes ist im wesentlichen der später musikempfangende; er muß jedoch bei richtiger Anwendung der schulmusikalischen Erziehungsgrundsätze in bescheidenem Umfang auch zum täglichen Musizieren im Volksliedsingen, in Sing- und Spielgemeinschaften bereit und fähig sein. Ein zweiter Teil des Volkes wird neben der Schulmusikziehung noch privaten Musikunterricht auf irgendeinem Instrument oder im Gesang erhalten, aus diesem Teil des Volkes werden die musizierenden Laien (Hausmusik, Liebhaberorchester, Chöre und musikalische Gemeinschaften in Betrieben und Organisationen) herauswachsen. Ein dritter Teil des Volkes wird auf Grund besonderer musikalischer Begabung die höheren musikalischen Ausbildungsstätten besuchen und sich zum Fachmusiker ausbilden lassen. Dieser zahlenmäßig kleine Teil stellt sowohl die Berufskünstler (schöpferische und ausübende) als auch die Musikerzieher (Schul- und Privatmusiklehrer). Ihre Ausbildung finden sie auf den Musikhochschulen und Landeskonservatorien bzw. auf den Hochschulen für Musikerziehung und für Lehrerbildung. Hier nun schließen sich die verschiedenen Teile des Volkes sichtbar wieder zur Einheit zusammen, denn die Musikerzieher haben, nachdem sie ihre Ausbildung abgeschlossen haben, nunmehr ihren Platz in

der elementaren Erziehung des ersten Volksteiles auszufüllen, werden dort nach den Grundsätzen in die Breite wirken, die ihnen in ihrer eigenen Berufsausbildung anerzogen worden sind. Nicht anders verhält es sich mit den Berufskünstlern, die künftig nicht eine Kaste für sich bilden sollen, sondern im Geiste der erstrebten Volksmusikultur in einen lebendigen, vom Volke maßgebend mitbestimmten Austausch der Kräfte eintreten sollen.

Im Mittelpunkt der Volksmusikultur also begegnen sich alle Teile des Volkes, und die fruchtbare Auswirkung dieser Begegnung wird eben davon abhängen, daß in jedem einzelnen Zug der musikalischen Erziehung nach den gleichen geistigen und praktischen Grundsätzen gearbeitet worden ist.

Wie unerläßlich diese einheitliche Gestaltung der Grundsätze ist, zeigt sich besonders eindrucksvoll an dem Beispiel der Privatmusiklehrer. Diese sind berufen, in engster sachlicher Gemeinschaft mit der Schule den ihnen zufallenden Teil der Musikerziehung durchzuführen. Die Kinder, die neben der Schule privaten Musikunterricht genießen, dürfen nicht nach verschiedenen Grundsätzen ausgebildet werden, da sonst ihre Entwicklung und die Entfaltung ihrer Fähigkeit empfindlichen Störungen unterworfen würde. Der weitaus größte Prozentsatz aller Privatmusiklehrer aber wächst aus den Musikhochschulen und Landeskonservatorien heran, da nur ein verschwindender Bruchteil von den dort ausgebildeten zum schaffenden und ausübenden Künstler berufen ist. Aus diesem Beispiel, das sich auf alle anderen Gebiete sinngemäß anwenden läßt, ergibt sich am zwingendsten die Zusammengehörigkeit und unlösliche innere Verbundenheit des gesamten Musikerziehungswesens. In der Vergangenheit sind unschätzbare Kräfte verloren gegangen durch methodische Auseinandersetzungen zwischen Privat- und Schulmusiklehrern und durch Gegensätzlichkeiten, die lediglich dadurch erzeugt wurden, daß die Ausbildung der Privat- und Schulmusiklehrer nach verschiedenen Grundsätzen gehandhabt wurde.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die musikalische Bildung und Erziehung in der Volksschule ihren breitesten Anknüpfungspunkt hat. Vergangene Jahrzehnte, in denen das Musizieren und Musikerleben ein Vorrecht nur der besitzenden Klassen und Stände waren, übersehen die Bedeutung, die der Arbeit des Musikerziehers in der Volksschule zukam. Jährlich wurden über eine Million Volksschulkinder entlassen, die Namen wie Mozart und Beethoven nie gehört hatten, die nicht einmal die bescheidenste Grundlage eines musikalischen Könnens einfachster Art besaßen, d. h. ohne jede Notenkenntnis, als musikalische Analphabeten, die acht Jahre lang besuchte Schule verließen. Es nimmt nicht wunder, daß dann die breite Masse des Volkes Ersatz für die fehlende eigene Musikbetätigung in Schlagen aller Art suchte und fand. Ich bin mir klar darüber, daß der elementaren Musikerziehung gerade in der Volksschule eine grundlegende und entscheidende Bedeutung zukommt, und es wird der Lösung dieses Problems besondere Sorgfalt gewidmet werden. Über neun Millionen Jungen und Mädchen besuchen die deutsche Volksschule. Allein aus dieser Zahl erhellt, welche Verantwortung und welche hohe Aufgabe der Musikerziehung in den acht Jahren der Volksschule zufällt. In ihnen muß das Fundament für eine völkische Musikkultur gelegt werden.

Für die Höhere Schule ist in meinem Erlaß vom 29. Januar 1938 über die Neuordnung des höheren Schulwesens bereits eine Neuregelung auf dem Gebiete der Musik getroffen worden.

Unterricht und Erziehung verfolgen hier kein ästhetisches oder historisch-wissenschaftliches Ziel, sondern führen nach eigenem künstlerischen Gesetz in die Welt der Musik ein. Dem Musikerzieher an der Höheren Schule erwächst die Aufgabe, das Musizieren der Jugend mit dem Leben unseres Volkes im Kreislauf des Tages und Jahres, in Fest- und Fei ergestaltung in Einklang zu bringen. Das eigene Singen und Spielen der Jugendlichen, von dem das gesamte Musikleben der Schule getragen wird und in dessen Mittelpunkt das deutsche Volkslied als wesenhafter Ausdruck des schöpferischen Volksgeistes und als getreues Abbild des Volkslebens steht, ist auch die Vorstufe für das weitere Musikverständnis, für Werk- und Persönlichkeitsbetrachtung der großen Meister.

Die schon seit Jahren vorhandenen Bemühungen zur Schaffung von Laienbildungsstätten als Ergänzung der Musikerziehungsarbeit der Schule sind durch meinen Erlaß zur Errichtung von „Musikschulen für Jugend und Volk“ vom 10. Februar 1939 einer endgültigen Regelung zugeführt worden. Ich hoffe, daß damit die Voraussetzungen geschaffen sind, nicht nur für eine Zusammenfassung der verschiedenen Bemühungen zur Volksmusikerziehung, sondern daß damit auf lange Sicht eine lebendige Musikpflege in Jugend und Volk zur Entfaltung gebracht wird. Die neue Schule dient der Musikerziehung der Jugend und zugleich auch der musikalischen Schulung der Erwachsenen. Mit der außerschulischen Musikerziehung der Jugend, die sich auf Singklassenunterricht und instrumentalen Gruppenunterricht erstreckt, ist hier die „Städtische Jugendmusikschule“ betraut, während die der Erwachsenenbildung dienende „Musikschule des deutschen Volksbildungswerkes“ der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude“ zugehört. Diese beiden Einrichtungen, die Städtische Jugendmusikschule und die Musikschule des deutschen Volksbildungswerkes bilden also zusammen die „Musikschule für Jugend und Volk“. Wesentlich ist, daß nach Vereinbarung mit der Reichsjugendführung der Unterricht in der Jugendmusikschule in den Dienstplan der Hitler-Jugend aufgenommen wird: die straffen Lebensformen der Jugend haben also auch Gültigkeit für die Jugendmusikschule. Diese musikerzieherische Volkstumsarbeit in Gemeinschaft mit der Hitler-Jugend und dem deutschen Volksbildungswerk gewährleistet die einheitliche Ausrichtung dieser musikalischen Laienausbildungsstätten und läßt, zumal da nur fachlich ausgebildete Musikerzieher an diesen Schulen tätig sein werden, das Beste für unsere Musikpflege in Jugend und Volk erwarten.

Der *cantus firmus* aller unserer musikerzieherischen Arbeit in allen den genannten Ausbildungsstätten muß sein: unser Volk zum Verständnis unserer großen Meisterkunst hinzuführen. Bei der damit unweigerlich verbundenen Festlegung auf klarumrissene Wertmaßstäbe muß auch eine fruchtbare Einigung auf dem Gesamtgebiet unserer Musikpflege: in der Volksmusik, der Unterhaltungs- und Spielmusik, der Zweck- und Gebrauchsmusik, auch in der Frage der gegenwärtigen Komposition und in den Grundfragen der Musikerziehung angestrebt werden. Klar und eindeutig ist bei solcher Stellungnahme

einmal die Verpflichtung zur Ehrfurcht vor der Leistung unserer großen musikalischen Vergangenheit zu fordern.

Ich kann dem nicht zustimmen, daß gewisse Stilrichtungen als allein geeignet für das Volk und die Jugend festgelegt werden, daß man die konzertmäßige Ausführung einer Symphonie oder eines schwierigen Chorwerks schon als „Artismus“ oder die vollendete Wiedergabe eines Instrumentalkonzertes schon als „Virtuosentum“ ablehnt. Nein! — Wir verstehen unter „Volksmusikpflege“ nicht eine Musikkultur, die vorweg den Gipfel unserer deutschen Musik dem Volke, dem diese Meister entstammten, für unerreichbar erklärt, sondern eine Musikkultur, die die Pflege unserer höchsten musikalischen Erbgüter in ihrer Gesamtheit und in der vollkommensten Reinheit umfaßt, und hierzu wollen wir unser deutsches Volk durch planmäßige Erziehung heranbilden. Auf diesen Gipfel streben wir zu und überlassen dann dem einzelnen nach seiner Kraft, ihm möglichst nahe zu kommen. So sprach der Führer in seiner Kulturrede 1937: „Ich glaube, wir können vor der deutschen Geschichte und vor unseren Nachkommen kulturell heute gar nichts Besseres tun, als alles das ehrfürchtig zu pflegen, was große Meister der Vergangenheit uns hinterlassen haben.“ Damit hat der Führer nicht nur dem Musikerzieher grundlegende Richtsätze gegeben für das Verhältnis, das die Jugend zu den großen Schöpfungen unserer musikalischen Vergangenheit finden soll, sondern auch dem Berufsmusiker, dem Künstler, der der Träger unserer nationalsozialistisch ausgerichteten Musikkultur sein soll, Aufgabe und Ziel im großen Aufbau des deutschen Lebens bestimmt.

Wenn wir unsere Musikpflege einer neuen Blüte zuführen wollen, dann müssen wir auch einen neuen deutschen Künstler heranbilden. Dazu brauchen wir auch den Künstler, der virtuose Höchstleistungen zu meistern versteht, ohne die eine vollendete Wiedergabe der Spitzenwerke unserer Meisterkunst nun einmal nicht möglich ist. Und damit komme ich zu der Aufgabe, die den Musikhochschulen im Gesamtbereich des musikalischen Ausbildungs wesens gesetzt ist. Hier soll die junge Künstlergeneration erzogen werden im Geiste selbstlosen Dienens am Kunstwerk, in steter Einsatzbereitschaft für die völkische Mission des deutschen Künstlers, Wächter und Mittler des Erbes unserer großen Meister der Musik zu sein.

Ich brauche nicht zu betonen, daß in fachlicher Hinsicht das Leistungsprinzip oberstes Gesetz der Hochschularbeit sein muß, daß mir die handwerkliche Tüchtigkeit das A und O jeder beruflichen Musikausbildung erscheint, daß ich im verantwortungsbewußten Können den einzig gültigen Ausweis des Schaffenden und nachschaffenden Musikers erblicke; denn nur die erreichbare Höchstleistung reicht an die Aufgaben heran, die unsere Musikkultur uns stellt.

Das letzte Ziel aber ist nicht Virtuosität und Artistik. Der wahre Musiker fühlt seine Aufgabe und sein höchstes Glück in der möglichst vollkommenen Hingabe an den unsterblichen Geist der Meister, deren Werke er wiedererklingen läßt. Zum anderen in der Gemeinschaft seines Volkes, in dessen Kultur er mitschaffend wirkt. Es muß deshalb auch in den Hochschulen der entsprechende Nachdruck auf die Gemeinschaftsarbeit in Chor, Orchester und Kammermusik gelegt werden. Sie führt in natürlicher Weise zu jenem Gemeinschaftsgeist, der vor dem Abgleiten ins



Startum bewahrt und auch in der Musik jenen Zug verstärkt, der dem Deutschland Adolf Hitlers seine wunderbare Kraft und das besondere Gepräge gibt.

Auch der Musiker muß sich als dienendes Glied eines Ganzen fühlen und seine vornehmste Aufgabe darin sehen, die ihm von Gott geschenkten Künstlertalente zu mehren und zu pflegen, um schöpferisch oder nachschaffend bei aller Wahrung seiner künstlerischen Persönlichkeit sich der Gemeinschaft bewußt zu bleiben, die nicht nur aus den Lebenden des gegenwärtigen Geschlechtes besteht, sondern zu der auch die in die Unsterblichkeit eingegangenen Meister der Tonkunst gehören, der Gemeinschaft des ewigen Deutschland.

Also auch Sie, meine jungen Kameraden, die Sie nunmehr Studierende der Salzburger Musikhochschule geworden sind.

Die Künstler haben an einem gewissen Erbe der alten liberalistischen Auffassung von Kunst und Künstler schwer zu tragen: Jahrzehntelang hat es als das vornehmste Privileg des Künstlers und besonders des Musikers gegolten, sich um nichts anderes zu kümmern als um seine Stimme oder sein Instrument und die übrige Welt nur als Publikum oder als Resonanzboden für seine künstlerischen Leistungen zu betrachten. Pflichten schienen ihm nur insoweit auferlegt zu sein, als der Existenzkampf von ihm die künstlerische Höchstleistung verlangte. Von dieser Verpflichtung zur Höchstleistung gehen wir, wie schon betont, auch heute nicht ab, aber wir rechnen weitere Pflichten hinzu. Wir erwarten heute vom Musiker, daß er sich als Glied der Volksgemeinschaft fühlt, auch in der Ausübung seiner Kunst.

Jeden Menschen verpflichtet die geschichtliche Leistung seines Volkes. Den deutschen Menschen ruft darum die Stimme seiner Meister aus tausend großen Schöpfungen besonders laut und eindringlich, am eindringlichsten aber den Jünger der Kunst, in der unserem Volke sein Letztes zu offenbaren gegeben ward, wie keiner anderen Nation der Erde, in der Musik. Im größten Augenblick, in der gebietenden Stunde, die der Ruf und die Tat Adolf Hitlers, des Sohnes der deutschen Ostmark, uns allen hörbar ankündigt, muß darum auch die neue Stunde der deutschen Musik schlagen.



# Neue Wege in der Konzert-Vermittlung

Auf Einladung der Geschäftsführung der Reichskulturkammer fand dieser Tage im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine Konferenz aller maßgebenden Konzert-Direktionen und Konzert-Vermittler statt, an der sowohl die Vertreter der Reichsmusikkammer wie auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Deutschen Gemeindetages teilnahmen. Die Versammlung, die stark besucht war, beschäftigte sich mit der entscheidenden Frage, ob auch in Zukunft die Konzert-Abteilung der „Reichsmusikerschaft“ in der Reichsmusikkammer eine eigene Vermittlertätigkeit ausüben solle und inwieweit die kulturpolitisch betreuten privaten Konzert-Direktionen das gesamte Vermittlungswesen betreiben können.

Die Leitung der Konferenz, der Geschäftsführer der Reichskulturkammer, Hans Hinkel, stellte fest, daß grundsätzlich keine Organisationsstelle in der Reichsmusikkammer künftighin eine eigene Vermittlertätigkeit ausüben dürfe. Die Reichskulturkammer wolle den Konzert-Direktionen, die kulturpolitisch zuverlässig seien, alle Möglichkeiten des Privatunternehmens verbürgen, um so in edlem Wettstreit die denkbar beste Betreuung der deutschen Künstler und insbesondere des schwer ringenden Nachwuchses zu erzielen. Die neue Führung der Reichsmusikkammer werde zum 1. Oktober die diesbezügliche bisherige Betätigung der Konzert-Abteilung einstellen, die laufenden Geschäfte bis zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt abwickeln und dann die privaten Konzert-Vermittler entsprechend neuen Richtlinien frei arbeiten lassen. Die Zahl dieser Konzert-Vermittler werde sich nach Maßgabe der Zuverlässigkeit bestimmen lassen. In der Reichsmusikkammer selbst werde lediglich eine Stelle zur Beratung von Vermittlern und Künstlern bleiben.

Die anschließende ausführliche Aussprache ergab die grundsätzliche Zustimmung aller Konzert-Direktionen sowie der Vertreter der Kammer, des Arbeitsministeriums und des Gemeindetages zu

den richtungsgebenden Entwürfen für jene Richtlinien, die in allernächster Zeit durch den Präsidenten der Reichsmusikkammer herausgegeben werden.

Wie wir erfahren, ist Generalmusikdirektor Dr. Peter Raabe, der neue Präsident der Reichsmusikkammer, gestern aus Weimar, seinem jetzigen Wohnsitz kommend, in Berlin eingetroffen und hat seine Arbeit sofort aufgenommen.



## Neue Wege in der Konzert-Vermittlung

Auf Einladung der Geschäftsführung der Reichskulturkammer fand dieser Tage im Reichsministerium für Volksaufklärung und Propaganda eine Konferenz aller maßgebenden Konzert-Direktionen und Konzert-Vermittler statt, an der sowohl die Vertreter der Reichsmusikkammer wie auch ein Vertreter des Reichsarbeitsministeriums und des Deutschen Gemeindetages teilnahmen. Die Versammlung, die stark besucht war, beschäftigte sich mit der entscheidenden Frage, ob auch in Zukunft die Konzert-Abteilung der „Reichsmusikerverschaft“ in der Reichsmusikkammer eine eigene Vermittlertätigkeit ausüben solle und inwieweit die kulturpolitisch betreuten privaten Konzert-Direktionen das gesamte Vermittlungswesen betreiben können.

Die Leitung der Konferenz, der Geschäftsführer der Reichskulturkammer, Hans Sinkel, stellte fest, daß grundsätzlich keine Organisationsstelle in der Reichsmusikkammer künftighin eine eigene Vermittlertätigkeit ausüben dürfe. Die Reichskulturkammer wolle den Konzert-Direktionen, die kulturpolitisch zuverlässig seien, alle Möglichkeiten des Privatunternehmens verbürgen, um so in edlem Wettstreit die denkbar beste Betreuung der deutschen Künstler und insbesondere des schwer ringenden Nachwuchses zu erzielen. Die neue Führung der Reichsmusikkammer werde zum 1. Oktober die diesbezügliche bisherige Betätigung der Konzert-Abteilung einstellen, die laufenden Geschäfte bis zu einem noch festzusetzenden Zeitpunkt abwickeln und dann die privaten Konzert-Vermittler entsprechend neuen Richtlinien frei arbeiten lassen. Die Zahl dieser Konzert-Vermittler werde sich nach Maßgabe der Zuverlässigkeit bestimmen lassen. In der Reichsmusikkammer selbst werde lediglich eine Stelle zur Beratung von Vermittlern und Künstlern bleiben.

Die anschließende ausführliche Aussprache ergab die grundsätzliche Zustimmung aller Konzert-Direktionen sowie der Vertreter der Kammer, des Arbeitsministeriums und des Gemeindetages zu

den richtungsgebenden Entwürfen für jene Richtlinien, die in aller nächster Zeit durch den Präsidenten der Reichsmusikkammer herausgegeben werden.

Wie wir erfahren, ist Generalmusikdirektor Dr. Peter Raabe, der neue Präsident der Reichsmusikkammer, gestern aus Weimar, seinem jetzigen Wohnsitz kommend, in Berlin eingetroffen und hat seine Arbeit sofort aufgenommen.

## Die Gefahren zu niedriger Theaterpreise

el. Braunschweig, 22. 10. (Eigenbericht)

Der Intendant des Braunschweigischen Landestheaters Dr. Schum wendet sich in einer Veröffentlichung gegen die Theaterpreise der Stadt Biersen (Rheinland). In einer mittleren Stadt hat die NS-Kulturgemeinde 1200 Theaterabonnenten und bietet diesen Gastvorstellungen des Arefelder und des M. Glashach-Rhebbder Theaters. Auf dem dritten Platz kosten hier sechs Aufführungen 4,20 Mark, für einkommensteuerfreie Abonnenten 2,80 Mark. Der Eintrittspreis für eine Aufführung — es wechseln Oper, Schauspiel und Operette — beträgt also 45 Pfennig.

Intendant Dr. Schum erklärt dazu, er könne keineswegs damit einverstanden sein, wenn eine derartige Schlenkerpreispolitik als vorbildlich hingestellt werde. Eine solche Preispolitik sei für die Theater platter Selbstmord. Er sei durchaus damit einverstanden, wenn minderbemittelte Volksgenossen zu erheblich verbilligten Preisen das Theater besuchen können, wenn aber die Theaterpreise noch unter die Kinopreise gesenkt würden, so würden die Theater immer weniger existenzfähig und damit auch nicht mehr leistungsfähig gemacht. Jeder Volksgenosse zahle unbedeutlich auf dem Sportplatz für einen Ziehplatz 70 Pfennig, Kinopläte zu Preisen von 1 Mark bis 1,50 Mark seien keineswegs leer. Mit den Schlenkerpreisen werde aber auch der Kiepost vor dem Theater, seinem Wert und seiner Leistung untergraben. Wenn das obige Beispiel in anderen Städten Schule machen sollte, so sehe er für die Zukunft des deutschen Theaters und besonders für die Beispielungsmöglichkeit theaterloser Städte sehr schwarz.

„Prinz Friedrich von Homburg“, Schauspiel von Heinrich v. Kleist, findet als Uraufführung am 22. Oktober, abends 8 Uhr, mit Mathias Wiemann in der Hauptrolle, in der Volkshäuser, Theater am Markt-Wechsel-Platz, statt.

## Für 15 Pfennige eine Theatervorstellung

Im Theater Frankfurt (Oder)

Die Verwaltung des Stadttheaters Frankfurt (Oder) hat, um den Besuch des Stadttheaters zu fördern, eine Preispolitik eingeschlagen, die wohl einzigartig sein dürfte. Als Mitglied der NS-Kulturgemeinde kann man z. B. schon für 15 Pfennig eine Eintrittskarte zum Schauspiel erstehen, und für Nichtmitglieder beträgt der billige Platz auch nur 20 Pfennig. Für Opern und Operetten kann man Karten schon von 35 oder 40 Pfennig an haben. Die Preise für die besten Plätze liegen ebenfalls weit unter dem Reichsdurchschnitt von Provinzbühnen und betragen 2,50 Mark für das Schauspiel, 2,75 Mark für die Operette und 3 Mark für die Oper.

Das Deutsche Theater bringt als nächste Premiere am Mittwoch, dem 30. Oktober, Shakespeares „Macbeth“ in der Inszenierung von Erich Engel. Die Bühnenbilder entwirft Ernst Schütte.

## Anordnung über den Privatunterricht in der Musik

Das Presse- und Kulturamt der Reichsmusikammer teilt mit: Es wird daran erinnert, daß am 1. Oktober 1934 die Anordnungen des Präsidenten der Reichsmusikammer über die Unterrichtsbedingungen für den Privatunterricht in der Musik vom 27. August 1934 in Kraft getreten ist. Diese Anordnungen sieht vor, daß Unterrichtsverträge zwischen den der „Reichsmusikerschaft“ innerhalb der Reichsmusikammer angehörenden Musikern und Privatmusikschülern bzw. deren gesetzlichen Vertretern nur noch unter Zugrundelegung eines bestimmten Vertragsformulars abgeschlossen werden dürfen. Das Vertragsformular befindet sich inzwischen im Besitz sämtlicher Privatmusiklehrer, bzw. kann von den zuständigen Ortsmusikerkassen bezogen werden. An alle Eltern, die ihren Kindern Privatmusikunterricht in irgendeinem Instrumentalsach in Gesang oder in Theorie erteilen lassen, ergeht die dringende Bitte, den Maßnahmen der Reichsmusikammer für eine Neuordnung des Privatmusikunterrichts und insbesondere zur Beseitigung der Not des schwer um seine Existenz ringenden Privatmusiklehrerstandes möglichst weitgehendes Verständnis entgegenzubringen.

Die Reinszenierung von Wagners „Ring des Nibelungen“ an der Staatsoper wird am Dienstag, 16. 10., mit „Götterdämmerung“ beendet. Die erste aufgeführte Ring-Musikführung in der Reinszenierung durch Kurtwängler und Tietjen schließt sich am 20., 21., 24. und 26. Oktober an.

## Umschulung von Privat-Musiklehrern

Vir die Reichsmusikammer mitteilt, veranstaltet die Fachschaft III Musikerglieder in der Reichsmusikammer gemeinsam mit dem Amt für Chorwesen und Volksmusik in der Reichsmusikammer vom 15. September bis 15. Dezember 1934 in Berlin einen Kursus zur Umschulung von Privat-Musiklehrern zu Chorleitern.

Die Gesamtleitung des Kursus liegt in den Händen von Direktor Prof. Dr. Fritz Stein. Der Kursus findet an zwei Abenden jeder Woche in der Staatlichen akademischen Hochschule für Musik, Berlin-Charlottenburg, statt und ist ganz auf die praktische Einführung in die Arbeit des Chorleiters eingestellt.

Um eine intensive Schulung der Teilnehmer zu ermöglichen, soll ein achttägiges Schulungslager in den Kursus einbezogen werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt, die Teilnahme kostenfrei.

Meldungen mit kurzen Angaben über Bildungsgang und bisherige Berufstätigkeit sind bis zum 1. September zu richten an die Fachschaft III der Reichsmusikerschaft, Berlin W. 57, Lietzenstr. 27.

Die Auswahl der Teilnehmer erfolgt im Einvernehmen mit der Ortsmusikerkasse Berlin.



## Das preußische Konzertwesen

Ein Erlaß des Kultusministers

In der Voraussetzung, daß deutsche, allgemein anerkannte, seit Jahren durch ihre Leistungen legitimierte Künstler am ehesten dazu berufen sind, dem Musikleben des neuen Deutschland als Führer und Berater zur Seite zu stehen, hat der Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung eine Kommission zusammenberufen, bestehend aus Wilhelm Furtwängler, Max von Schilling, Wilhelm Backhaus, Georg Kulenkampff, die die Programme sämtlicher öffentlichen Konzertvereine (ob aus öffentlichen Mitteln subventioniert oder nicht) zu prüfen und die Vereine im Bedarfsfalle zu beraten haben. Die Gesichtspunkte, nach denen dies geschehen wird, sind folgende:

Im Mittelpunkt unseres Musiklebens hat die Pflege der großen deutschen Musik zu stehen. Dies soll indes nicht heißen, daß nicht auch die Musik der außerdeutschen Welt — alter deutscher Tradition gemäß — zu Worte kommen soll und ihren produktiven Anregungswert für uns Deutsche weiter ausüben kann.

Innerhalb der zeitgenössischen Produktion wird besondere Rücksicht auf die deutschen Komponisten zu nehmen sein; aber auch dies soll nicht besagen, daß nicht die bedeutenden, repräsentativen Leistungen außerdeutscher Musik nach Gebühr bekanntgemacht und gepflegt werden sollen.

Bei mitwirkenden Künstlern (Solisten, Sängern usw.) gilt ebenfalls der Grundsatz, daß in erster Linie deutsche Künstler herangezogen werden müssen, die berufen sind, ein deutsches Musikleben zu tragen und zu erhalten. Indessen muß hervorgehoben werden, daß in der Musik, gleich wie in jeder Kunst, die Leistung stets der ausschlaggebende Faktor bleiben muß; dem Leistungsprinzip gegenüber müssen, wenn erforderlich, andere Gesichtspunkte zurücktreten. Jeder wirkliche Künstler soll in Deutschland tätig sein und nach Maßgabe seiner Fähigkeiten gewürdigt werden können.

Diese vom Minister eingesetzte Kommission wird in Zukunft die einzige Instanz sein, die über Programmfragen im Musikleben Preußens zu entscheiden hat.

Pfeiderl, im Gebirge hinterläßt erschöpfte in derlei Fällen geht: der verwegene wurde zu einer Gestalt von legendärem gezielte Maßtrüge und Pfeisendeckel; wurde in die dunkelsten Farben getaucht Jäger und Wilderer schlechthin wurde man später kaum mehr an das in Wi glauben konnte. — Es ist nicht leicht, wieder Menschen zu machen. Max Di „Bayerischen Schauspiel“, „Djaga“ Er ist nicht eigentlich ein Dramatiker. Aufbaus der Charaktere, der Einzelszen er wenig. In der Wirtshube, im Gebir sich die Leute und reden eben miteinander ist so, wie man wohl 1877 wirklich gespi Am deutlichsten zeigt sich die dichterische

## Der se

Meine Mutter erzählte mir in meiner sonderbare Geschichte. Sie pflegte das nicht zu machen, als müßte sie ihre sel lung durch ein überzeugendes Mienen Sie sagte: „Dein Großvater war ein Er hatte einen Jagdhund, ein ungew scheiter als ein Mensch. Er schien oft zu wissen, wenn der Großvater ihn auf die Jagd mitnehmen wollte. Dann Fressen stehen und verkroch sich in den nahm sich der Hund so eigenartig, da glauben mußten. Unser Nachbar, Gr der immer die Patronen lud, wenn Tag jagen wollten, erkrankte schwer hatte er sich ein schweres Fieber gefe Woche mit dem Tode. Eines Nachts h lich zu winseln an. Großvater ging beruhigen. Aber kaum hatte er sich w und zu Bett gelegt, begann der Hund Er heulte die ganze Nacht hindurch, e Als der Morgen graute, tat der Nachb Der Hund hatte geahnt, daß der Tod

Wir Kinder haben jedesmal die Gän meine Mutter diese Geschichte erzählte am Schluß: „Ja, die Tiere haben ei

pruch „Deutsch die Saar immerdar“ schloß seine begeistert ausgenommene Rede wie auch im „Lied der Saardeutschen“ das ganze Konzert bekenntnishaft und machtvoll ab. 1p.

## Reichsverband für evangelische Kirchenmusik

Der kürzlich begründete Reichsverband für evangelische Kirchenmusik (Ehrenpräsident Prof. Dr. Dr. Straube, Präsident Dr. Fritz Stein, zweiter Präsident Prof. Alfred Zittard) ist vom Reichsbischof als die alleinige Vertretung der deutschen evangelischen Kirchenmusik und ihrer Organe anerkannt worden. Der Reichsbischof hat den Präsidenten des Verbandes, den Direktor der Staatlichen Hochschule für Musik und der Staatlichen Akademie für Kirchen- und Schulmusik, Professor Stein, arbeiten, den organisatorischen Zusammenschluß aller auf dem Gebiet der evangelischen Kirchenmusik tätigen Stellen und Verbände beschleunigt durchzuführen. Gleichzeitig hat die Reichsmusikammer die Leitung ihrer Nachschaff Kirchenmusik dem Thomas-Kantor Professor Dr. Karl Straube übertragen und den von Professor Straube vorgeschlagenen Geschäftsführer dieser Nachschaff, Kantor Adolf Strube in seinem Amt bestätigt. Die durch

Beitrittserklärung bis zum 15. 12. bewirkte Eingliederung in den Reichsverband und damit in die Reichsmusikammer ist Voraussetzung für die künftige Musikausübung.

Der neue Vorstand des „Österreichischen B&N-Klub“ In Wien ist, wie bereits gemeldet, ein sogenannter

## Gözendämmerung um Restenberg.

### Misträuensvotum gegen Franz Schreker.

Endlich scheint die lang erwartete Stunde geschlagen zu haben, die den Anfang vom Ende der unzulässigen staatlichen Musikdiktatur in Preußen bedeutet. Das erste Zeichen dafür ist ein Misträuensvotum, das das Lehrerkollegium der Staatlichen Musikhochschule gegen seinen Direktor, Professor Franz Schreker, ausgesprochen hat, um ihn zu freiwilligem Rücktritt zu veranlassen. Es geht dabei offenbar weniger um die Person Professor Schrekers als um das System, von dessen Gnade er seine Stellung empfangen hat. Dieses System, das durch den preußischen Kultusminister gedeckt wird, kann man in Wahrheit nach seinem Träger Leo Restenberg benennen. Was Restenberg als „Referent für die musikalischen Belange“ im Kultusministerium an Schädigungen der deutschen Musikkultur zu verantworten hat, ist in seinen Auswirkungen kaum noch zu überblicken.

Erinnert sei nur an seine verhängnisvolle Einflußnahme auf die Oper, angefangen bei dem empörenden Fall Schillings bis zu den noch heute den Etat schwer belastenden Fehlverträgen; an die zweifelhafte Schulmusik-Reform; an den von einer kleinen Gruppe von Musikern vergeblich beschworenen ungelassenen Elend über den Privatunterricht in der Musik, der allmählich in immer breitere Kreise der Musikerschaft Erbitterung getragen hat; an die Volksmusikschulen, die der gesunden, soliden Musikpädagogik schweren Abbruch tun; an die parteipolitische Personalpolitik und rücksichtslose Unterdrückung parteipolitisch nicht genehmer Persönlichkeiten; kurz, an eine Amtsführung, die in jeder einzelnen Maßnahme die Musik als Mittel zum Zweck radikalsozialistischer Tendenzen benutzt hat.

Jetzt, da die lange irreführende Musikerschaft — man erinnert sich, wie sehr der „Reichsverband“

unter der Führung Arnold Schoenbergs jahrelang das Restenbergsche System gestützt hat — zu erwachen beginnt, scheint Herr Restenberg sich für den Fall seines Abgangs schon einen neuen Wirkungskreis zum Schaden der deutschen Musikkultur zu sichern: Man hört, daß Professor Jöde, Restenbergs Protegé — hinter dessen scheinbar vollstümlicher Bewegung sich in Wahrheit eine Sabotierung der ernsthaften Musikpflege verbirgt — eine Reihe neuer Volksmusikschulen zu eröffnen gedenkt, in denen Junglehrer für monalisch-sage und schreibe eine Mark Instrumentalunterricht erhalten sollen. Wer wird diese Schulen finanzieren? Natürlich der Staat, der für die notleidende ernsthafte Musikpädagogik keine Hilfsmittel übrig hat, aber als Konkurrent der in schwerem Existenzkampf stehenden Musiklehrerschaft und privaten Musiklehranstalten auftritt.

Der Vorn des Diktators Restenberg scheint gebrochen: „Wenn aber der Mantel fällt, muß auch der Herzog nach!“ L. M.

## Wünschelrute, Krebshäuser, Wissenschaft.

### Das Problem soll geprüft werden.

Das Wünschelrutenproblem, von dem man längere Zeit nichts in der breiten Öffentlichkeit gehört hat, wird neuerdings von verschiedenen Seiten, die nicht immer als wissenschaftlich anerkannt gelten, in einem gewissen Zusammenhang mit dem Krebsproblem, vor allem mit der Entstehung und Verbreitung des Krebses gebracht. Es werden — wie wir hören — bereits Apparate angefertigt und angepriesen, welche imstande sein sollen, sogenannte Krebshäuser, in denen die Krankheit gehäuft vorkommt, von schädlichen, krebs erzeugenden „Erdstrahlen“ zu befreien. Diese Strahlen sollen sich — hat man gesagt — in Spalten, Adern und Brüchen der Erde sammeln und von dort nach außen dringen.

Auch die Wünschelrute ist in diesem Zusammen-

54  
veranlassungen an Schulen und in der Jugendpflege, Berlin, am 23. März 1933 eine Prüfung ab. Meldungen sind an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses, Berlin 23 35, Potsdamer Straße 120, zu richten.

### Musikausübung durch Reichsbeamte.

Aus Anlaß eines Sonderfalles hat der Reichsinnenminister hinsichtlich der Musikausübung durch Reichsbeamte usw. zu den bisher erlassenen Bestimmungen ergänzend folgenden Standpunkt eingenommen:

Unter die Maßnahmen der Reichsregierung fällt jede Musikausübung eines Reichsbeamten, die in irgendeiner Form entgeltlich ist. Ob sie öffentlich ist, ist gleichgültig. Entgelt ist nicht nur ein dem Beamten persönlich gewährte Bezahlung irgendwelcher Art, sondern auch die Erhebung von Eintrittsgeld durch einen Verein, dem der Beamte angehört, es sei denn, daß das Eintrittsgeld entweder einem Zweck zugeführt wird, der für die Mitglieder keinerlei Vorteil in sich schließt, oder lediglich zur Deckung der Unkosten der Musikveranstaltung verwendet wird. Dazu genügt aber nicht die Behauptung, daß die Einnahmen nicht zur Deckung der Unkosten ausreichen, sondern es muß, etwa durch Satzungsvorschrift eine Sicherung dafür bestehen, daß jeder in einem einzelnen Fall erzielte Ueberschuß einem Zweck der oben bezeichneten Art zugeführt wird. Wenn eine solche Sicherung nicht besteht, muß sich der Beamte an die Richtlinien halten.“

Sicherungsverfilmung

Landesarchiv Berlin

# Preußische Akademie der Künste

**Band:**

**I /**

**326**

**- - Ende -**